

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 20. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

China im Reichstag.

Wer sich für den Niedergang des bürgerlichen Parlamentarismus interessiert, dem bringen die am Montag im deutschen Reichstag begonnenen Chinadebatten eine Fülle nachdenklicher Betrachtungen. Der satte Stumpfheit der bürgerlichen Parteien, die sich sicher in ihrem Besitz fühlen, wird nur noch dann aufgeweckt, wenn es sich um die größten Interessen des materiellen Egoismus handelt.

Der Reichstag ähnelte gestern am Anfang mehr einem Salon des Grafen Bülow als einer ernsthaften Volksvertretung. Der Reichskanzler schien die Herren Abgeordneten, auch die allergeringste Opposition, zu sich eingeladen zu haben. Man erging sich in glatt geböhntem Parzell-Geschwätz, Komplimentierte sich, widersprach auch ein wenig — um die Unterhaltung angeregter zu gestalten — und entwickelte die ganze affektierte Sorglosigkeit einer Gesellschaft, die sich noch recht behaglich zu fühlen vorgibt, in deren tiefstem Seelengrund aber doch schon eine geheime Angst vor einem zerschmetternden Bankrott nagt.

Freilich wurde die socialdemokratische Interpellation, wie zu erwarten war, heute von der Tagesordnung abgesetzt. Der Reichskanzler erklärte, er wolle sie erst am Donnerstag beantworten; so konnte der Graf Bülow denn sofort seine Chinarede halten. Er nahm seine von Areta her berühmte Höflichkeit, ging aber diesmal leider nicht still beiseite, sondern entlockte ihr eine lange, schmelzende, laute Konzertarie, ohne ein einziges Mal zu stocken und zu straucheln. Niemals in der Weltgeschichte hat ein Staatsmann so gefällig Höflichkeit alle Probleme der Menschheit. Selbst zu uns Socialdemokraten war der neue Kanzler sehr zuvorkommend; er suchte uns wiederholt eine kleine Gunst zu erweisen, indem er betonte, nur im schüchternen Ausland — mit dem wir doch gemeinsam Kultur in China verbreiten — rede man von den schweren Fehlern der deutschen Politik.

Und was sagte Graf Bülow? Interessant war nur, was er nicht oder doch nicht deutlich sagte. Er verschwieg wohlwollend seine diversen diplomatischen Niederlagen, übergang die Kaiserreden und die Hummerbriefe, verschleierte durch abstrahlige unklare Wendungen die von Deutschland unternommene Okkupation des Oberbefehls, und wußte nichts von all den gewichtigen Anklagen, die erfahrene Chinakenner, namentlich auch deutsche, gegen die Politik des Deutschen Reichs erhoben haben. Nicht einmal das Phänomen erklärte er, warum der Reichstag nicht rechtzeitig einberufen sei.

Jedem welche neue Aufklärung über die Vorgeschichte des Aufstands, über seine Ursachen, über den Gang und Stand des Kriegs und der diplomatischen Verhandlungen war nicht zu verneinen. Er teilte wohl einige unwesentliche Änderungen der neuerlichen endgültigen Friedensbedingungen, der famosen decision irrövocable, mit, aber Klarheit über die Ziele der deutschen Politik erhielt man nicht, vermutlich weil Graf Bülow selbst nur sehr vage Vorstellungen davon hat.

Statt dessen hörten wir die aus seiner diplomatischen Notenschriftstellerei schon satfam bekannte Beteuerung immer aufs neue variiert, was für eine besonnene, verständige, maßvolle aber auch energische Politik Deutschland treibe. Mit allen Mächten befinden wir uns in prächtiger Harmonie. Mit England haben wir einen hübschen Vertrag geschlossen. Rußland und Japan — die böswilligen Leute im Auslande sagen, Rußland sei mit uns zerfallen — behüte, es ist alles in bester Ordnung, es herrscht die dichtste Freundschaft, und Gott heile die Krankheit Väterchens, das ist unser innigster Wunsch. Ueberhaupt, wir Deutschen sind ein sehr edles und kluges Volk, wir haben eine Regierung, die das Höchste an Weisheit, Klarheit, Zielsicherheit, Maßhalten und Energie darstellt, was überhaupt in diesem Artikel sich vorfindet. Auch die anderen Völker sind liebe Leute und haben gute Regierungen. Nur die Vögel sind verworfene Geschöpfe, die sich die Bomben- und Bajonett-Kultur der europäischen Zivilisation in ihrer Barbarei nicht gefallen lassen wollen und aus purer Gemeinheit, ohne daß wir die geringste Schuld trügen, eine gänzlich unmotivierte Revolution machen und gegen das Völkerrecht freveln. Und ebenso steht es mit der chinesischen Regierung und Monarchie: sie ist schwach, zweideutig, verlogen, grausam, barbarisch.

Was für scharfe Augen doch deutsche Minister für ihre chinesischen Kollegen, deutsche Höflinge für chinesische Fürsten haben! Wäre die selige Umsturzvorlage Gesetz geworden, so hätte sich Graf Bülow am Montag einer Verleumdung fremder Majestät schuldig gemacht. Und sogar die Hinrichtung eines chinesischen Prinzen von Gottes Gnaden verlangt dieser revolutionäre Graf Bülow, dem Fürstenblut wohlfeiler dünkt als dem wildesten Jacobiner.

Die Verleumder im Ausland verdächtigen Deutschland abenteuerlicher Pläne, gieriger Eroberungsgelüste! Mit schönem Unmut weist Graf Bülow diese Verleumder zurück. Wir sind die Bescheidenheit selbst — so sehr wir auch auf Würde und Ehre halten und unsre Weltstellung nachdrücklich wahren! Nein, unsre Zukunft liegt nicht auf dem Wasser, wir wollen der Welt nicht den Frieden gebieten, wir begehren nicht an allen Punkten der Erde einzusetzen — wer das sagt, ist ein ausländischer Verleumder. Die Hohenzollern sind keine Bonapartes — wer hat das schon gesagt, Graf Bülow? — Deutschland wird in China nicht die Geschäfte einer anderen Macht treiben, obwohl bekanntlich die deutsche Politik sich durch die plumpen Provokationen Englands, das eines Hausrechts gegen Rußland braucht, von Anfang betören ließ.

So blies Graf Bülow auf der Flöte das hohe Lied von deutscher Besonnenheit und deutscher Energie. Nur einmal glitt der gewandte Spieler aus. Die Indemnitäts-Tirade mißlang ihm völlig. Das war ja die abgefartete Komödie, hinter der die bürgerlichen Parteien ihre principienlose Jämmerlichkeit zu verbergen suchten. Man schrie zornvoll, die Regierung müsse die Wahrung des Reichstags wieder gut machen, sie müsse ausdrücklich „Indemnität“ verlangen. An dieses Wort klammerte sich die allergeringste Ahasi-Opposition. Aber Graf Bülow spielte die ihm überwiesene Rolle schlecht. Er mußte selbst lachen, als er das verlangte Wort „Indemnität“ mit komischem Pathos hinwarf, er verriet die Komödie, er machte sich lustig über sich und das hohe Haus.

Herr Lieber aber, der erste Redner der bürgerlichen Parteien, war äußerst zufrieden mit dem Grafen Bülow. Er überschlug sich förmlich in Reglichkeitswünschen. Es war die armseligste Rede, die der Führer des Centrums jemals gehalten — ein dümbreißiges Gemisch inhaltsloser Komplimente. Das Centrum ist nur noch eine Macht durch die stoffliche Masse — sonst hat es sich und den Parlamentarismus um alle Bedeutung gebracht. Herr Lieber fand sein Wort der Kritik über die Bülowsche Chinapolitik — er ist mit allem zufrieden. Es wirkte fast pöbehaft, als er dann mit künstlicher Entrüstung die Wahrung des Reichstags tadelte, und niemand hörte ihm zu, als er lang und breit über die Frage der Indemnität predigte. Am Schluß schwang sich Herr Lieber zu einigen Spitzeln gegen die Hummerpolitik und gegen die Kaiserreden auf. Aber das Löwenfell zeigt zu deutlich seine gekrümmten Rippen — es wirkt auch auf den Kaiser nicht mehr echt. Herr Lieber beantragte die Ueberweisung der Chinavorlage an die Budgetkommission und kündigte eine Diskussion der verfassungsmäßigen Garantien an.

Dann aber brach in diese dumpfe Atmosphäre der diplomatischen Flachheit und der bürgerlichen Servilität, Grundlosigkeit und Feigheit ein reinigendes Gewitter: Bülow sprach. Mit jugendlichem Feuer, ausgerüstet mit einer Fülle unwiderleglichen Materials, sprach er in zweiundeinhalbständiger Rede der ganzen Chinapolitik jenes vernichtende Urteil, das die Geschichte einst bestätigen wird. Gegenüber der bürgerlichen Indemnitätskomödie nannte er das Verfahren, das dem Reichstage gegenüber gewagt wurde, eine Schmach — ein Ordnungsruf verjagte vergeblich den Pfeil abzustumpfen; er sah, daß sich die Politik der Vergewaltigung und des Völkerrechtsbruchs, die endlich zu der Erhebung führen mußte. Er kontrastierte in packenden Worten das Christentum mit den Hummerzetteln, er erlachte das Recht der Chinesen an; die Ermordung Kettlers sei ein Verbrechen, aber es verdiene mildernde Umstände. Er geißelte die Blamagen der Bülow-Politik, die Hummerbriefe, er kritisierte mit großer Schärfe die Chinarede des Kaisers und erinnerte auch an seine Bremerhänener, gegen die Arbeiter gerichtete Ansprache, die

auf unwahrer Information beruhte, er verhöhnte den Waldersee-Spektakel. Es war eine gewaltig sich ärmende Anklage, deren Eindringlichkeit niemand völlig entziehen konnte. Die sittliche Leidenschaft Bülows, sein loderner Idealismus, die Kraft seines Temperaments, die zwingende Logik der Beweisführung und die erdrückende Fülle des Anlagematerials — das alles zog auch die Widerstrebenden allmählich in den Bann des Redners. Graf Bülow suchte vergebens seine innere Verlegenheit als Langeweile zu maskieren; als ihn Bülow an das Fiasko seiner schneidigen September-Rede erinnerte, senkte er sein glattes Haupt tief an den Tisch. Bemerkenswert war, daß die Rechte auf einen ironischen Appell Bülows an ihren Patriotismus abwehrte, daß sie unter einer aufgezwungenen Fremdherrschaft auch Geheimnisse zur Organisation der nationalen Befreiung bilden würde. Rein, das würden sie nicht thun — bekundeten Herr Kropatschek und Graf Arnim durch abweichende Gesten. Das glauben wir gern. Die Junker sind nur Patrioten, so lange es das Geschäftsinteresse erfordert. Sie würden auch künstlich die Festungen ausliefern wie ihre Vorfahren am Anfang des 19. Jahrhunderts, und würden das gefährliche nationale Bogertum — der Socialdemokratie überlassen.

Namens der Socialdemokratie, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit lehnte Bülow die Chinavorlage ab. Nachdem der brausende Beifall unserer Freunde sich gelegt, schloß sich der preussische Kriegsminister, Herr v. Goltz, gemüthigt einige Sätze zu stammeln. Er führte von der Höhe der Bülowschen Rede wieder in die Niederungen heutiger Regierungsmenschen zurück. Er fand die Ausführungen Bülows mehr breit als tief — und stolperte nun seinerseits in tiefsten Tiefen. Die Augen kampfbüchig zur Saaldecke gerichtet, als sollte ihm von da die Erleuchtung kommen, klabte er gegenbeweise zusammen. Sie bestanden meistens darin, daß er die Ausführungen Bülows für — unkontrollierbar erklärte. Als dieser preussische Schlachtentender den jetzigen Anreizung der deutschen Hunnen als eine weltgeschichtliche, bloß um 1500 Jahre verspätete Revanche für den Zug des Königs Sigels bezeichnete, wurde der Ungläubliche in Gelächter ertränkt.

Graf Bülow schaute sehr verlegen drein, als sein preussischer Kollege Bülow demnach vernichtete. Die Chinapolitik hat in dem Kriegsminister v. Goltz einen würdigen Verteidiger gefunden!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. November.

Das Prestige!

Wie viel uns das chinesische Abenteuer kostet, das kann man sich jetzt ungefähr ausrechnen, was es uns aber einbringen wird, darüber mag selbst der lächerlichste Illusionist der Ueberseepresse keinen Kalkül anzustellen. Daß die 158 Millionen nicht einmal ausreichen werden, um die Waldersee-Episode unserer Chinapolitik zu bezahlen, dürfte kaum bestritten werden. Mit der Vermeidung dieser blutigen Farce ist die Affaire aber keineswegs erledigt. Das zur Empörung gereizte China wird nicht beruhigt, sondern nur durch die gepanzerte Faust im Jügel gehalten werden können. Um die Unterhaltung einer ziemlich starken Chinatruppe, die den Grundstock einer neuen starken Kolonialarmee bilden wird, wird Deutschland nicht herum können. Nachdem man an die ungeheure Bündnisse durch die schändliche Eroberungs- und Hummerpolitik Feuer gelegt, wird man sich hüten, den nur äußerlich gelöschten Kiefersfeuerherd ohne entsprechende Brandwache sich selbst zu überlassen. Die Friedensbedingungen enthalten unter ihren Forderungen ja das Zugeständnis, zwischen dem Meer und Peking Militärstationen anlegen zu dürfen.

Das China-Abenteuer war die Generalprobe der Weltmachtpolitik, in der wir nunmehr trotz aller großen Bülowschen Abwiegungsreden mit Woldampf hineinsteuern werden. An dem einen China haben wir schon übergenug, und doch soll ja nirgends mehr auf dem Erdenrund eine Entfesselung fallen, an der Deutschland nicht beteiligt ist!

Die Kosten unsrer Weltpolitik werden ins Unergründliche wachsen, ohne daß die handelspolitischen Vorteile auch entfernt eine Vergütung der notwendigen Kiejenpumpe darstellen werden. Das hat in einem letzten Moment censorfreier Ehrlichkeit ja die „N. Westf. Ztg.“ zugestanden, das gesteht heute wieder der „Hamb. Korresp.“ zu, der sich kürzlich selbst als das Organ des Hamburgischen Großhandels bezeichnet hat. Das Blatt schreibt:

„Die Gegner werden daher wohl alle Wucht ihres Angriffs auf den Punkt legen, daß der Handel mit China vorläufig noch verhältnismäßig gering ist und daß, selbst wenn man eine Steigerung in der Zukunft in Aussicht nimmt, schwerlich davon die Rede sein kann, daß die Kosten der Expedition in dem Sinne wieder ganz weit gemacht werden können, indem man sagt: „Der durch und im Anschluß an die Expedition geförderte steigende deutsch-chinesische Handel ist der Gewinn bedeutende Ersatz für die Kosten der Expedition.“ An der Hand der statistischen Thatfachen ist es wohl nicht angängig, wenn man nicht geradezu reine Zukunftsmusik treiben will, diesem Verdikt der Gegner der Reichspolitik das Argument entgegenzustellen: Das wird doch der Fall sein. Selbst wenn späterhin eine bedeutende Entwicklung des deutsch-chinesischen Handels eintreten sollte, so wäre es doch gar nicht abzusehen, daß er gerade die Kosten dieser Expedition decken sollte. Im Gegenteil, es ist eher vorzuziehen, daß noch auf längere Zeit hin infolge der ungeordneten Verhältnisse Chinas fortwährend große Aufwendungen des Staats notwendig sein werden, um die Sicherheit des Handels herzustellen. Es muß also die Möglichkeit zugegeben werden, daß die speziellen in China ausgegebenen Summen unter Umständen nicht direkt in China wieder eingebracht werden können, wenn es nicht gelingt, infolge der Friedensbestimmungen finanzielle Entschädigungen zu erhalten.“

Wenn es also nicht gelingt, von China in Gestalt von Kontraktionen etwas zu erpressen, so wird gar kein Gedanke daran sein, das für den Chinarzengewinn verpulverte und das zum ferneren In- schachhalten Chinas noch zu verpulvernde Geld durch Handelsgewinne wieder herauszuschlagen.

Aber das verschlägt den Weltmächtpolitikern auch gar nichts. Deutschland mußte sein Prestige zeigen:

Zu dem diplomatischen Präcedenzfall von 1895, in welchem Deutschland zuerst mit Rußland und Frankreich Japan und der Welt gegenüber dokumentierte, daß seine Interessen in China durch seine eigene Macht wahr- genommen werden sollten, — und zu dem praktisch- politischen Präcedenzfall Kautschou ist der militärische Präcedenzfall 1900 getreten: wir haben die Anerkennung der ganzen Kulturwelt durch unser energisches Eintreten für unsre Interessen errungen und gelten weiterhin gleichberechtigt im Konzert der großen Weltmächte.

Die Erinnerung an Deutschlands thörichte Haltung ist sehr un- geschickt, seine damalige Stimmung hat sich in seinen Ansehens- ziffern unangenehm bemerkbar gemacht. Dasselbe Resultat wird jedenfalls ein Aufwachen zur führenden Sunnenmacht haben.

Aber Deutschland hat sein Prestige gewahrt. Es hat den Be- fähigungsnachweis zur Welthandels-Politik in großem Stil abgelegt, zur Politik der prunkenden Gloire, deren Theater- flüster die Weltpolitik eines winzigen Kapitalistenklingels maskieren sollen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser von China

hat, wie der „Reichs-Anzeiger“ bekannt gibt, an Wilhelm II. ein vom 14. November datiertes Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: „Der große Kaiser der Ta Tsing-Dynastie entbietet seiner Majestät dem Deutschen Kaiser Grüße.“

Eurer Majestät Erwiderung auf Unser Telegramm haben Wir erhalten. Mit Freude und Hochachtung ersehen Wir daraus, daß Eure Majestät von freundschaftlichen Gefühlen für Uns befeelt sind und Uns (für die Vorkommnisse) persönlich nicht verantwortlich machen wollen.

Infolge der Mißgriffe, die Wir in der Wahl Unserer Beamten gemacht haben, ist Eurer Majestät Gesandter ohne sein Verschulden ein Opfer (der Wirren) geworden, was Wir auch noch auf das Tiefste bedauern. Es ist gerecht, daß Wir die schuldigen Würden- träger mit besonderer Strenge und entsprechend bestrafen, um den Gesetzen und dem allgemeinen Rechtsgefühl Gemäßung zu gewähren.

Sobald Wir von Unserem Gesandten Herrn Li Hai Guan ein telegraphisches Memorial, daß Eurer Majestät bereits gerührt haben, Instruktionen behufs Eröffnung der Verhandlungen mit Unseren Bevollmächtigten an den Generalkonsulmarschall Herrn Grafen Waldersee und den Kaiserlichen Gesandten Herrn Rummel von Schwarzenstein zu erlassen. Es genügt sich daher, daß Wir auch Unsererseits Befehle an alle Unsere Bevollmächtigten erteilen, damit die Verhandlungen, den Bedürfnissen Rechnung tragend, zu einem befriedigenden Resultat geführt und friedliche Beziehungen baldigst wieder hergestellt werden.

In Eurer Majestät Erwiderung (auf Unser früheres Telegramm) wird Uns geraten, nach Peking zurückzulehren, was Wir als ein Zeichen Eurer Majestät freundschaftlichen Gemüths für Uns auffassen. Sobald die Friedensverhandlungen die gewünschten Ergebnisse zeitigen, werden Wir sofort die Zeit Unserer Rückkehr bestimmen.

Da die christlichen Missionstätigkeiten den Angehörigen ver- schiedener Staaten vertragsmäßig zugestanden sind, so ist es Unsre Pflicht, in Zukunft die höchsten Provinzialbeamten strengstens anzuweisen, diesen Missionen besonderen Schutz angedeihen zu lassen, um alle Streitigkeiten auf immer beizulegen. Indem Wir Eurer Majestät hierdurch nochmals Unsere Bestimmungen kundgeben, hoffen Wir hierfür Allerhöchsterseits Anerkennung zu finden.

Der „große Kaiser der Ta Tsing-Dynastie“ ist beinahe nur der Gesandene seiner kaiserlichen Mutter, der ohne deren Genehmigung weder einen Schritt thun noch ein Wort mit jemand wechseln darf. Das kaiserliche Schreiben darf daher als das Diktat seiner gestrengen Mutter angesehen werden. Sein Inhalt besteht demnach, wie das nicht anders zu erwarten ist, aus allerhand Verbindlichkeiten und Versprechungen, deren Wert ein sehr problematischer ist.

Ob die schuldigen Würdenträger eine besonders strenge Strafe erleiden werden, wird — außer von dem guten Willen der Kaiserin — von der Macht der Regierung und der Rücksichtlichkeit des Einflusses der Mächte abhängen.

Das wichtigste an dem Schreiben ist die Erklärung des Kaisers, daß er zwar den freundschaftlichen Rat, nach Peking zurückzulehren, zu schätzen wisse, aber erst dann zurückzulehren gedene, wenn die Friedensverhandlungen die gewünschten Ergebnisse zeitigen. Eine Vorbedingung, die man der schlauen Kaiserin nicht verdenken kann.

Vorläufig arbeitet trotz dieses höflichen Briefaustausches der Sunnenjübel weiter. Graf Waldersee hat Li-Hung-Tschang auf seine Vorstellungen erklärt, er werde die Streifzüge einstellen, wenn keine Boger mehr vorhanden seien. Als ob man nicht schon in Ermangelung von Bogern ungezählte harmlose Bürger niedergeknallt hätte!

Kapitalisten- und Volksinteressen.

In wie inniger Beziehung die Privatinteressen einzelner einfluß- reicher Personen mit militärischen Aktionen stehen können, das haben die Entschlüsse über die erfolgreiche Thätigkeit der Familie Chamberlain als Lieferanten von Kriegsmaterial gezeigt. Von welchen „Zufälligkeiten“ Militärlieferungen abhängen können, dafür noch folgende Beispiele. Schon längere Zeit werden Versuche gemacht, die jetzt gebräuchliche Seidewebe an Geschützen durch eine andre Vorrichtung zu ersetzen. Solche Versuche sind schon aus dem Grunde erfolglos, weil jede Neuerung aus militärischem Gebiete der betreffenden Fabri- kanten Millionen Gewinne garantiert. Da die resp. Fabrikanten trotz ihres Nationalpatriotismus ihre Erzeugnisse an jeden Staat, um guten Preis natürlich, verkaufen, so haben die Neuerungen und „Verbesserungen“ schließlich keinen andren Zweck, als die fortgesetzte Belastung aller noch militärischer Macht strebenden Staaten und damit die Ausbeutung der Völker zum Segen einiger Kapitalisten. Und die Interessen der internationalen Kapitalisten gehen dabei oft genug Hand in Hand.

Die erwähnten Versuche wurden bereits vor einem Jahre bei Krupp nach einer bestimmten Richtung unternommen. Anstatt durch die übliche Seidewebe sollte die Rücklaufhemmung durch Gummi- polster erreicht werden. Es sollten durchaus Gummi- polster sein. Der Auftraggeber und Lieferant der Probepolster war ein russischer, einflußreicher Mann, der nebenbei eine Gummiwaren-Fabrik be- saß.

Eine russische Neubewertung der Artillerie steht in bestimmter Aussicht. Wenn die von russischer Seite von Krupp geforderte Ver- besserung mit von einem russischen Fabrikanten gelieferten Gummi- polstern glückt, dann hing es wohl nicht mehr von einem Zufall ab, daß Krupp die Lieferung der verbesserten Geschütze zur An- rüstung der russischen Artillerie erhielt.

Doch aller Liebe Mühe war vergebens. Es wurden Versuche gemacht mit den Gummi- polstern, auch ein russisches Kommando nahm damit auf dem Kruppischen Schießstand Probepolster vor. Bei einer solchen Gelegenheit äußerte ein Beamter zu den betreffenden Arbeiten: „Viel, sehr viel Gummi ver-

wenden, damit die Versuche gut ausfallen. Der russische General ist nämlich Besitzer einer Gummiwaren-Fabrik — und will durchaus eine Dremse mit Gummi haben.“ Aber es wollte nicht klappen, man suchte noch so viel Gummi verwenden, diese Dremse war nicht haltbar. Das Problem der Gummi- dremse blieb ungelöst und der russische Gummi- polster-Fabrikant hat vielleicht vergeblich ge- hofft, russischer Armeelieferant zu werden. Krupp aber hat diesbezügliche Hoffnungen noch nicht aufgegeben. An Stelle eines Geschützes mit Gummi- polstern hat er ein solches mit Spiralfeder- und hydraulischer Rückstoß- hemmung (Glyzerin) zum Weißfahren und Weißschießen nach Rußland geschickt.

Daß Krupp aus dem internationalen Nordwerkzeug-Bestand in Rußland als Sieger hervorgeht, bezweifelt man in maßgebenden Kreisen sehr — bloß weil die Gummi- polstrierung nicht glückt.

Aber gleich viel, wer für Rußland liefert, das Vorkommnis, das in dieser Art sicher nicht allein steht, beweist, daß die Bestrebungen der Nordwerkzeug-Fabrikanten nichts mit Volksinteressen zu thun haben — im Gegenteil, die schwerste Gefahr für das Volkwohl bilden.

Die unbegrenzte Liebe zum Zuchthaus. Ueber die Haltung, welche die Regierung dem Reichstage gegenüber in der 12000 Mark- Affaire einnehmen will, erfährt die „Nation“ das Folgende: „Graf Posadowsky will, so hört man, erklären, daß er von der ganzen Sache nichts wisse; daß er zur Zeit der Transaktion in England gewesen sei; daß er also sein Alibi nach allen Regeln der Kriminalistik nachzuweisen im Stande wäre, und Herr Woedike will sagen, daß der Schuldige er allein sei, wenn es schuldig sein sollte, sich von seiner Liebe zu seinem Chef, zum Vater- lande und zur Zuchthaus-Vorlage über die hergebrachten Grenzen hinwegsetzen zu lassen. Sein Fehl war allzu heißer Eifer im Dienst der besten Sache von der Welt, und vor solch tugendhaftem Bekenntnis hätte alsdann die tugendhafte Kritik zu verstummen. — Schwiegt auch die „bürgerliche Tugend“, die sozialdemokratischen „Pösterlunge“ werden um so energischer reden, so daß die beiden Zuchthaus-Schwärmer so billig nicht fortkommen werden.“

Die Einpantung der preussischen „Königs“-geschichte in der Schule. Zur zweihundertjährigen Jubelfeier der preussischen Königskrone hat die Regierung zu Frankfurt a. O. folgende Verfügung erlassen:

Der 18. Januar 1901 wird durch die zweihundertjährige Jubelfeier der preussischen Königskrone für unser gesamtes Volk und somit auch für die Schule eine besondere Weihe er- halten. Indem wir jetzt schon darauf hinweisen, be- absichtigen wir, zur rechtzeitigen Vorbereitung einer allgemeinen und der Bedeutung des Tags entsprechenden Schulfeierlichkeit erfolgreiche Anregung zu geben. Wir bestimmen deshalb, daß bereits von jetzt ab allenthalben im Geschichtsunterricht die preussische Königsgeschichte unter Zurück- stellung anderer Stoffe eingehend zu behandeln und sorgsam zu befestigen ist. Auch die sonstigen Lehrstunden werden bei gehöriger Umsicht reichlich Gelegenheit bieten, dem an- gegebenen Zweck zu dienen. Namentlich wird auf die verständnis- volle, sichere Aneignung passender Psalmen und Lieder, sowie guter Gedichte, worin echte vaterländische Gesinnung zum erhebenden Ausdruck kommt, Wert zu legen sein. In jedem Fall wird der Gesangunterricht nach Stoffwahl und kunstmäßiger, sicherer Leitung für die Weibung der Feiertage eine dankenswerte Aufgabe zu lösen haben. Wir dürfen zu unserer Lehrerenschaft das Vertrauen haben, daß sie in dankbarer Erinnerung an die landesväterliche Fürsorge unserer Könige, die auch ihnen reich- lich zu gute gekommen ist und die unserm Volke im Laufe der Jahrhunderte seine herrliche Schule erbaut hat, alles auf- bieten wird, um der von uns gegebenen Anregung in dem rechten Geiste zu genügen und ihre löblichste, vaterländische Gesinnung in einer warmherzigen, für das heranwachsende Geschlecht frucht- bringenden Weise zu betätigen.

Die Jubelfeier soll am 18. Januar 1901 in Königsberg in Preußen stattfinden. Allem Anschein nach wird dabei ein großer Pomp entfaltet werden, alle europäischen Höfe sollen durch fürstliche Mitglieder vertreten werden.

Die Verfügung zeigt, wie schon Monate vorher damit begonnen wird, die „patriotische Stimmung“ anzufachen, bis sie zu „heller Begeisterung“ wird. Die Lehrer und Schüler, so werden die Beamten aller Ressorts beeinflusst und zur nötigen Begeisterung kommandiert.

Zu dem Appell an die Begeisterung für unsre „herrliche Schule“ stehen übrigens, wie ein hiesiges Blatt treffend bemerkt, in bemerkens- werthem Kontrast Tausende von überfüllten Klassen; die zahlreicheren Kinder, die wegen Mangels an geeigneten Schulklassen feiern; die „Brüchigen Schulpaläste“, in denen der Aufenthalt lebensgefährlich ist; der Lehrermangel, der aus der wenig verlockenden Beziehung der Lehrarbeit und der Abhängigkeit der Lehrer von der Geislich- keit entspringt.

Schule und Zuchthaus in Mecklenburg. Die mecklenburg- städtische Regierung hat, wie die „Postoder Zeitung“ meldet, die Regelung des Dienstverhältnisses und der Pension der Lehrer abgelehnt. Dagegen hat sie eine Vorlage ein- gebracht, betreffend den Umbau und Erweiterung der Strafanstalt zu Dreibergen. Die Kosten sind veranschlagt zu 575 000 M.; gefordert wird ein Landeszuschuß von 450 000 M. Sogar den Zuschuß- begehrten „Verl. Renett. Nachr.“ fällt dieser Kontrast auf; sie bemerken, in Mecklenburg-Strelitz scheint man für die Lehrer und die Aufklärung nichts, für das Zuchthaus aber — was ja in innerem Zusammenhang stehen mag — sehr viel zu thun. Mit der Spitz- mark: „Ein Memento an die Reichs- Schulkommission“ bringt das „Korrespondenzblatt“ für den akademisch gebildeten Lehrerstand einen Aufsatz, der die Zustände an den drei höheren Schulen in Mecklenburg-Strelitz in trübstem Licht zeigt. Den Titel „Oberlehrer“, wie ihn sonst die akademisch gebildeten Lehrer an höheren Schulen führen, kennt man in Mecklenburg- Strelitz in dieser Ausdehnung nicht. Eine zu Neustrelitz ausgegebene Parole schlägt vor, die studierten Lehrer einfach als „Lehrer“, die andren als „Schulmeister“ zu bezeichnen! Diese „Lehrer“ nun beziehen ein Anfangsgehalt von 2100 M. und steigen nach 15 Jahren auf 3300 M. und „damit haben sie glücklicherweise die obere Stufe ihrer Stala erreicht; weiter gibt es nichts mehr: mit fünfzehn Dienst- jahren sind sie also bei dem Anfangsgehalt der preussischen Ober- lehrer angelangt. Wohnungsgeld und Funktionszulage kennt der mecklenburg-strelitzische Staat nicht.“ Auch die Pension ist nur Gnadenfache, ein Pensionsgesetz giebt es nicht.

Die Komödie der Judenmilitärförderung

wird von der „Köln. Ztg.“ nicht überliefert: Gelingt es der Regierung nicht, die freimüthigen und ultramontanen Hüter der Ver- fassung davon zu überzeugen, daß sie partont nicht früher dem Reichs- tag einen Kostenschlag habe unterbreiten können, so wäre, wie wir schon ausgeführt haben, ihre beste Position die, daß Graf Bälou vor der Volksvertretung eine seiner eleganten Verbergungen machte und nach dem mehrfachen vom Fürsten Bismarck gegebenen Vor- bilde, dem er nachzuweisen versprochen hat, um die so heiß erstrebte Judenmilitärförderung hätte. Jedenfalls gehört keine Prophetengabe dazu, um zu verkünden, daß über dieser Formfrage, einer Form, die, wie anzuerkennen ist, ihre verfassungsmäßige Erledigung finden

muß, der Konflikt zwischen Krone und Parla- ment nicht ausbrechen, das Reich nicht aus dem Leim gehen wird. Ist dieses Steinchen des Anstoßes glücklicherweise aus dem Wege geräumt, ohne die Lawine ins Rollen gebracht zu haben, so wird vielleicht der eine oder der andre wih- begierige Reichshörsche die Frage stellen, welche Wege die Regierung einzuschlagen gedenkt, damit die Kosten, wie die Denkschrift anknüpft, von China erstattet werden, und es bleibt abzu- warten, ob die Dinge im Konzert der Mächte schon so weit reif sind, daß eine solche Frage befriedigend beantwortet werden kann.

Auch die „Kölnische Zeitung“ ist ja der Ansicht, daß die Form gewählt werden müsse, aber sie besimmt wenigstens, daß es sich nur um eine lustige Komödie handle, während die Herren Lieber und Richter ihre Possenrolle mit tragisch hochgezogenen Brauen mimen.

Die Befehle haben nach der „Köln. Volks-Ztg.“ der Selbst- bezichtigung der Sunnenbriefe nach die deutschen Truppen in China gehaßt. Siehe man auch an den Schreckschreien der Sunnenbriefe bereitwillig ein gutes Stück als unwahr ab, so beweise doch deren Uebereinstimmung in den Hauptpunkten, daß es in China „entsetzlich hergehe“ und daß die gewohnheitsmäßige Rohheit der Thaten „eine un- zu rasche Gemüthsverrohung des Soldaten“ hervorruft. Und wenn trotzdem die deutschen Truppen noch als die humansten bezeichnet worden wären, so werde damit nur bezeugt, daß die fremden Mächte geradezu barbarisch hausten. Das beste Mittel gegen die Sunnenbriefe, erklärte das ultramontane Blatt schließlich nach einer Verurteilung der Censur der Soldatenbriefe, „wäre ohne Zweifel die baldige Beendigung der chinesischen Wirren“. Unzweifelhaft! Leider aber, schließt die „Köln. Volks-Zeitung“ mit frommem Augenverdrehen, „ist noch kein Ende der Kämpfe und Strapazen abzusehen.“ Wie könnte auch das Centrum um den Preis der Hoffähigkeit seine Politik von den Grundfragen der Menschlichkeit, des Christentums und der Volks- wohlfahrt leiten lassen!

Die rechtswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen-Weimar.

Vor kurzem ist an dieser Stelle von einer mannhaften Er- klärung des Professors Dr. E. Abbe in Jena Notiz genommen worden, wodurch sich dieser zur ev. Annahme eines Landtags-Mandats bereit erklärte, um „vermöge seines Standpunkts kräftig Ein- spruch zu erheben gegen die reaktionäre Tendenz, die in einigen Zweigen der Staatsverwaltung jetzt zur Herrschaft gelangt ist.“ Die Landtagswahlen sind jetzt so ziemlich vorüber und Professor Abbe ist sowohl im 2. und im 3. Verwaltungsbezirk, wo er von den freigestimmten Elementen unter den privilegierten Wählern zur Wahl empfohlen wurde, durchgefallen; die Plutokraten der be- treffenden Wahlkreise haben eben eingeschoben, daß Professor Abbe kein Vertreter der Geldsackinteressen ist und deshalb: fort mit ihm. Es ist nicht anders erwartet worden.

Jetzt liegt eine neue beachtenswerte Rundgebung Abbes vor, die dem sozialistenfresserischen Minister v. Wurmb noch unangenehmer sein wird. In einer von den Freimüthigen in Jena einberufenen öffentlichen Versammlung, die außerordentlich stark besucht war, hat der Genannte einen Vortrag gehalten unter dem Titel: „Die rechtswidrige Beschränkung der Versammlungs- freiheit im Großherzogtum Sachsen-Weimar.“ Der Redner wies nach, daß in Sachsen-Weimar das beste Versammlungsgesetz besteht, das man sich denken könne, denn es ist in keinerlei gesetzliche Bestimmungen gezwängt; nur die Anmeldung von Ort und Zeit einer stattfindenden Versammlung ist bei der Ortspolizei- behörde geboten; nichts weiter. Die Polizeibehörden haben durch ihre Verbote ihre verfassungsmäßige Zu- ständigkeit überschritten und von ihrer Gewalt einen rechtswidrigen Gebrauch gemacht. Professor Abbe erklärte sich bereit, die Frage, ob die Versammlungs- verbote den Gesetzen des Großherzogtums widersprechen, nunmehr an die Gerichte zu leiten. Mit lautloser Stille wurde die flammende Protestrede von der taubenblöthigen Versammlung an- gehört und ein brausender Beifallssturm brach los, als Abbe seine schlichten, aber energische und überzeugende Rede beendet hatte.

Die Rede ist stenographisch aufgenommen worden und wird in Form einer Broschüre im ganzen Lande verbreitet werden.

Das amtliche Wahlergebnis im Reichstags- Wahlkreis R e f e r i r t - W o m s t ist folgendes: Es erhielten v. Gersdorff (Lom.) 6231, Grün (deutschsozialer Reformpartei) 3733, v. Ghranowski (Pole) 7290, v. Krefinsky (deutsch-katholisch) 576, Wig (Socialdemokrat) 40 Stimmen. Es zerplitterten sich 12 Stimmen.

Die Frustrifizierung des Attentats auf Kaiser Wilhelm in Dresden versuchen nur einige wenige Scharfmacher-Organe. Es ist eben diesmal offensichtlich, daß es sich um eine Wahnsinnthat handelt. Das geht ganz deutlich aus den Einzelheiten hervor, die Dresdener Blätter nachträglich über die Weilverfertigung veröffent- lichen.

Am Sonnabend stand die Attentäterin Selma Schnapla vor dem Dresdener Schöffengericht, um sich wegen Ver- leidigung eines Schuymanns, Widerstands gegen die Staatsgewalt und ruhestörenden Arms zu ver- antworten. Sie war am 20. September d. J. auf eine Polizeiwache bestellt, um eine wegen einer Gewerkschaftsaktion über sie ver-hängte Haftstrafe von einem Tage zu verbüßen. In der Wachtube soll sie sich nun so ungebührlich betragen haben, daß die oben angeordnete Anklage gegen sie erhoben worden ist. Als sie vor dem Schöffengericht den Vorfall in der Wachtube erzählen sollte, geriet sie in große Erregung, schimpfte in drastischen Ausdrücken auf alle Schupleute und behauptete, sie sei damals nur auf die Polizeiwache bestellt worden, weil man sie heimlich in der Helle habe umbringen wollen. Auf die Frage, ob sie gestern ein Attentat auf den Kaiser verübt habe, antwortete sie mit einem gewissen Stolz: „Ja!“ und gab als Motiv der That an, daß sie seit langer Zeit auf Verreiben der Kaiserin heimlich verfolgt werde. Der Gerichtshof be- schloß die Sache zu vertragen und die Angeklagte ärztlich auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Nach der „Schlesischen Zeitung“ hat ein Amateur-Photo- graph, ein in dem Hause Gartenstr. 64 wohnender Kaufmann, eine Aufnahme des kaiserlichen Wagens, als er passierte, gemacht, und dabei zufällig den Moment des Heberfalls mit aufgenommen, so daß der Vorgang photographisch fixiert ist. Auf dem Bilde steht man deutlich die hart an den kaiserlichen Wagen herangebrangene Samopla, wie sie hoch erhobenen Arms im Begriff ist, ihr Ziel zu salendern. Es dürfte wohl bisher noch nicht vorgekommen sein, daß ein Attentat photographiert worden ist.

Ueber die sozialdemokratischen Anträge im Reichstags- hert sich die „Neue Bahrische Zeitung“, das Hauptorgan der bahrischen Centrumpartei, wie folgt: „Wie überaus wirksam alle diese Anträge und deren Beratung für die Socialdemokratie agitatorisch zu bewerten sind, braucht nicht erst näher dargelegt zu werden. Leider kann nicht gelehnet werden, daß seit einigen Jahren in den Kreisen, gegen die diese Anträge zum Teil sich richten, so manches geschieht, was den Socialdemokraten diese wirksame Waffe geradezu in die Hand drückt.“

Das katholische Blatt scheint in seinem Reid ganz zu übersehen, daß auch die wertgeschätzte Centrumpartei an der agitatorischen Wirksamkeit der sozialdemokratischen Anträge mit profitieren kann. Es möge nur dafür sorgen, daß die ultramontanen Abgeordneten sich nicht wiederum durch die Aussicht auf profitabile Handels- geschäften verleiten lassen, eine vollstverräterische Rolle zu spielen.

Der Gouverneur für Deutsch-Ostafrika, General v. Liebert, geht wie jetzt bestimmt gemeldet wird, auf seinen Posten nicht zurück. An den Beschuldigungen, die gegen Liebert in Beziehung auf seine Amtsführung erhoben worden sind, und die er für unwahr hingestellt hat, scheint also doch etwas Wahres zu sein.

Das Offenbacher Eisenbahn-Unglück wird in der zweiten heftigen Kammer zum Gegenstande einer Anfrage an die heftige Regierung gemacht werden. In der Interpellation heißt es u. a.:

Es besteht die Ansicht, daß eine schuldhaft menschliche Handlung nicht vorliegt, daß aber auch der am fraglichen Abend herrschende Nebel, der andere Zufälle den Unfall wenigstens in seiner entsetzlichen Ausdehnung nicht erklären. Es werden gewichtigste Stimmen laut, nach denen Fehler in der Verwaltung, veraltete Konstruktion der sogenannten D-Wagen, insbesondere fehlerhafte Anlagen von Licht- und Schutzvorrichtungen, die andererseits unangebrachte Sparjamkeit in Bezug auf Anlage von weiteren Bahngelassen und in Bezug auf Anstellung von geeignetem und genügendem Wärterpersonal an der Ausdehnung des Unfalls mitgewirkt haben. Wir fragen deshalb bei der großherzoglichen Regierung an, ob die stattgehabten Ermittlungen die Möglichkeit oder das Unzutreffende dieser Ansicht ergeben haben? Wir fragen gleichzeitig an, ob die Regierung geneigt ist, in energischer Weise im Lande der heftig-preussischen Eisenbahngemeinschaft dahin zu wirken, daß etwa bestehende Mängel beseitigt und unangebrachte Sparjamkeit ohne Rücksicht auf den finanziellen Effekt für die Zukunft vermieden werde!

Wird auch die preussische Landratskammer sich zu einem Protest gegen das Thielen'sche Sparsystem aufraffen? —

Bremen, 18. November. (Sig. Ver.) Die Manchesterfreistümigen der bremischen Bürgerchaft haben diese Zeiten. Sie finden dort des unermüdblichen Eingreifens der sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerchaft alle Augenblicke unfreiwillige Gelegenheiten, sich ob ihrer sozialpolitischen Zurückgebliebenheit zu blamieren. In der vorletzten Sitzung hatten unsre Genossen einen Kohlennot-Arttrag eingebracht, der den Staat veranlassen wollte, Kohlen und Coals anzukaufen und den Kinderarmutsmitteln zum Einkaufspreis abzugeben. Aber da stellten die Liberalen sich hin, besritten, daß es eine Kohlennot gebe, scharten sich zu einem Schutzwahl um die armen notleidenden Kohlenhändler, die durch den Antrag geschädigt werden würden, und behaupteten gar, mit dem Antrage würde man direkt in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat hineingleiten. Sie lehnten denn auch den Antrag ab, den sie vorher als dringlich sofort auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Es fand dann ein unzulänglicher Antrag Annahme, daß die Gasanstalt Coals in Mengen bis zu drei Hektoliter zu billigen Preisen abgeben sollte, so lange die eigigen Preise anhalten. Der Senat hat aber noch nicht für nötig gehalten, diesem Antrage zuzustimmen.

Ihre anrüchliche Feindschaft gegen das Eingreifen des Staats ins wirtschaftliche Leben — wenn nämlich die Arbeiter dieses Eingreifens zu ihren Gunsten fordern — betonen die Liberalen auch in der letzten Sitzung, wo Genosse Arbeitersekretär Ebert in eindringlicher, auf sozialpolitischer Höhe stehenden Rede den Antrag begründete:

„Die Bürgerchaft erachtet für alle in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter die Festsetzung eines Minimallohns von 4 Mk. pro Tag und eine vorläufige neunstündige Arbeitszeit täglich für notwendig. Bei Vergütung von staatlichen Arbeiten und Lieferungen wird den Unternehmern die Innehaltung genannter Arbeitsbestimmungen zur Bedingung gemacht. Für ständige, nicht ruhegehaltberechtigte Angestellte ist eine angemessene Hinterbliebenen-Versicherung einzurichten.“

Die Liberalen rühten zu drei Mann hoch an. Einen Schulmeister vom Lande, einen Gewerbetreibenden und einen Kaufmann hatten sie vorgeschickt, aber die sozialpolitische Weisheit, die dieses Kleeblatt gegen den Antrag zu Tage förderte, ist schon vor einem halben Jahrhundert alsbarer Unflut erkannt worden. Die manchesterlichen Herren wurden vom Genossen Ebert gründlich abgeföhrt, aber natürlich fiel auch dieser wichtige Antrag bei der Abstimmung unter den Tisch. Hervorgehoben muß aber werden, daß es der Senat nicht für nötig hielt, irgend ein Wort zu dem Antrage zu äußern.

Großherzogtum Sachsen-Weimar. Die Landtagswahlen sind nun so weit zum Abschluß gebracht, daß nur noch die Großgrundbesitzer, die zu diesem Zweck aus dem ganzen Land nach Weimar reisen müssen, in ihrem Wahlgang fünf Abgeordnete wählen. Daß die etwa 200 Notleidenden nur echte konservative Agitatoren wählen, ist selbstverständlich, und so wird sich in Zukunft der zweimotige Landtag aus 16 Konservativen, 10 Nationalliberalen, 4 Freistümigen, 2 Sozialdemokraten und einem Centrumsanhänger zusammensetzen. Die bisherige rein konservative Mehrheit ist gebrochen, ein starker Zug nach links hat stattgefunden, doch wird bei der Weiterföhrung der Nationalliberalen die Reaktion auch im neuen Landtag ihre Organe feiern. —

Die Nationalliberalen in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben: Ein merkwürdiges Schauspiel vollzieht sich augenblicklich in unserm badischen Hinterlande. Die Rolle der Regierungspartei gehörte seit langem hier zum festen, fast unumstößlichen Besitzstande der nationalliberalen Partei. Während man den Nationalliberalen des Reichs mit großem Rechte den Namen „Proktion Dreifache“ beigelegt hat, hat man ihn bis jetzt wenigstens nur mit einem gewissen Unrechte auf die Nationalliberalen Badens anzuwenden können. Sie haben hier nur eine Politik beharrlich verfolgt und das war die höchst einfache, wie sie sich auch für eine andere Regierungspartei eignet. Sie haben alle Wochensprüche der Regierung fleißig mitgemacht. Der Lohn für diese Folgsamkeit ist von der Regierung auch redlich bezahlt worden. So wurde bei den Wahlen in unerhörter Weise der ganze Wahlbeeinflussungs-Apparat, der amtlich zur Verfügung steht, den Nationalliberalen überlassen. Aber trotz allem wurde die Zahl der nationalliberalen Vertreter in der zweiten Kammer von Wahl zu Wahl kleiner. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann ihre Majoritätsherrlichkeit ein Ende hat, also auch ihre Rolle als Regierungspartei ausgespielt ist. Diesen gefährdeten Moment galt es für sie zu vermeiden. Es kam noch dazu, daß Minister Eisele — auf bis jetzt immer noch unangenehme Weise — ging. Mit ihm hatte die nationalliberale Partei eine ihrer Hauptstützen in der Regierung verloren. Zwar ist nicht zu erwarten, daß sein Nachfolger ein aus der Art geschlagenes Kind sein wird. Aber die nationalliberale Partei mußte trotzdem schleunigst darauf bedacht sein, ihrem am Schwund leidenden Körper frisches Blut zuzuföhren. Erst vereint, dann immer stärker und lauter erscholl aus den Reihen der Partei der Ruf, es müsse die Einführung des uneingeschränkten allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes auf das Banner der Partei geschrieben werden. Gerade diese Forderung, gegen die sich die Nationalliberalen im Bunde mit der Regierung mit allen Kräften gestemmt hatten, die im Kampfe mit ihnen zum Selbstzweck geworden war, gerade diese schiden sie sich nun anstandslos zu bewilligen. An sich ist dieser Schachzug, der durch ein Manifest der Parteileitung neuerdings sanktioniert worden ist, nicht unklar. Um die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes allein war in den Wahlkämpfen gestritten worden. Oft sah es bei ihnen so aus, als ob mit seiner Bewilligung in Baden nichts mehr zu verlangen wäre. In diesem Zeichen hatte die Opposition gestiegen. Wenn man schließlich gute Wiene zum bösen Spiel machte, dann hatte man dem Gegner die wirksamste Waffe aus der Hand gerungen und es konnte nicht ausbleiben, daß man bei der nächsten Wahlaufrüstung oben liegen kann. Das ist die Rechnung der Nationalliberalen. Sie ist höchst einfach, nur zu

einfach und — durchsichtig. Bei einer Einführung des direkten Wahlrechtes haben noch Regierung und erste Kammer ein Wort mitzusprechen. Selbst wenn die Regierung ihren jetzigen Standpunkt der Abweisung verlassen sollte, so ist immer noch die Zusammensetzung der ersten Kammer derart, daß an eine Annahme des direkten Wahlrechtes nicht zu denken ist. Unter diesen Umständen ist die Schwertung nach links, die die Nationalliberalen vollzogen haben, eitel Humbug, nichts als platte Pauernfängeret. Das Eintreten für eine Forderung, die sie vor noch ganz kurzer Zeit heftig bekämpft haben, ist denn doch etwas zu plötzlich gekommen, um nicht diesen Verdacht zu rechtfertigen. Daß der Wauersang nicht gelingt, dafür wird die Sozialdemokratie Sorge tragen. Dem Volke sollen die Augen über diesen politischen Humbug rechtzeitig geöffnet werden. Daß sich die offiziöse und nationalliberale Presse ob des Pseudoliberalismus der Nationalliberalen in den Saaren liegen und sich mit „Verrat“, „politischer Halskammer“ u. a. m. regalisieren, ändert natürlich nichts an dem Thatbestand. Wenn sie sich unbeachtet treffen, werden sie lächeln wie die Kugeln. —

Die Typhusepidemie in rheinischen Regimentern hat wieder ein Opfer gefordert. In Koblenz starb der Musikleiter Karl Aurliefer von der 7. Compagnie des 88. Infanterieregiments. Wie eine Koblenzer Korrespondenz mitteilt, ist dies der siebente Typhus-Todesfall im 88. Infanterieregiment, nach unren Aufzeichnungen der achtzehnte Todesfall, der auf diese Epidemie in rheinischen Regimentern zurückzuführen ist. —

Ausland.

Österreich-Ungarn.

In Graz wurden 86 italienische Studenten unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet. —

Frankreich.

Eine Chinadebatte entstand am Montag in der Deputiertenkammer anläßlich der Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußern. Destournelles fragt, wie die chinesische Angelegenheit ausgehen werde, wie lange die Expedition dauern und wieviel sie kosten werde. Man rechne zur Erstattung der Ausgaben auf die von Seiten Chinas zu zahlende Entschädigung, wisse aber nicht, ob China werde zahlen können. Deutschland schäme seine ersten Ausgaben auf 200 Millionen, wenn jede Nacht ebenso viel verlange, müßten die chinesischen Zölle erhöht werden, was den europäischen Handel lahm legen würde. Gewisse Nationen möchten sich vielleicht in natura bezahlt machen, das aber würde zu einem Weltkriege föhren. Frankreich möge nicht zu gierig nach einer Entschädigung verlangen, man möge die Köpfe der Schuldigen fordern, aber nicht ihr Geld. (Weisfall.) Sembat (Socialist) fährt Beschwerde darüber, daß man Krieg föhre ohne Genehmigung des Parlaments, und bedauert, daß der russische Vorschlag, Peking zu räumen, nicht angenommen worden sei. Redner wirft den Missionaren vor, daß sie eine der Ursachen des Kriegs seien. Die Herausforderungen der Missionäre und gewisse Annahmen, der in China anläßlichen Europäer hätten die Unruhen hervorgerufen. Redner verlangt schließlich Aufklärungen über Grausamkeiten, die nach den Zeitungen von europäischen Soldaten in China begangen sein sollten, und spricht sein Bedauern über die Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberkommandierenden aus. Die Beratung wird hierauf vertagt. —

Italien.

Der Mafiahäuptling Deputierter Palizzolo ist durch Gerichtsbescheid vor das Schwurgericht verwiesen worden als Anstifter der Ermordung des Commendatore Rotabartolo; durch früheren Gerichtsbescheid war Palizzolo als Anstifter der Ermordung Nicolis vor das Schwurgericht verwiesen worden. —

Holland.

Die Transvaal-Angelegenheit in der Kammer. In den Bureaus der zweiten Kammer gab die Regierung die Erklärung ab, die Veröffentlichung der Verhandlungen mit England bezüglich der Gefangennahme einer niederländischen Ambulanz und der Ausweisung niederländischer Staatsangehöriger aus dem Transvaal sei für den Augenblick nicht wünschenswert. Ferner wurde von der Regierung erklärt, eine Intervention der andern Mächte sei nicht dadurch verhindert worden, daß die südafrikanischen Republiken nicht zur Friedenskonferenz eingeladen worden waren, sondern durch das Widerstreben Englands, das lange vor der Friedenskonferenz erklärt habe, auf keinen Fall eine Intervention oder einen Schiedsspruch in seinem Streitfall mit Transvaal anzunehmen zu wollen. Im Herbst 1899 habe die niederländische Regierung in London ihre guten Dienste angeboten zum Zwecke der Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen England und Transvaal; diese Vermählung der niederländischen Regierung sei aber fruchtlos gewesen infolge des plötzlichen Stillstandes Transvaals und infolge der Eröffnung der Feindseligkeiten durch die Armeen der beiden Republiken. Als der Krieg einmal ausgebrochen wäre, jedes weitere Vermögen nutzlos gewesen, das habe die entscheidende Ablehnung Englands gegenüber den Vereinigten Staaten bewiesen. Die Regierung habe in London um Fortbeförderung der gefangen genommenen Mitglieder der niederländischen Ambulanz ersucht, aber noch keine endgültige Antwort erhalten. Hinsichtlich der Entschädigung der ausgewiesenen niederländischen Staatsangehörigen hoffe die Regierung, daß die Angelegenheit ohne Schiedsspruch in befriedigender Weise werde geregelt werden. —

Afrika.

Ein großes Aseeltreiben unter Mitwirkung sämtlicher Kavallerieregimenter wird wieder einmal auf die noch im Felde stehenden Boerenkommandos veranstaltet.

3000 Boeren unter Erasmus kampieren am Olifantflusse in der Nachbarschaft von Middleburg. Sie verfügen über 1000 Wagen und 12000 Rinder. Die Befragung von Vrhyheid räumte die Stadt und bezog eine Stellung auf den anliegenden Anhöhen, wo sie tatsächlich belagert ist. Sie hat Proviant für 60 Tage.

Das Kommando des Erasmus soll damit rechnen, daß De Wet zu ihm stoße. De Wet wird ebenso wie die übrigen Führer auf der Hut sein, sich nicht zu leicht abschneiden zu lassen.

Ueber die Kriegsföhrung der Engländer berichtet folgender Brief eines Südafrika-Bourne:

„Ich denke, daß der Krieg sehr bald zu Ende sein wird, denn wir verbrennen jeden Burenhof, an dem wir vorbeikommen. Es ist schrecklich, namentlich für die Frauen und Kinder, denn unfre Truppen verbrennen alles, das Haus, die Möbel und Scheunen. Wir nehmen alle Vorräte mit, so daß sie, von allem entblößt, auf den Heiden zurückbleiben. Es ist ein famoses Anbild, wie unfre Leute in so einem Hofe auftreten; hinzen zehn Minuten ist die ganze Gegend verwüstet, und könnte ich es nur tragen, ich würde eine Menge Seelen mitbringen können, doch wir dürfen leider nichts mitschleppen. Wahr an alle Bekannten, ich fähle mich aufgeweckt, fröhlich und gesund wie nur je in meinem Leben und es wird lange dauern, bis dieses Leben mir unangenehm wird.“ —

Parlamentarisches.

Eine Anzahl konservativer und nationalliberaler Abgeordneter hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigt dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzu-

legen zur Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit und in demselben

- die Vorschriften über den Verlust der Staats- und Reichsangehörigkeit dahin abzuändern, daß ein Deutscher diese Rechte in der Regel nicht gegen seinen Willen verlieren kann, insbesondere daß die Bestimmungen des § 21 des genannten Gesetzes über den Verlust dieser Rechte durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande aufgehoben werden;
 - der Wiedererwerb der Reichsangehörigkeit seitens früherer deutscher Reichsangehöriger und die Naturalisation von Ausländern von Deutschen erleichtert;
 - dagegen die Naturalisation von Ausländern erschwert wird.
- Das Centrum beantragt: Der Artikel 32 der Reichsverfassung wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
- Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln für die Dauer ihrer Anwesenheit bei den Sitzungen des Reichstags Anwesenheitsgelder und freie Fahrt.

Partei-Nachrichten.

Majestätsbeleidigung. Die Revision des Genossen Levy in Erfurt gegen das Urteil des Landgerichts wurde gestern vom Reichsgericht verworfen. Das Reichsgericht ist also auch der Meinung, daß der Kaiser beleidigt sei, obwohl nur einem fingierten Bergwerks-Direktor eine schlechte Handlung nachgesagt worden war. — Levy muß dafür sein Jahr verbüßen. Der Monarchie wird aber durch solche Urteile kein Dienst erwiesen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Erfurt erlangten unfre Parteigenossen, wie bereits mitgeteilt, in der dritten Wählerklasse einen ansehnlichen Stimmenzuwachs und kommen mit 2 Kandidaten in die Stichwahl. Wie schwer es aber den Wählern gemacht wird, ihr Wahlrecht auszuüben, das ist durchaus noch nicht genügend gekennzeichnet durch den Hinweis auf die Öffentlichkeit der Wahl. Die vorhandenen Nebenstände sind nicht nur geradezu entwürdigend für die Ausübung dieses höchsten Rechts des Volks, es ist der großen Mehrzahl der Wähler tatsächlich direkt unmöglich gemacht, zu wählen. Die Räumlichkeiten, die zur Wahl zur Verfügung standen, sind so beengt, daß die Wähler vielfach bis zu einer Stunde, einteilt in drangvoll fürchterlicher Enge, sich stoßen und schieben lassen mußten, ehe sie zu den Wahlstisch gelangen konnten.

Für die gesamte Wahl standen 18 Stunden Zeit zur Verfügung. Es ist nun beobachtet worden, daß während des stürzigen Andrangs in einer Stunde etwa 212 Wähler abgefertigt wurden. Das sind per Minute 3 1/2 Wähler, gewiß nicht wenig bei öffentlicher Stimmabgabe, wo jeder Wähler, nachdem er sich legitimiert hat, mehrere Namen nennen muß. Das giebt in 18 Stunden 3616 Wähler; tatsächlich haben auch 3814 abgestimmt. Die dritte Klasse besteht nun aber aus 10 584 Wählern; fast 2/3 der Wähler sind von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen, weil keine Zeit dafür vorhanden war.

Das ist keine Wahl mehr. Eine solche Wahl müßte ohne weiteres für ungültig erklärt werden.

Einen anerkenntwürdigen Wahlerfolg erzielten unfre Parteigenossen in Bunzlau in Schlesien bei der Stadtverordnetenwahl. Der Genosse Schöps, der feldherr Bedacteur der „Breslauer Volkswaacht“ kandidierte. Er erhielt 167 Stimmen, während der freisinnige Kandidat 178 und der konservative 97 Stimmen erhielt. Schöps kommt also mit dem Freisinnigen in die Stichwahl.

Socialdemokraten in der Schulverwaltung. Man wird sich erinnern, daß anfangs dieses Jahres in dem Orte Zimmer bei Hannover zwei zu Schulvorstandmitgliedern erwählte Parteigenossen nicht bestätigt wurden mit der Berufung auf ihre politische Gesinnung. Der Fall machte darum besonderes Aufsehen, weil einer der Nichtbestätigten bereits 17 Jahre Schulvorsteher gewesen war.

Jetzt sollen nun Neuwahlen vorgenommen werden und da wird durch unser hannoversches Parteiblatt die merkwürdige Thatsache mitgeteilt, daß auf Anordnung des Landrats gegen 350 Wähler, das ist fast die Hälfte aller Wähler, aus der Liste gestrichen worden sind; aus der Liste gestrichen ohne jeden erkennbaren äußerlichen Grund. Der Erfolg dieser Maßregel wird sein, daß kein Socialdemokrat wieder in den Schulvorstand gewählt werden wird. Protest gegen diese „Scheidung“ der Wähler wird zwar erhoben werden; Erfolg wird er schwerlich haben.

Zu einem außerordentlichen Parteikongreß traten am vergangenen Sonntag die belgischen Parteigenossen im Maison du Peuple in Brüssel zusammen. Es wird uns darüber aus Brüssel berichtet:

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurden die Genossen Vandervelde und Anseele als Delegierte in das internationale socialistische Komitee gewählt; zum Sekretär des „Internationalen Bureaus“ das im „Maison du Peuple“ untergebracht werden soll, wird der Genosse Serwy bestimmt. Vandervelde und Anseele sind auch in Deutschland genigend bekannt, weniger dürfte dies in Bezug auf den letzteren zutreffen. Serwy war bisher städtischer Lehrer und mußte sich als solcher eine gewisse Reserve auferlegen. Nichtsdestoweniger war er seit Jahren in der eifrigsten Weise für die Partei thätig, in den Parteiblättern unter dem Pseudonym Jéo, ferner als Herausgeber der Revue „L'avenir Social“; auch um die Federation der Genossenschaften hat sich E. sehr verdient gemacht. Seine Wahl zum internationalen Sekretär muß als eine glückliche Bezeichnung werden, der die andern Nationen vollauf zustimmen können.

Die Debatte über die Proportionalvertretung war zum Teil eine äußerst heftige. Die Majorität war der Meinung, daß die Proportionalwahl eine erstrebenswerte Reform sei. Die Minorität bildeten die Abgeordneten aus den Grubenbezirken von Vornage, Charleroi und einige von Västik. Die Abstimmung ergab für die proportionelle Vertretung 886 Stimmen, gegen 108 Stimmen; es wurde noch Gengen abgestimmt. Damit bleibt unser Programmpunkt, der sich für den Proporz ausspricht, bestehen, und die Zwistigkeiten, die aus Anlaß dieser Streitfrage zwischen den Gruppen bestanden, haben zu unterbleiben. Die Diskussion innerhalb der Gruppen (der lokalen Vereinigungen) kann auch ferner über den Gegenstand weitergeföhrt werden, nur hat die Propaganda gegen diesen Programmpunkt zu unterbleiben. Die Freiheit der Diskussion soll gewahrt bleiben, die Gesamttaktion der Partei darf darunter aber nicht leiden. — Der von 787 Delegierten besuchte Kongreß wurde unter dem Absingen der „Internationale“ geschlossen.

Politikliches, Gerichtliches usw.

Sächsisches. In einer Versammlung der Metallarbeiter in Dresden erklärte Genosse Krollitz kürzlich das Socialistengesetz als ein Schandgesetz. Die Polizeibehörde distanzierte ihn wegen Beleidigung dieses Gesetzes, dessen Fortgang die sächsischen Ordnungsführer noch immer schmerzt, acht Tage Haft.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Grabene! Der Streik bei der Firma Hismar, Kesselfabrik, dauert fort. Die eingeleiteten Verhandlungen haben ergeben, daß Herr Hismar nicht geneigt ist, die Maßregelung zurückzunehmen. Es wird deshalb gebeten, den Bezug aus weiter fernzuhalten. — Verband der Grabene und Giesecke.

Lohnabzüge, Arbeitszeitbeschränkung unter bürgermeisterlicher Fürsorge. Unter diesem Zeichen steht der am Montag and...

Man bedenke, der Herr Direktor selbst giebt zu, daß die Löhne so niedrig sind, daß teilweise ein Abzug unmöglich ist, denn er will den Leuten, die heute nur 19 Pf. Stundenlohn haben, nichts mehr abziehen! Der Verdienst ist so niedrig, daß der Direktor einseht, hier ist nichts mehr abzuziehen. Diesen „Lohn“ aber haben nicht etwa — Lehrlinge, sondern Familienväter!

Was geschah? Durch das Verhalten des Bürgermeisters war jede Verhandlung ausgeschlossen. Vetschau ist aber ein Städtchen mit fast nur Arbeiterbevölkerung. Wenn die Löhne so niedergehen, verliert der Händler, der Kleinhandwerker, kurz, das Gemeinwesen leidet darunter. Hätte der Bürgermeister gesagt, daß die Vertreter der Organisationen unbefugt von ihrer politischen Bestimmung Frieden stiften wollen und seinen Einfluß geltend gemacht, daß verhandelt wurde, so wäre heute die Sache wahrscheinlich beigelegt. Das geschah nicht, und so stehen denn nunmehr 400 Arbeiter in dem Ausstand, der Betrieb ruht! Dieser Kampf ist ein Verzejungskampf. Die Leute hatten nur die Wahl, entweder 3-4 Wochen mit unzureichender Unterstützung (weil nicht organisiert) auszuhalten, also ohne zu arbeiten zu hungern, oder ein halbes bis ein ganzes Jahr bei elendem Lohn ebenfalls zu hungern — dabei aber schwere Arbeit zu verrichten. Wer den Sieg davon trägt, das ist zweifelhaft, zwei Dinge aber stehen fest: 1. Die Fabrikleitung wälzt allen Schaden der ungünstigen Konjunktur auf den Arbeiter ab, und 2. der Herr Bürgermeister zählt zu denjenigen, welchen die für ihren Beruf so notwendige Befähigung auf sozialem Gebiet völlig abgeht. Sein Verhalten hat nicht den Frieden gebracht, sondern die Zwietracht gefördert.

Die Glaschleifer bei der Firma Bahl, Schmidt u. Co. in Hamburg befinden sich im Ausstand. Die Glaschleifer werden deshalb gut thun, die Annoncen der Firma in den Tagesblättern unbeachtet zu lassen und den Zugang fernzuhalten.

Die Steinseger in Halle haben beschlossen, abermals in einen Generalstreik einzutreten. Die Veranlassung hierzu war das Verhalten des Stadtbauamts bezw. des Magistrats, der die städtischen Arbeiten in der Hauptsache denjenigen Steinsegermeistern zuwandte, die der Innung angehören und den Forderungen der Steinseger gegenüber sich strikt ablehnend verhalten haben. Arbeitswillig geworden sind 16 Mann. Im Ausstand befinden sich 46.

In der Bielefelder Maschinen- und Fahrradfabrik vormals Hengstenberg u. Co., in der erst vor fünf Monaten der Accordlohn der Ringstichischen-Einnahme um 20 Proz. gekürzt wurde, ist jetzt schon wieder eine Kürzung um 25 Proz. vorgenommen worden.

Ausländer, die nicht lästig sind. Unser patriotisches Unternehmertum wird sofort international, wenn dabei irgendwelcher Profit herauskommt. Das äußert sich nicht nur, wenn es gilt Kriegsschiffe, Kanonen und Panzerplatten für die ganze „civilisierte“ Welt zu liefern, sondern namentlich auch bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Allen andern mit gutem Beispiel voran gehen dabei unsere konservativen Agrarier, die „Edelsten der Nation“, die in der Einfuhr von Polen, Galiziern, Böhmern und teilweise auch Italiern erstklassiges leisten. Die letzteren sind allerdings bei den Agrariern schon weit weniger beliebt als die slavischen Völker, weil sie in ihrem Lebensniveau nicht tief genug unter dem östlichen Landarbeiter stehen, dagegen sind sie im Hoch- und Tiefbau als Lohnründer außerordentlich beliebt. Die Zufuhr dieser Leute ist derzeit organisiert, daß man von einem förmlichen Remisierhandel reden kann. Folgendes Rundschreiben vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mag dies erweisen:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Geschäftssamt: Berlin SW., Anhalterstr. 15. Bundes-Organ: „Baugewerks-Zeitung“, Berlin SW., Meinerbeckenstr. 3. Publikations-Organ: „Münchener Bau-Zeitung“.

Den verehrlichen Vorständen werden die folgenden Adressen von Personen u. s. w. mitgeteilt, durch deren Vermittlung italienische Bauarbeiter und Maurer bezogen werden können: (folgen die Adressen der Personen, welche die Italienervermittlung besorgen.) Ferner können italienische Arbeiter durch Annoncieren in der Provinz Udine oder durch Vermittlung der Bürgermeistereien aus den Städten der Provinz bezogen werden.

Fast die ganze männliche Bevölkerung dieser Provinz besteht aus Maurern. Dieselben begeben sich im Frühjahr in die angrenzenden Länder nach Arbeit. Namentlich sind Maurer aus den Ortsschaften Clanzetto, Castel Novo, Prinzano und Ricoto, Bauarbeiter aus der Ortsschaft Dalbasone zu beziehen. Wie hierher mitgeteilt wurde, haben sich die Italiener, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen gut bewährt. Sie werden als fleißige, freibame, stets nüchtern Arbeiter geschätzt. Sie verlassen die Heimat in Kolonnen und sind vorteilhaft in Kolonnen zu beschäftigen. Wenn sie in der Minderheit mit andern Arbeitern beschäftigt sind, lassen sie sich leicht beeinflussen. Sie halten auf eine lange tägliche Arbeitszeit und sind gegen geringes Entgelt erkrankt, wenn ihnen Schlafgelegenheit gewährt wird. Im Werksteinbau und Steinmauern sollen sie den deutschen Arbeitern überlegen sein, im Rohbau stehen sie ihnen nach. Was ihnen an Schnelligkeit beim Ziegelmauern und Kenntnissen beim Wölben und Pagen abgeht, gleichen sie durch emsige Thätigkeit aus.

Berlin, 18. April. Der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbunds für das Baugewerbe.

Man sieht, unser patriotisches Unternehmertum genießt es durchaus nicht, aus dem anarchisch durchsichtigen Italien Arbeiter heranzuziehen, wenn sie nur auf „eine lange tägliche Arbeitszeit“ halten und „gegen geringes Entgelt“ arbeiten. Dann kommt es auch nicht darauf an, daß sie mit Ausnahme einer Spezialität den deutschen Arbeitern nachsehen, wenn sie nur, was ihnen an Schnelligkeit und Kenntnissen abgeht, durch „emige Thätigkeit“ nachholen. Schade nur, daß diese Unternehmern nicht mit andern zusammenarbeiten dürfen, da sie nicht die „Streikbrüder“ bekehren, sondern sich selbst leicht beeinflussen lassen. Aber da hilft

unser vortreffliche Polizei: Der Ausländer, welcher sich an den Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft beteiligt, wird als „lästig“ abgehoben. Für den Ertrag dieser „Lästigen“ durch „fleißige“ und „strebsame“ Landleute sorgen die streupollen Agenten des Unternehmertums und die italienischen Bürgermeistereien. — Wie lange noch? —

Die Gewerkschaften in Worms haben sich ein Lokal gepachtet, das als Verkehrs- und Versammlungshätte für die Arbeiterbewegung dienen soll. Das Unternehmen war möglich, da gegenwärtig 1000 Arbeiter den Gewerkschaften angehören, und sich so hoffen läßt, das Unternehmen lebensfähig zu halten. Vor zwei Jahren zählten die Gewerkschaften erst 200 Mitglieder, es ist mithin der Fortschritt ein recht erfreulicher. Um so dringender wurde aber auch die Schaffung eines geeigneten Versammlungsorts, da man fortwährend mit einem Mangel an geeigneten Räumen zu kämpfen hatte.

Ausland.

Sämtliche Straßenbahn-Angestellte von Thon sind am Sonnabend in den Ausstand getreten. Die noch im Betrieb stehenden Wagen werden von Polizeianten begleitet. Die Direktion der Gesellschaft ist entschlossen, die Forderungen der Ausständigen nicht zu bewilligen. — Leider hat der Ausstand bereits zu einigen Ausschreitungen geführt. Die unter polizeilicher Bedeckung ausgefahrenen Wagen wurden von den Streikenden bombardiert. Die einschreitende Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Die Spitzenweber des Departements Calais werden möglicherweise in einen größeren Kampf mit dem Unternehmertum verwickelt werden. Die Differenzen sind folgenden Ursprungs: In den dortigen Webereien war die Arbeitszeit so eingeteilt, daß jeder Arbeiter bezw. Arbeiterin je 6 Stunden hintereinander arbeitete und dann 6 Stunden frei hatte. Der Betrieb war ein Tag- und Nachtbetrieb, so daß jeder Arbeiter innerhalb von 24 Stunden je zwölf Stunden Arbeitszeit und 12 Stunden Ruhezeit hatte. Abgesehen von der Länge der Arbeitszeit hatte diese Art der Arbeitsteilung für die Arbeiter auch die Unannehmlichkeit im Gefolge, daß sie nie eine längere Spanne Zeit für sich zur freien Verfügung hatten. Da kam die Verfügung Millerands, und da in den Spitzenwebereien Männer, Frauen und Kinder nebeneinander arbeiten, so fallen sie unter jene Verordnung. Die Unternehmer waren gezwungen, die Betriebsweise zu ändern, und es kam nach langen Verhandlungen mit dem Arbeitersyndikat zu einem für die Arbeiter recht günstigen Resultat. Es wurde vom 1. September an die achtstündige Arbeitszeit veruchsweise eingeführt; mit einer einjährigen Pause sollten die Arbeiter neun Stunden in der Fabrik zu verbleiben haben. Die Unternehmer verpflichteten sich, den Versuch zunächst auf drei Monate ausgedehnt. Aber schon jetzt, nach einigen Wochen, brechen sie ihr Wort; sie erheben jetzt den Einwand, daß das Gesetz Millerand auf ihre Betriebe gar nicht anwendbar sei. Der Umstand, daß ein erheblicher Teil der Unternehmer dem Syndikat nicht angehört und den Verpflichtungen nicht beigetreten war, mag die jetzige Haltung der organisierten Fabrikanten mit beeinflusst haben. Die Arbeiter wollen freiwillig nicht auf ihre Erwerbschancen verzichten.

Der Streik ist, wie jetzt berichtet wird, bereits ausgebrochen. Die Fabrikanten haben angedroht, alle Betriebe zu schließen, bis jetzt haben sie aber volle Einsicht unter sich selbst noch nicht herbeiführen können.

Soziale Rechtspflege.

Weil der Cartonfabrikant Burgstein gemeine Redensarten seinen Arbeiterinnen gegenüber gebraucht hatte, erklärte die Nummer VIII des Gewerbegerichts die Cartonarbeiterin B. für berechtigt, die Arbeit ohne vorherige Kündigung zu verlassen. Herr Burgstein zahlte auf Anraten des Gerichtshofs der Klägerin 787 Mark rückständigen Lohn, den er wegen angeblichen Kontraktbruchs einbehalten hatte. Der Vorsitzende Dr. Meier führte darauf aus: Die Beweishebung habe allerdings ergeben, daß die Klägerin die Arbeit eigentlich deshalb niedergelegt habe, weil ihre Schwester, die ihre Mitarbeiterin war, vorher gegangen sei. Inbezug habe die Klägerin in geschickter Weise die in derselben Woche tatsächlich vom Beklagten gebrauchten gemeinen Redensarten benutzt, ihre Arbeitsniederlegung zu rechtfertigen. Es sei dies durchaus zulässig. Und da jene gemeinen Redensarten eine grobe Beleidigung der Klägerin darstellten, so sei auch anzunehmen, daß diese nach § 124 der Gewerbe-Ordnung zur plötzlichen Arbeitsniederlegung berechtigt gewesen sei. — Während der Verhandlung wurde nur der Berichtshatter im Gerichtssaal gebildet.

Lagerhalter im industriellen Gewerbebetriebe und § 133a der Gewerbe-Ordnung. Ein Lagerhalter der Gafserzunder-Gesellschaft schloß einen beim Gewerbegericht geltend gemachten Anspruch darauf, daß ihm als Lagerhalter die Rechte eines Betriebsbeamten oder Betriebsleiters gemäß § 133a der Gewerbe-Ordnung zuständen. Nach längerer Verhandlung wurde seine Klage mit folgender Begründung abgewiesen: Die Hauptthätigkeit des Klägers habe darin bestanden, für das Lager Gegenstände anzunehmen und eventuell solche herauszugeben. Das sei eine schematische Arbeit, zu der es besonderer Vorkenntnisse nicht bedürfte. Sie sei weder als eine höhere technische Dienstleistung anzusehen, noch könne gesagt werden, daß ein Teil der Betriebsleitung von ihr abhing.

China.

Als Freund Chinas

spielt sich, seinen Traditionen getreu, auch jetzt wieder Rußland auf. Es beteuert noch immer, nicht daran zu denken, die Mandschuren zu annektieren; seine Operationen beschränken sich durchaus darauf, der mandschurischen Bahn den erforderlichen Schutz zu gewähren. Jedemfalls ist Rußlands unter der Waase unigster Freundschaft vollzogene Eroberungspolitik klüger als die furchtbare dramatisierende Politik eines bekannten andern Staats.

Die Bestrafung der Schuldigen.

Aus Peking wird gemeldet: Der französische Gesandte Pichon stattete Li-Hung-Tschang einen Besuch ab. Li-Hung-Tschang zeigte Pichon den Vorfall der letzten kaiserlichen Dekrete. Daraus geht hervor, daß dem Prinzen Tuan sein Adelstitel genommen wurde und daß er sowie auch Prinz Tschuang vorläufig ins Gefängnis gebracht worden sind. Später werden sie in das Staatsgefängnis von Mulden übergeführt werden, wo sie bis an ihr Lebensende eingekerkert werden sollen. Auch Prinz Trainsing, welcher ebenfalls dagrabiert wurde, soll in Haft genommen werden. Ein anderer Prinz, Tai-Tschan, ist dazu verurteilt worden, seinen Palast zu verlassen. Prinz Dunlan hat sein Gehalt verloren und ist um eine Rangstufe zurückgesetzt worden. Der Censor Jungien ist um zwei Rangstufen zurückveretzt. Der Justizminister ist degradiert, behält jedoch sein Amt bei. Khatien ist verbannt.

Nach einer andern Lesart soll Prinz Tuan sich durch Flucht nach Kiangtschi in Sicherheit gebracht haben. Tzungtschiang, der zur Zeit der Belagerung der Gesandtschaft in Peking kommandierte, soll nach einer Mitteilung Li-Hung-Tschangs ebenfalls dem Arm des Hofes unrettbar sein, da er über bedeutende Truppenabteilungen verfügt.

Weitere Strafen.

Das Armeekorps-Commando meldet aus Peking: Die Kolonne des Obersten Graf York hat am 14. d. M. Tschang-tau (nordwestlich des großen Mauer) erreicht, wo abends vorher chinesische Kavallerie, geklägt auf Nachtstärkerer Streitkräfte, gewesen war. Eine französische Kolonne ist am 6. d. M. aus Peking abgegangen und in Toulung nach einem Kampf, wobei bei 3000 Vögern Kampfunfähigkeit gemacht worden, eingedrückt. Die Franzosen hatten keinen Verlust. Das kaiserliche Grabmal wurde besetzt. Auch hier scheint es sich um ein Schlachten, nicht um eine Schlacht gehandelt zu haben.

Konzentration chinesischer Truppen.

Daily Telegraph meldet aus Shanghai, den 17. d. M.: Drei chinesische Generale mit 23 000 Mann bewegen sich längs der Grenze der Provinz Schihi, um einem weiten, nach dem Westen gerichteten Vorbringen der Verbündeten entgegenzutreten. Wahrscheinlich stammt diese Nachricht aus der englischen Scharfmacher-Werkstatt, die die Aktion des Grafen Waldersee zu verlängern und Deutschland immer mehr zu engagieren bezweckt. Die Chinesen werden auch ohnehin darauf verzichten, in das Herz Chinas vorzudringen, wo ihnen leicht ein Moskauer bereit werden könnte.

Endlich Friedensverhandlungen?

New York, 19. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Eine Depesche aus Peking vom 17. November meldet: Die Vermutung, daß die Rote der Mächte an die chinesischen Friedensunterhändler bald vervollständig wird, gewinnt an Boden durch die Resultate der letzten nichtamtlichen Besprechungen der Gesandten. Der Gesandte Conger erklärte in einer Unterredung, die Lage sei offenbar sehr günstig für eine sofortige Inangriffnahme der Unterhandlungen zur Feststellung der Präliminarien. Er glaube, daß nach der nächsten Versammlung der Gesandten die Verhandlungen mit den Chinesen ohne Rückschub fortzuschreiten würden, da die chinesischen Friedensunterhändler mit dem Hof in telegraphischer Verbindung ständen.

In den militärischen Operationen ist tatsächlich ein Stillstand eingetreten. Die deutsch-italienische Expedition, die nordwärts ging, hat den Rannkapuz überschritten, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Nidorf.

Die am Donnerstag, den 22. November, in 9 Bezirken der 3. Abteilung stattfinden, beschäftigten am Montag eine socialdemokratische einberufene Versammlung, die in Nidorfer Apollo-Theater tagte. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil, behandelte ausgiebig und in interessanter Weise die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Gemeinden zur Linderung der Wohnungsnot. Dann setzte er den Kolonnenführer einer kritischen Besichtigung aus. Auf die bevorstehende Wahl eingehend, ermahnte Redner mit flammenden Worten zu energischer Agitation und regler Beteiligung, damit der Sieg ein glänzender werde. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Als Kandidaten wurden folgende Parteigenossen aufgestellt: für den 3. Bezirk der Kassenbeamte Conrad, für den 8. Bezirk der Arzt Dr. Silberstein, für den 9. Bezirk der Schriftfeyer (Lagerhalter) E. Wuzli und für den 2., den 4., den 6., den 13., den 14 und den 15. Bezirk der Gastwirt Max Pohl (Hausbesitzer).

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Verleumdungs-Feldzug der Nationalisten.

Paris, 19. Nov. Deputiertenkammer. Rivel wünscht an die Regierung eine Interpellation zu richten über das Gerücht, daß durch die Vermittlung eines Beamten Ordens-Auszeichnungen verliehen worden seien. Minister-Präsident Waldeck-Roussieu schlägt vor, sofort in die Besprechung der Interpellation einzutreten. Rivel ersucht die Regierung um Aufklärungen.

Kolonialminister Decrais erwidert, es handle sich um eine schwere Beschuldigung, welche die Ehre eines im politischen Leben stehenden Manns antaste. Man sage, die Auszeichnungen seien durch die Vermittlung einer ihm sehr nahe stehenden Persönlichkeit und zwar gegen Geldentschädigung verliehen worden. Diese Beschuldigung sei falsch, er erkläre es feierlich. (Beifall links.) Decrais rechtfertigt sodann die ausgeteilten Ordensauszeichnungen und legt auseinander, aus welchen Gründen dieselben erfolgt seien. Der Minister schließt, so lange er in seinem Amte sei, hätten die Nationalisten ihn nicht mit ihren Angriffen verschont, in dieser Angelegenheit habe man eine abgefeimte Grausamkeit zur Anwendung gebracht; er habe nur einen Richter, die Kammer, er erwarte ihr Urteil mit Vertrauen. (Anhaltender Beifall.)

Sodann sagt Millerand seinerseits auseinander, unter welchen Verhältnissen die in Rede stehenden Auszeichnungen verliehen sind. (Erneuerter Beifall.)

Drumont erklärt, die Artikel in der „Libre Parole“ über die Ordensverleihungen rührten nicht von ihm her. (Zurufe links.) Diejenigen, welche sich beklagten, hätten ein Mittel, zu ihrem Rechte zu kommen, das bestehe darin, die Angelegenheit zum gerichtlichen Austrag zu bringen. Drumont schlägt vor, eine Unterredung einzuleiten. Millerand ist der Meinung, Decrais solle die Anklage vor dem Schwurgericht verfolgen.

Waldeck-Roussieu erklärt, das Gerücht, es habe jemand bei der Staatsanwaltschaft Klage eingereicht, weil er für einen Orden 25 000 Fr. bezahlt habe, für falsch. Seit 3 Tagen habe er vergeblich diese Persönlichkeit suchen lassen. (Beifall.) Der Ministerpräsident betont, der Verleumdungsfeldzug werde gegen die Regierung geführt in der Hoffnung, daß dabei etwas hängen bleiben werde. (Beifall.) Es sei die Politik der Regierung, über welche man sich ärgere. Gewisse Ereignisse und gewisse Debatten seien demnach zu erwarten. Die Regierung habe nicht umsonst gewissen Leuten die Degenspitze gezeigt, man könne der Regierung die Dolchspitze weisen, werde sie aber dadurch nicht erschrecken. (Anhaltender Beifall.)

Darauf wird die Debatte geschlossen. Rivel bringt eine Tagesordnung ein, welche der Regierung das Vertrauen anspricht. Dieselbe wird von Waldeck-Roussieu angenommen und von der Kammer mit 379 gegen 31 Stimmen genehmigt.

Die Kammer nimmt die Verhandlung über die Reform der Getränkesteuer wieder auf. Baillaunt bringt eine Gegenvorlage ein, wonach alle Auflagen auf Weine, Biere und Obstweine aufgehoben und durch das Erträgnis des Alkoholmonopols ersetzt werden sollen. Der erste Teil dieser Gegenvorlage, welcher die Aufhebung aller Auflagen auf Weine, Biere und Obstweine auspricht, wird trotz des Widerpruchs der Kommission mit 250 gegen 241 Stimmen angenommen und die Sitzung sodann geschlossen.

Auf den Philippinen.

New York, 19. November. (W. T. W.) Einer Depesche aus Manila zufolge unternehmen die Amerikaner Angriffs-bewegungen auf der Insel Samar, wo sie nur drei Küstendörfer besetzt haben. Sie vertrieben letzte Woche 200 Aufständische aus einem Bollwerk 36 Meilen von Manila und erbeuteten außerordentlich große Mengen Reis und bedeutende Munitionsvorräte. Es wurden 60 Philippinos getötet, viele verwundet. Die Amerikaner hatten 11 Verwundete.

Reichstag.

3. Sitzung. Montag, den 19. November 1900, 2 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Nieberding, v. Tirpitz, v. Söfler, Frhr. v. Tzieltmann, Schönstedt, Vresfeld u. andre.

Um 10 Uhr steht auf der Tagesordnung ein förmlicher Antrag Albrecht (Soz.) u. Gen. wegen Einstellung eines gegen den Abgeordneten Fischer-Sachsen (Soz.) schwebenden Strafverfahrens. — Der Antrag wird debattelos angenommen.

Es folgt die Interpretation Albrecht (Soz.) u. Gen.:

Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welches von einer Interessentengruppe, dem Zentralverband deutscher Industrieller, die Summe von 12 000 M. gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrat dem Reichstag am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?

Reichskanzler Graf Bülow erklärt sich bereit, die Interpretation am nächsten Donnerstag zu beantworten.

Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung: Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Gesetz für das Rechnungsjahr 1900.

Reichskanzler Graf Bülow:

Meine Herren, ich wünsche, die erste Gelegenheit zu ergreifen, welche sich mir bietet, um mich dem hohen Hause gegenüber auszusprechen über diejenige Frage, welche im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, nämlich über unser Vorgehen in China. Sie werden es verstehen, meine Herren, wenn ich auch heute nicht wohl Dinge sagen kann, die die schwebenden Unterhandlungen gefährden oder die von den Mächten in China unternommene gemeinsame Aktion beeinträchtigen könnten. Ich bin aber viel zu sehr durchdrungen von der Notwendigkeit, daß zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause, zwischen den verbündeten Regierungen und dem deutschen Volke die Fühlung nicht verloren geht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich erkenne das Recht des Landes und des Reichstags, zu wissen, wohin die Fahrt geht, viel zu sehr an, als daß ich nicht gern bereit sein sollte, so offen und so deutlich zu reden, wie es das Staatsinteresse zwingt.

Was die Vorgeschichte der Dinge in China angeht, so beziehe ich mich in dieser Hinsicht auf das Circular, welches ich seiner Zeit an die verbündeten Regierungen gerichtet habe. Ich habe in diesem Circular mich bemüht, die Gründe darzulegen, die zur Entwicklung in China geführt haben und der sich die zivilisierte Welt dort gegenübersehen.

Ich habe auch damals schon die Ziele bezeichnet, welche sich die deutsche Politik in China gesetzt hat, die Ziele und Interessen, die wir nach wie vor festhalten.

Bevor ich jedoch übergehe zu dem, was wir in China erreichen wollen, möchte ich zwei Punkte hervorheben, die in der bisherigen Diskussion im Innern und viel leicht noch mehr im Ausland über unsere Chinapolitik eine gewisse Rolle gespielt haben. Es ist zunächst gesagt worden, wir hätten die Krise in China nicht genügend vorausgesehen. Darauf könnte ich zunächst erwidern, daß sich wohl die meisten der übrigen Regierungen in gleicher Lage befunden haben dürften, daß die meisten derselben wohl im vergangenen Frühjahr noch nicht angenommen haben, daß das über Ostasien ausgebrochene Ungeheuer so heftig und so rasch eintreten würde. Die Anzeichen, welche diesem Ungeheuer vorausgingen, sind aber gerade uns nicht entgangen. Wir haben die Vertreter in China und die anderen Abteilungen mehr wie einmal auf diese Wetterzeichen hingewiesen. Alles was von den diplomatischen, konsularischen und militärischen Vertretern in China als notwendig bezeichnet wurde für die Aufrechterhaltung der Ordnung, ist von uns sofort gewährt worden. Wir haben insbesondere an militärischen Schutzmaßnahmen sogleich alles zur Verfügung gestellt, was von den Vertretern an Ort und Stelle als wünschenswert bezeichnet wurde. Wir haben in dieser Richtung sogar mehr angeboten als letztere forderten.

Meine Herren, ich möchte keinerlei Vorwurf erheben, gegen Männer, die in schwerer, sehr schwerer Notlage heldenhafte Ausdauer und die höchste Tapferkeit an den Tag gelegt haben, fern sei es von mir vor allem auch nur ein Wort zu sagen gegen unsere Gesandten in Peking, den Freiherrn v. Ketteler, der in treuester Pflichterfüllung, in Vertretung eines allgemeinen, nicht eines speziellen Interesses in letzter Stunde den Versuch unternommen hat, die chinesische Centralgewalt durch Darlegung des wahren Treibens, das im Gange war, zur Besinnung zurückzuführen, und der dann bei diesem Versuche fest und unerschrocken, wie es seine Art war, in den Tod gegangen ist, der gefallen ist, wie ein Offizier vor der Front, würdig des Landes, das er vertritt und würdig des historischen Namens, den er trug. (Bravo! rechts.)

Gewiß meine Herren! Die Europäer in Peking haben sich mehr oder weniger getäuscht in der Beurteilung der Tragweite der Vorgebewegung, die hier von Anfang an erster aufgeführt wurde als in China von Seiten der europäischen Niederlassungen. Wir werden in Zukunft auch darauf unsere Aufmerksamkeit zu richten haben, über die Pläne und Absichten der chinesischen Beamten und Militärs schneller unterrichtet zu werden, als das bisher der Fall war. Inzwischen konstatiere ich aber, daß von deutscher Seite nichts verabsäumt worden ist.

Ich komme nun zu einem andern Vorwurf, der uns gemacht worden ist. Es ist im Ausland gesagt worden, daß wir die Schuld tragen an den Ereignissen in China und speziell, daß die Wirren in China zurückzuführen seien auf unsere Festsetzung in Kiautschou. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube den Ruf „sehr richtig“ gehört zu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, von ausländischer Seite sagte ich, ist dieser völlig unbegründete Vorwurf gegen uns erhoben worden, ich glaube nicht, daß er in diesem Saale ein Echo finden würde. (Bravo! rechts.) Ob bei den Sozialdemokraten. Warum soll denn die posthumose Ueberlassung Kiautschous an Deutschland das chinesische Reich mehr erschüttert haben, das chinesische Volk mehr erblüht haben als die Abtretung von Hongkong an England, von Tsingtau an Frankreich, des Amurgebietes an Rußland, von Formosa an Japan, von Porth Arthur und Wai-wei-wai ganz zu schweigen! Es hat Expeditionen gegen Missionen und Verfolgung eingeborener Christen in China gegeben, lange bevor wir nach Kiautschou gingen, und es hat Expeditionen nach China, es hat Rüge nach Peking gegeben, lange bevor wir in Peking seinen Fuß gesetzt haben. Die Wahrheit ist, daß von allen jetzt in China engagierten Mächten wir uns am meisten und am längsten zurückgehalten haben. (Sehr richtig! rechts.) Erst als wir uns davon überzeugen, daß andere Mächte, ohne unsere Zurückhaltung, ohne unsere Bescheidenheit nachzugehen, sich in China wichtige Vorteile, wertvolle Konzessionen ausbedingen, als es den Anschein gewann, daß ohne uns an eine Anstaltung Chinas gegangen werden sollte, und als gleichzeitig wiederholte Angriffe auf die deutschen Missionen in Schantung, welche gipfelten in der Ermordung zweier deutscher Missionare, uns zwangen, für die Sicherheit unserer Staatsangehörigen zu sorgen, erst dann sind wir hervorgetreten, nicht aus Abenteuerlust, nicht aus Ehrgeiz, sondern in der Erkenntnis einer unabwendbaren Notwendigkeit. (Bravo! rechts.)

Unsere Festsetzung in Kiautschou haben wir in einer Weise durchgeführt, daß durch dieselbe der Friede in China in keiner Weise gestört worden ist. Unsere Position in China beruht nicht auf gewaltsamer Eroberung, sondern auf einem völlerrechtlichen Vertrag, wir stehen in China durchaus nicht als räuberische Eindringlinge da. Ueberhaupt hat sich Deutschland China gegenüber immer freundlich und wohlwollend be-

nommen. Der beste Beweis dafür ist die Haltung Deutschlands China gegenüber, als dieses à la merci eines siegreichen Gegners war. Wir haben in China stets festgehalten an dem Princip, den Rechten anderer nicht zu nahe zu treten, dafür aber die eigenen Rechte unbedingt zu wahren. Darum befinden wir uns China gegenüber jetzt im Stande legitimer Nothwehr. Die chinesische Centralregierung hat die Vorgebewegung durch ihre eigene Schuld, ihre jämmerliche Verwaltung immer weiter um sich greifen lassen, in offenbarem Mangel an gutem Willen. Sie hat von Anfang an gegenüber den maßvollen und berechtigten Vorstellungen der fremden Gesandten eine teils zweideutige, teils lästige Haltung eingenommen, sie hat durch das Gewährenlassen der schändlichen Ermordung des deutschen Gesandten nicht nur das Völlerrecht, sondern auch unsere nationale Würde schwer verletzt. (Sehr richtig! rechts.) und sie hat sich hinterher vergeblich bemüht, mit allerlei Winkelzügen, Ausflüchten und offensibaren Unwahrheiten diesen klaren Sachverhalt zu vertuschen. Mit gutem Gewissen dürfen wir daher die zur Wahrung unserer Interessen und unserer Ehre notwendigen Maßnahmen ergreifen.

In derselben Notlage wie wir befinden sich alle übrigen Nationen, zu denselben Werken der Nothwehr haben sich alle übrigen zivilisierten Völker gezwungen, denn jeder ruhige und unparteiische Beobachter kann darüber nicht im Zweifel sein, daß die Krise, die wir jetzt in China durchmachen, nicht durch die Verletzung Kiautschous oder eines andern Plazes hervorgerufen ist, sondern eine Etappe ist, welche die europäische Kultur überwinden muß in ihrem unaufhaltsamen Vordringen in alle Weltteile, der Sturm, der sich jetzt in China erhoben hat, richtet sich gegen keine einzelne Macht, sondern gegen die europäische Zivilisation überhaupt.

Ich komme nunmehr zu der Frage, die ich vorher nur flüchtig gestreift habe, nämlich zu der Frage, was wir in China wollen. In zwei Worten gesagt, wir wollen in China keine Politik der Abenteuer, aber wir wollen unsere Interessen und Rechte so behaupten, wie ein großes Volk seine Interessen und Rechte behaupten soll. (Bravo!) Wir wollen in China keinen Eroberungskrieg, sondern eine möglichst rasche und möglichst gründliche Beilegung der bestehenden Krisis. Wir verlangen Sühne für die begangenen Unthaten. Sühne verlangen wir aus dem Grunde, weil, wenn keine Strafe einträte, damit ein Freibrief ausgestellt werden würde für ähnliche Vorgänge, in denen wir und alle interessierten Mächte der Gefahr ausgesetzt sein würden, ihre Staatsangehörigen in gleicher Weise verletzt zu sehen, wie das jetzt geschehen ist.

Wir acceptieren auch eine Regierung in China, die fähig und bereit ist, die begangenen Verbrechen zu sühnen. Wir wollen, daß die europäische Kulturbewegung in China nicht gehemmt wird, daß Deutschland innerhalb dieser Bewegung den ihm zukommenden Einfluß ausübt. An dem, was in China zu gewinnen ist, wollen wir unseren Anteil haben, niemand überzuteilen, uns aber auch von niemand überzuteilen lassen. Deutschland hat meiner Ansicht nach kein Interesse an einer Anfechtung von China. Wir drängen gar nicht auf eine solche Aufstellung. Unser Interesse ist, daß China sich in die neue Ordnung der Dinge, in die Ausbreitung der europäischen Kultur hineinlebe, daß wir die Möglichkeit erhalten, unsere Religion in China auszubreiten. Wir fahren nach meiner Ueberzeugung am besten, wenn China unter einer möglichst geregelten Verwaltung aufnahmefähig und zahlungsfähig bleibt, im übrigen aber seine Verwaltung möglichst in eigener Hand behält. Sofern die andern Mächte in China über diesen Rahmen nicht hinausgehen, wollen wir uns durchaus auf die Behauptung unserer gegenwärtigen Position beschränken. Wir haben gar keinen Grund, ohne Not hinauszuweichen über die Grenzen, die wir uns in dem Vertrage von 1898 gezogen haben, wodurch wir finanziell, militärisch und politisch unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen werden könnten. Wir wollen aber auch deshalb in China nicht ohne zwingende Veranlassung Politik treiben, weil wir gar kein Interesse daran haben, uns in China auf ein bestimmtes Landgebiet festzusetzen zu lassen. Wir haben in Kiautschou den notwendigen Stützpunkt für unsere Schifffahrt und Marine gefunden. Wir haben in Schantung ein weites Feld für kommerzielle und industrielle Thätigkeit gefunden. Aber lange bevor wir nach Kiautschou gegangen, hatten sich deutsche Kaufleute in allen Teilen des chinesischen Reichs angebetelt. Von dieser Ausbreitung unseres Handels in China unter dem friedlichen Wettbewerb aller Völker unter dem Zeichen des Wortes: „Leben und leben lassen“ wollen wir nicht zurücktreten. Das war das Motiv und ist die Tendenz des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober d. J., mit dessen leitenden Grundsätzen sich die andern Mächte einverstanden erklärt haben. (Bravo! rechts.) Natürlich sehen wir voraus, daß die andern Mächte nicht zu territorialen Erwerbungen schreiten. Sofern diese Voraussetzung von allen Seiten loyal eingehalten wird, ist nicht anzunehmen, daß das gute Einvernehmen gestört wird, und ist es unser Wunsch und unsere Absicht, nicht über den Vertrag von 1898 hinaus zu gehen. Deshalb haben wir von Anfang an uns bemüht, unsere Ziele so abzugrenzen, daß sie wieder eine Unklarheit in Zukunft noch einen Konflikt mit den berechtigten Interessen anderer Mächte aufkommen lassen konnten. Wir werden auch in Zukunft unsere Schritte genau, sehr genau abmessen, denn wir wissen sehr wohl, daß, wenn ein Schritt zu kurz und distanzieren könnte, einer zu weit und bloßstellen würde.

Von den Zielen, die ich bezeichnet habe, ist bisher nur das eine erreicht worden, nämlich die Befreiung der in Peking eingeschlossenen Europäer. Es bleiben noch die andern ebenso wichtigen Ziele, die Sicherstellung von Leben, Person, Eigentum und Besitz der in China lebenden Fremden, angemessene Gewährung für die verübten Unthaten, Entschädigung für die entstandenen Auslagen und Kosten, endlich Sicherstellung unsres eignen Besitzes. Wie diese Ziele zu erreichen sind, darüber schweben, wie Ihnen bekannt sein wird, zur Zeit Unterhandlungen zwischen den fremden Gesandten in Peking. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen, welche zur Einstimmigkeit in den wesentlichsten Punkten geführt haben, bin ich in der Lage, dem hohen Hause Mitteilungen zu machen. Redner verliest die aus dem Tageszeitungen bekannte Kollektivenote. Neu ist nur, daß über die Principien der Geldentschädigungen kommissarische Verhandlungen stattfinden sollen.

Die weitere Entwicklung der Dinge im einzelnen voranzufagen ist heute unmöglich. Wir halten an der Hoffnung fest, daß es den gemeinsamen Bemühungen der Mächte gelingen wird, die angeführten Ziele zu erreichen. Wir werden uns auch weiterhin nur leiten lassen von den gemeinsamen Interessen der Zivilisation, soweit sie sich mit den deutschen decken. Alle Mächte haben das gleiche Interesse daran, daß die Ordnung und der Frieden in China wieder hergestellt werden. Der Wiederkehr solcher Vorfälle vorzubeugen, liegt im Interesse aller Mächte. Unsere Interessen dort sind doch zu bedeutend, unsere Handelsinteressen zu umfangreich, unsere Religion ist uns zu heilig, als daß wir ohne weiteres beiseite treten können. Wenn wir das thäten, so würden wir in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Zukunft des deutschen Volkes in unverantwortlicher Weise preisgeben, in einer Weise, die uns die Geschichte nicht verzeihen würde. Wenn wir aber bei der Neuverlegung der chinesischen Verhältnisse mitwirken wollten, so war es geboten, in einer Form aufzutreten, die einer Großmacht würdig war. Deshalb haben wir so viel Schiffe und Mannschaften nach China geschickt, wie notwendig waren, um unsere vertragsmäßige Position gegen weitere Beeinträchtigungen zu sichern. In unserer Marine mußten entsprechende Streitkräfte kommen. Unsere militärische Superiorität mußte den Chinesen deutlich ad oculos demonstriert werden. Der Rußland würde sich sonst viel weiter ausgedehnt haben, er würde insbesondere Schantung erreicht haben, was glücklicherweise nicht geschehen ist. Gegenüber einer solchen Gefahr konnte nicht anders gehandelt werden. Ich muß betonen, daß meinem Amtsvorgänger jede Absicht fern-

gelegen hat, die Rechte des Reichstags zu verkürzen. (Unruhe links.) Gewiß, meine Herren, hat ihn diese Absicht vollständig ferngehalten, dafür bürgen seine lange und ehrenvolle Laufbahn und sein allen bekannter patriotischer und vornehmender Sinn. Ich will aber vor allem für meine Person als derzeitiger verantwortlicher Reichskanzler die Erklärung abgeben, daß mir selbstverständlich nichts fernere liegt, als das verfassungsmäßige und von niemand bestrittene Recht des Reichstags zu mißachten, daß für alle Ausgaben seine Zustimmung eingeholt wird und zwar, wenn dies irgend möglich ist, im Voraus.

Ich möchte an das hohe Haus das Ersuchen richten, für diejenigen Ausgaben, hinsichtlich deren die Zustimmung des Reichstags noch nicht eingeholt worden ist, uns durch nachträgliche Genehmigung Indemnität zu erteilen. (Bravo! rechts und in der Mitte, Lachen links.) Ihre Heiterkeit (nach links) beweist mir eine gewisse Enttäuschung (Heiterkeit) darüber, daß es nicht zu einem Konflikt kommt. Zu einem Konflikt aber wird es nicht kommen dank der Einsicht der Mehrheitsparteien und wie ich wohl auch sagen darf, dank der Verständigkeit der Regierungen. Wenn der Reichstag Wert legen sollte auf eine das Wort „Indemnität“ ausdrücklich enthaltende Formulierung des § 3 der Vorlage (Bewegung), so werde ich meine Hand dazu bieten und das meiste thun, ähnlich wie das von dem ersten Reichskanzler in wiederholten Fällen geschehen ist, um eine Verständigung herbeizuführen zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat. (Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren! wir haben in dieser Frage alles gethan und werden trotz entgegenstehender Schwierigkeiten auch fernerhin das Unrige thun, um das Einvernehmen zwischen den Mächten aufrecht zu erhalten. Wir haben nach Möglichkeit alles vermieden, was zu Mißbilligungen zwischen den Mächten Anlaß geben könnte und haben uns Ziele gestellt, deren Erreichung im Interesse aller liegt. Daß das überall anerkannt wird, beweist die Thatfache, daß uns die übrigen Mächte das Oberkommando in Peking übertragen haben, trotzdem wir gern bereit wären, unsere Truppen jedem andern Oberbefehl unterzuordnen, und ich das namentlich nach Rußland hin zu erkennen gab. Es ist das also ein Beweis für das Vertrauen, welches unsre Politik den andern Mächten einflößt gerade in einem einmütigen kritischen Augenblicke. Das gilt namentlich von Rußland, und daß gerade von russischer Seite Einwendungen gegen ein deutsches Oberkommando nicht erhoben werden würden, war ja vorauszusetzen bei den guten und vertrauensvollen Beziehungen, welche schon vorher zwischen uns und Rußland bestanden — und daß der Kaiser von Rußland einer baldigen glücklichen Genesung entgegen gehen möge, das ist der Wunsch ganz Europas, ja der ganzen Welt. (Bravo! rechts.) Und daß gerade dieser Monarch es mit besonderem Dank anerkennt, daß das Oberkommando in unsre Hände gelegt ist, ist ein Beweis mehr, daß zwischen einer gut geleiteten deutschen und russischen Politik kein Gegensatz bestehen kann. (Bravo! rechts.)

Aber wenn auch die Uebertragung des Oberbefehls uns so schmeichelt, so wird dadurch doch der Gesamtkarakter unsrer Politik in keiner Weise verändert, unser Verhältnis zu den andern Mächten bleibt genau dasselbe. Wir werden uns nicht über unser Programm hinausdrängen lassen, das wir im vergangenen Juni aufgestellt haben. Im Gegenteil, der Oberbefehl legt uns nach meiner Ansicht die Verpflichtung auf, nun erst recht vernünftig und besonnen zu sein. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.) Wir werden unsre Ziele nicht zu hoch tragen, nicht über die Grenzen unsrer Leistungsfähigkeit hinausgehen, werden uns nicht von den Grundfragen entfernen, auf denen das neue Deutsche Reich aufgebaut ist. Wir kennen die deutsche Geschichte und haben unsre Lehren aus ihr gezogen. Auf dieser Basis ist ein gewaltiger Aufschwung erfolgt und unsre Weltstellung hat sich mächtig gehoben. Diese wollen wir schützen, wir werden aber nicht vergessen, daß unser Centrum in Europa ist. Wir werden nichts thun, was unsre Heimat, die Wehrkraft des Deutschen Volks schmälern könnte; auch durch unsere Truppenentsendungen nach China ist unsere Schlagfertigkeit in Europa in keiner Weise beeinträchtigt. Wir werden uns hüten, in China die Geschäfte anderer zu besorgen; wir nehmen gern teil an den gemeinsamen Aufgaben aller Kulturvölker, aber wir denken gar nicht daran, für irgend eine Macht den Vizeabteiler abzugeben, oder die Vorsehung auf Erden spielen zu wollen, das hat Napoleon III. gethan und es ist ihm nicht zu bekommen. Diefem Beispiele werden die Höhergestellten niemals folgen, deren Tendenz es war, daß ein Fürst der erste Diener des Staats und staatlicher Interessen ist. (Unruhe links.) Daß wir uns nicht ohne Not in fremde Händel einmischen, das haben wir im spanisch-amerikanischen Kriege und im südafrikanischen Kriege gezeigt; wir haben da vollkommene Neutralität eingehalten, weil es im deutschen Interesse lag. So wollen wir jetzt in Ostasien unser Ansehen hochhalten, unsre Stellung wahren, weil es dem Interesse des deutschen Volks förderlich ist. Eine andre Rücksicht als das Interesse des Landes giebt es für uns nicht. Wir werden es weder in militärischer noch diplomatischer Beziehung machen wie die Franzosen in Mexiko. Auf Souveränitäten werden wir uns nicht einlassen, die im Widerspruch stehen zu den von uns von Anfang an aufgestellten Grundfragen. Wir werden stets nur das im Auge haben, was der Wohlstand des deutschen Volks förderlich ist.

Meine Herren! Eins möchte ich noch hervorheben: die Art und Weise der Haltung unsrer Truppen; das war eine Leistung, auf die wir alle mit Befriedigung zurückblicken können. (Sehr richtig! rechts.) Wenn es auch namentlich im Auslande Leute gegeben haben sollte, die behaupten, daß Deutschland eingebüßt habe an militärischer Kraft und Mächtigkeit, so sind solche Leute eines Besseren belehrt. Daß wir in unsrer Wehrhaftigkeit nicht zurückgegangen sind, das haben wir bewiesen. Die ganze Haltung unsrer Leute, die Art und Weise, wie sie vorgehen, wie sie überall im Feuer gestanden haben, wie sie alles ertragen haben, Offiziere wie Mannschaften, das hat gezeigt, daß der deutsche Soldat nicht zurückgegangen ist. Darüber sollten wir uns alle freuen. Die verbündeten Regierungen mußten so handeln, wenn Deutschland im fernem Osten sein gutes Recht und seine Stellung behaupten wollte. Wir dürften diese Verletzung ebenföllenig ungestraft lassen und wir dürften das Blut unsres ermordeten Gesandten ebenföllenig ungeküht lassen, als die Sühne andren übertragen. Das dürfen wir nicht, denn „Selbst ist der Mann“. Auch jeder nüchternere Beobachter kann nicht im Zweifel darüber sein, wie viel unser Einfluß davon abhängt, wie wir jetzt in China militärisch und diplomatisch abhaken. — Im Namen der verbündeten Regierungen bitte ich dies hohe Haus, durch Annahme der Vorlage uns die Mittel zu gewähren, um die chinesischen Händel auszutragen in Umsicht und ruhiger Besonnenheit, in Kraft und Ehre, wie es der deutsche Name gebietet. (Anhaltender Beifall rechts, Centrum und Rail.)

Abg. Dr. Lieber (L.):

Die eben vernommene Rede des Reichskanzlers hat gewiß uns alle, jedenfalls aber doch den weitaus größten Teil von uns mit großer Befriedigung erfüllt. Der Herr Reichskanzler hat auf unsre Zustimmung geradezu gegenüber den notwendigen Maßnahmen, die wegen der Vorläufe in China seitens der verbündeten Regierungen im Einvernehmen mit den übrigen Mächten getroffen worden sind. Ich kann dem Herrn Reichskanzler versichern, daß, was meine politischen Freunde angeht, niemand von uns daran denkt, die Notwendigkeit solcher Maßnahmen zu bezweifeln oder zu bekräftigen. Wir sind vollständig mit dem Herrn Reichskanzler und den verbündeten Regierungen darin einverstanden, daß das in seinen wichtigsten und schwerwiegendsten Interessen vor allen Dingen so tief verleierte Deutsche Reich sofort und so nachdrücklich wie möglich vorgeht. Der Zustimmung meiner politischen Freunde kann der Herr Reichskanzler durchaus sicher sein. Insbesondere haben wir schon die in dem aus dem Herrn Reichskanzler erwähnten Rundschreiben an die

deutschen Bundesregierungen vom 11. Juli d. J. angeführten Ziele der deutschen Politik als durchaus angemessene und durchaus zutreffende anerkannt: die Wiederherstellung der Sicherheit von Personen und Eigentum unserer Reichsangehörigen, Wiederherstellung geregelter Zustände unter einer geordneten chinesischen Regierung, Sühnung und Genugtuung für die verübten Greuelthaten. Mit all diesen Zielen sind auch meine politischen Freunde durchaus einverstanden. Wir erwarten, daß an diesem maßvoll bestimmten Ziel auch bis auf den heutigen Tag festgehalten ist. Auch hat damals der Herr Reichskanzler ausgesprochen, daß von einer Aufteilung Chinas Deutschland keinen besonderen Vorteil ziehen will. Des besonderen haben meine politischen Freunde sich gefreut über das noch von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen, jetzigen Herrn Reichskanzler getrossene deutsch-englische Abkommen, sie haben sich gefreut über das gute Einvernehmen mit England. An zweiter Stelle bin ich in der erfreulichen Lage, unser Einvernehmen darüber auszusprechen, wie sich der Herr Reichskanzler hinsichtlich der Beförderung unserer Truppen auf den Kriegsschauplatz und hinsichtlich der militärischen Haltung unserer Truppen dort selbst geäußert hat. Auch wir sind mit Freude und Stolz über diese glänzenden Leistungen von Heer und Flotte erfüllt. Aber hier schon muß ich ein Bedauern meiner politischen Freunde zum Ausdruck bringen, das sind Klagen über Grausamkeit in der Kriegsführung, Massenmorde durch Barbaren, wie sie bis jetzt aus dem fernem Osten zu uns gedrungen sind. Wir bedauern das schmerzlich, soweit diese Nachrichten begründet sein sollten. Ich will dabei an die Worte des Majors v. Lesing erinnern: Wenn wir China verlassen, soll hinter uns der Ruf ertönen: Das war eine Nation, die vor allem ritterlich war!

Die Thronrede hat deutlich erkennen lassen, daß man den Reichstag von Rechts wegen hätte früher einberufen müssen. Der Reichskanzler hat diese Auffassung heute bekräftigt. Freilich steht in der Thronrede auch der Satz, man habe den Reichstag nicht einberufen, weil man über den Umfang der erwachsenen Ausgaben keine spezifizierte Rechnung aufstellen in der Lage gewesen wäre. Ich hätte nicht geglaubt, daß die Notgeber der Krone einen so faden-scheinigen Entschuldigungsgrund in die Thronrede hineinschreiben würden. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Auch die Ausgaben für den französischen Krieg waren im Jahre 1870 nicht genau zu übersehen. Trotzdem ist dem norddeutschen Reichstag ein Kredit von 120 Millionen gefordert worden und als sich diese Mittel als zu klein erwiesen, rechtzeitig eine Erhöhung der Mittel von demselben Reichstag gefordert worden. (Sehr richtig.) Der erwähnte Passus in der Thronrede ist eine Spekulation auf die Gedächtniswache, die meine Freunde und ich sich ganz gehörigamt verbitten müssen. (Große Heiterkeit.) Wir sind empfindlich gegen diese Verfassungsverletzung. Die Mißachtung des Reichstags wird von uns schwer beklagt. Man hätte gerade diesen Reichstag im Augenblick des Bedarfs zusammenberufen müssen, diesen Reichstag, der die Probe darauf bestanden hat, daß er in nationalen Dingen noch niemals versagt hat. Der Herr Reichskanzler hat seinen Amtsvorgänger von der mala fides zu entlasten gesucht. Lag auch keine mala fides vor, so doch eine Konfuzianse in den hochwichtigsten Fragen. Wie anders könnten heute die verbündeten Regierungen dastehen, wenn sie uns im Sommer berufen hätten und schon damals den Reichstag gefragt hätten, ohne den sie auf die Dauer doch nichts machen können. (Sehr richtig! im Centrum.) Man sagt, eine nachträgliche Genehmigung ist schon oft verlangt worden. Zugegeben. Aber es darf dabei nicht der alte Satz vergessen werden minima non curat praetor. (Sehr richtig!) Hier handelt es sich doch eben um ganz außergewöhnliche wichtige Dinge. Gott sei Dank (Heiterkeit links) hat sich der neue Reichskanzler auf einen andern Standpunkt gestellt und heute ausdrücklich Indemnität nachgesucht. Der erste Reichskanzler des Deutschen Reichs hat dies mehrfach getan und Graf v. Bismarck hat ja an diese Vorgänge erinnert. Aber auch nach seinen lokalen Erklärungen muß ich noch einmal betonen, eine wie schwere Aufgabe es geht für den Reichstag der großen Vernachlässigung gegenüber ist, die Indemnität nachträglich zu erteilen. Wenn es sich nicht um so hochwichtige nationale Gesichtspunkte, wenn es sich nicht um Deutschlands Ehre handelt, wir würden in der Budgetkommission schärfere Töne anschlagen müssen, zumal von hohen Herren das Wort gefallen sein soll: Was wird es denn geben, sie werden ein paar Tage große Reden halten und dann alles bewilligen. (Stürmische Rufe: Sehr richtig! links.) Im beantragten Etat der Budgetkommission zu überweisen. Die Beratung im einzelnen wird zur Förderung von sich erweisenden verfassungsrechtlichen Fragen führen. Hat man doch z. B. geklagt, die amerikanische Anleihe sei zu China-Böden verwendet worden. Die Vorlage schließt glücklicherweise darüber jeden Zweifel aus. Alle die bewilligten Ausgaben müssen etabliert werden. Deshalb wird die Budgetkommission in eine eingehende Prüfung aller Einzelforderungen eintreten müssen. Wie sieht es mit der Bildung neuer Truppenteile? Wie mit der Verleihung der Fahnen an diese Truppenteile? Wie kommen diese Truppenteile in den Nachtrag unserer offiziellen Rangliste? Die Zahl der Bataillone und Schwadronen wird doch vom Reichstag festgelegt. Woher kommen also diese neuen Abteilungen? Dies alles sind Dinge, die unser verfassungsmäßiges Recht auf empfindlichste berühren, und auf die die Regierung in der Budgetkommission wird Rede und Antwort stehen müssen. Was soll denn aus den ostasiatischen Truppen werden, wenn ihre Aufgaben in China erfüllt sind? Ewig werden sie doch nicht drüben bleiben. Auch darüber muß Klarheit geschafft werden.

Ich komme nun zu einer andern sehr unangenehmen Seite dieser chinesischen Expedition. Dem neuen Herrn Oberkommandanten, dessen der Herr Reichskanzler mit so viel Anerkennung Erwähnung getan hat, in allen Ehren, wir hätten aber doch gewünscht, er hätte die maßvollen Worte des Herrn Reichskanzlers auch bei seinem Auszuge beobachtet, und sich nicht zu einer Entnahme von Vorbeeren auf Woiwatsch (Heiterkeit) verstehen sollen. — Was hat denn überhaupt die große Unlust der Bevölkerung gegenüber der chinesischen Expedition erregt? Einmal die weit aussehenden Pläne, die mit dem Auszuge der Truppen in Verbindung gebracht wurden und dann einige sehr scharfe Äußerungen über die Aufgaben unserer nach China geschickten Truppen. (Guruse: Sonnen!) Ich kann mich ja nur an den „Reichs-Anzeiger“ halten und dieser weiß nichts von Sonnen. Die andern Zeitungen, die davon etwas drachten, müssen sich also wohl verheißt haben. (Heiterkeit.) Aber auch im „Reichs-Anzeiger“ steht zu lesen, daß es sich um einen Nachfeldzug handelt. Der Herr Reichskanzler sprach nur von Sühne für begangene Verbrechen, aus einem andern hohen Munde haben wir aber zweimal gehört, es gelte Rache. Wir haben weiter, was für uns ja sehr sympathisch war, betont gehört, daß es sich auch um die Verteidigung der christlichen Religion handle. Dagegen haben wir aber wieder die Aufforderung an die Soldaten richten gehört, keinen Verdor zu geben, und es gibt leider Leute genug, die verübten Grausamkeiten als die Pflichterfüllung der so angeregten und ermutigten Soldaten ansehen. Weiter haben, abgesehen von diesen scharfen Worten, die weit aussehenden Pläne der Weltpolitik Erregung hervorgerufen. Der Hinweis darauf, daß in der Ferne jenseits des Ozeans ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine Entscheidung mehr fallen darf. Auch auf der Saalburg Klage es ähnlich wieder: Wie in alter Zeit das Wort eivis romanus sum, so müsse in Zukunft das Wort: ich bin ein Deutscher, für jeden, der sich so nennt, einen Sach in aller Welt bedeuten. Durch solche Worte ist die tiefe Verurteilung weiter Kreise gegenüber dem von uns durchaus als gerechtfertigt anerkannten China-Unternehmen hervorgerufen. Meine politischen Freunde könnten ja eigentlich die gegenwärtigen Ereignisse mit Genugthuung begrüßen, denn wir haben seiner Zeit dagegen gestimmt, daß in einer Adresse des deutschen Reichstags an einen deutschen Kaiser jemals der Satz enthalten sein dürfte: Die Tage der Einnischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren. Man hat uns wegen dieses Widerspruches damals jahrelang

der Vaterlandslosigkeit geziehen. Wenn wir nun aber auch Verteidigung darüber empfinden, daß die Macht der Ereignisse uns recht gegeben hat, so müssen wir doch andererseits mit allem Nachdruck Widerspruch dagegen erheben, daß der Satz als maßgebend proklamiert werde, daß in aller Welt überhaupt keine Entscheidung mehr ohne Deutschland fallen dürfe. Hätten wir etwa Anlaß, uns hereinzulassen, wenn wieder ein Krieg zwischen Spanien und Amerika ausbräche? Ich gehe nicht weiter auf diese Frage ein, aber man sieht, wie vorsichtig ein Staatsmann vorgehen muß — und wir haben das Vertrauen zu dem jetzigen Vorkämpfer der deutschen Geschichte, daß er dieser Vorsicht niemals ermangeln wird. — Indem wir uns vorbehalten, in der Budgetkommission noch einzelne Bedenken geltend zu machen, spreche ich es noch einmal aus, daß meine politischen Freunde die Notwendigkeit der Maßregeln, die gegenüber China getroffen worden sind, anerkennen. Wir hoffen, daß das Ergebnis dieser Verhandlungen sein wird: Der Reichstag fehlt nicht, wo es sich handelt um die Aufrechterhaltung nationaler Ehre, die Wahrung deutscher Interessen, daß er aber auch nicht fehlt, wo es gilt, auch sein eigenes Recht auch den verbündeten Regierungen gegenüber zu wahren. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Abg. Vebel (Soz.):

Meine Herren! Ich habe in den heutigen allgemeinen politischen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers nichts Neues zu hören bekommen. Er hat nur etwas dreier umschrieben, was in der Thronrede, in der Denkschrift zum Nachtragetat, in seinem Circular und verschiedenen offiziellen und offiziellen Mitteilungen der letzten Wochen enthalten war. Es wird nun meine Aufgabe sein zu untersuchen, wie weit die Behauptung des Herrn Reichskanzlers und diejenigen Angriffe, die erhoben worden sind, der Wahrheit entsprechen. In erster Linie ein paar Worte zur formalen Seite. Der Herr Reichskanzler hat unter großer Genugthuung der Mitte und der linken Seite des Hauses — außer meiner Partei — erklärt, daß er nichts dagegen haben würde, wenn das Haus in einer Kommissionsberatung den Ausdruck Indemnität aufnehmen würde. Es ist das ja sehr liebenswürdig von dem Herrn Reichskanzler — er ist immer sehr liebenswürdig (Heiterkeit) —, daß er einen solchen Herzenswunsch der Herren bekräftigt. Es liegt ja in seinem eignen Interesse, denn er wird sich davon überzeugt haben, daß in der That ohne eine solche Erklärung ein Teil der Werten für die jetzige Vorlage nicht zu haben wäre. Aber gemindert habe ich mich doch über die **Beiseitnahme des Hauses**, das sich zufrieden erklärt mit der nachträglich gemachten Konzeption, wie wir das ja bereits im Uebermaß von dem Herrn Vorkämpfer gehört haben. Der Herr Vorkämpfer war selbst offenbar etwas konsterniert, als ihm ein lebhaftes „Sehr richtig!“ entgegenlief, als er ausführte: Da hat man ein paar Tage lang donnernde Reden über die Formlosigkeit des Verhaltens der Regierung gehalten und schließlich dann doch alles bewilligt.

So wird es auch sein. Sie werden einige donnernde Philippiken hier halten und schließlich sind Sie doch alle ein Herz und eine Seele. Sie bewilligen, was gefordert wird, ohne es zu empfinden, wach eine Schmach dem deutschen Reichstag dadurch angethan wird. (Lärm rechts. Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Balkeström: Herr Abg. Vebel, Sie dürfen nicht sagen, daß seitens der verbündeten Regierungen dem deutschen Reichstage eine Schmach angethan wird. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Vebel (fortfahrend):

Das rücksichtslose Verhalten der verbündeten Regierungen bedeutet klipp und klar einen Verfassungsbruch, nicht bloß eine Verfassungsverletzung. Jedes andre Parlament hätte auf Grund dieser Vorlesungen diejenigen Beamten, die sich eines solchen Verfassungsbruchs schuldig machten, zur Verantwortung gezogen. Wir haben aber in Deutschland nur eine papierne Verantwortung, die nur befragt, daß der Herr Reichskanzler verantwortlich ist, aber nicht zeigt, wie der Reichstag ihn zur Verantwortung ziehen kann, wenn er einmal unterantwortlich handelt. Es braucht also nur ein Mann mit der nötigen Rücksichtslosigkeit Reichskanzler zu sein, und man wird auch in späteren Fällen ebenso verfahren wie diesmal. Täuschen Sie sich doch nicht. Es ist ganz zweifellos, daß der Reichstag hätte sofort einberufen werden müssen einerlei, ob der Zeitpunkt der Regierung genehm war oder nicht. Er hätte befragt werden müssen über die neuen Formationen, die geschaffen worden sind. Sie wissen alle, daß etwas bereits Geschaffenes sich sehr schwer aus der Welt schaffen läßt; leichter ist es zu verhindern, daß es überhaupt geschaffen wird. Diese Reformationen bilden die Basis einer Kolonialarmee. Ich bin sehr neugierig, ob nicht in dem Etat für 1901 Forderungen aufzutreten werden, die darauf hinarbeiten werden, die gegenwärtige Kriegarmee zur Grundlage einer Kolonialarmee zu machen. Und was werden die Herren vom Centrum machen, die dem Herrn Kriegsminister mit aller Energie erklärt haben, sie würden für die noch nicht bewilligten 7000 Mann nicht zu haben sein. Hier werden Sie vor ein hies Rhodus, hie salta gestellt, wo Sie noch viel höher springen werden. (Heiterkeit, sehr richtig! links.) — Es war aber auch höchst notwendig, daß der Reichstag bei einer so wichtigen Frage Gelegenheit erhielt, seine Meinung zu sagen, ob er die Politik der Regierung teilt oder nicht. Es genügt nicht, daß die Herren der Regierung glauben, im Sinne des Reichstags zu handeln. — Weiter mußte auch festgestellt werden, was das denn eigentlich für ein Zustand ist, in dem wir uns befinden. Man spricht von Wirren, Revolten in China, daß wir aber wirklich im Krieg mit China stehen, wird nicht gesagt. Zweifellos ist aber die Bestimmung der Verfassung verlegt, daß derartige Schritte nur gesehen können unter Zustimmung des Bundesrats. Wenn die Herren vom Bundesrat sich so in die Ecke drücken lassen, ist das ja ihre Sache, wir haben aber die Pflicht, für Jumeckhaltung der Verfassung zu sorgen. — Der Herr Vorkämpfer hat auf die Presse verwiesen. Zu meiner Beschämung habe ich bemerkt, daß ein großer Teil der Presse sich gegenüber der Einberufungsfrage völlig gleichgültig erhalten hat. Die Herren von der Regierung hätten sich zechnmal besonnen, wenn die Presse die Einberufung des Reichstags einmütig verlangt hätte, zu handeln wie sie es getan hat. Es ist leider eine Thatsache, daß die bürgerlichen Parteien und der Reichstag in der Wahrung seiner eignen Rechte immer schlapper wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Frage der Indemnität stehen wir Socialdemokraten ziemlich kühl gegenüber. Ob sie gefordert wird oder nicht, wir werden sie unter allen Umständen verweigern, weil wir aufschärfste diejenige Politik bekämpfen, die zu den chinesischen Wirren und ihren Folgen geführt hat. Der Herr Reichskanzler hat es so dargestellt, als seien die revolutionären Ausbrüche in China sozusagen über Nacht eingetreten, als sei von keiner Macht irgend etwas geschieden, das die Empörung der chinesischen Bevölkerung hätte hervorgerufen können. Diese Auffassung ist ganz falsch. Ehe wir nicht an der Hand der geschichtlichen Thatfachen prüfen, was diesen Ereignissen vorausging, werden wir außer Stande sein, uns ein klares Urteil über jene Vorgänge zu bilden. Zwischen der Thronrede und der Denkschrift besteht ein gewisser Widerspruch. Die letztere vermeidet es vorsichtig auszusprechen, daß in der That Grothe des chinesischen Hofes die Logerbewegung begünstigt hätten, während in der Thronrede Prinz Tuan als einer der Hauptschuldigen bezeichnet wird. Diesen Prinzen soll ja auch die Strafe treffen, doch vergißt man dabei das Sprichwort: Die Nürnberger hängen keinen bevor sie ihn haben. — Es ist nicht der Fall, daß die Unruhen in China von heute auf gestern entstanden sind, sie sind die Folge jahrzehntelanger Verfehlungen der Europäer gegenüber den Chinesen. Es mußte sich in der chinesischen Bevölkerung allmählich die Ueberzeugung festsetzen, daß alles darauf

binarbeit, das große chinesische Reich in völlige Abhängigkeit von den ausländischen Mächten zu bringen. Ich verweise auf verschiedene Schriftsteller. So hat ein englischer Reisender auf Grund seiner Kenntnisse ein Buch geschrieben, worin er auf die Mißhandlungen Chinas seitens der Großmächte aufmerksam macht; ferner auf ein sehr lehrreiches und interessantes Buch, das im Jahre 1891 von dem bekannten Missionar Faber verfaßt ist. Er schreibt ausdrücklich: „Die Unruhen des Jahres 1891 sind nicht die letzten. Eine stärkere Bewegung muß folgen mit der Notwendigkeit von Neuerungen einer starken Naturkraft.“ Ein anderer Weltreisender berichtet, daß er bei einem Besuch der chinesischen Häfen mit eignen Augen gesehen habe, wie die Europäer fortgesetzt die chinesische Bevölkerung insbesondere der Hafenplätze mißhandelt hätten. Es sei ganz selbstverständlich, daß jeder Chinese, der in der Nähe eines Europäers komme, mit der Peitsche geschlagen werde. Man zerrte den Kulis ihre kleinen Lastwagen mit Fäden, und ähnliches mehr. Alle diese Vorlesungen müssen eine maßlose Erbitterung bei den Leuten erwecken. Auch ist es eine Thatsache, daß die Europäer in China sich die größten Gewaltthatigkeiten gegenüber den Chinesen zu Schulden kommen lassen, ohne daß jemals der Chinese Recht bekomme. Die Europäer verstehen es stets, kraft ihrer Stellung und ihres Gelds, die elende chinesische Gerichtsbarkeit zu bestechen, so daß die armen Kulis in keiner Form ihr Recht bekommen können. Kein Volk kann sich solche Mißhandlungen gefallen lassen. Nicht nur von Ausländern, sondern auch von einer großen Zahl deutscher Angehörigen, die im Auslande zum Teil in hohen Stellungen gelebt haben, ist darauf hingewiesen, daß die Missionen in China einen großen Teil an den Unruhen schuld haben. Ich bin erstaunt, daß solchen Thatsachen gegenüber der Herr Reichskanzler so gethan hat, als wenn gegen die Missionen nicht der geringste Vorwurf erhoben werden könnte.

Ich stehe dem Missionswesen sehr indifferent gegenüber. Ich halte es durchaus für Ihre Privatsache, wenn Sie, wie Sie wollen, Propaganda für Ihre Religion machen. Das Reich aber geht diese Thätigkeit nichts an. Sie müssen für Ihre eignen Handlungen verantwortlich sein. Wenn Sie durch Ihre Schritte in Konfuzie geraten, so ist das Ihre Sache. Diese meine Auffassung wird übrigens auch von einer Anzahl protestantischer Geistlicher geteilt, die behaupten, daß die katholischen Missionare nicht nach diesen Grundsätzen in China verfahren seien. Auch nach meiner Kenntnis sind es hauptsächlich katholische Missionare die durch ihre Handlungen in hohem Grade dazu beigetragen haben, Mißtrauen und Haß gegen die Vertreter der christlichen Religionen in China herbeizurufen. Die chinesischen Konvertiten sind die schlechtesten Elemente. Die Missionare aber gewähren ihnen Schutz. Solange die katholischen Missionare unter dem Schutze der französischen Regierung standen, gelang es dem Einfluß dieser Regierung, für die katholischen Missionare das Rechte zu erwirken, die Uniform der chinesischen Beamten zu tragen. Dadurch wurde ihnen eine bedeutende Nachstellung verziehen, und sie haben sie gebraucht, um die chinesischen Gerichte einzuschüchtern, so daß die chinesischen Konvertiten freigesprochen wurden, auch wenn sie Verbrechen begangen hatten. Diese Beeinflussung der Beamten hat den Haß der Bevölkerung gegen die Missionare hervorgerufen und ihn noch erhöht durch die provokatorische Art und Weise, wie die Missionare aufgetreten sind. Wenn umgekehrt chinesische Missionare nach Deutschland gekommen wären, um hier religiöse Propaganda zu treiben, und sie würden sich so verhalten, wie ein Teil der katholischen Missionare in China, dann würde genau dieselbe Empörung bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung entstehen, die jetzt in China herrscht. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bischof Anzer spielt in der ganzen Affaire eine große und verhängnisvolle Rolle. Nach seinen eignen Berichten war er im Süden Schantung thätig, in einer heiligen Stadt der Chinesen, in dem Geburtsort Confuzius. Sein Ehrgeiz war, im eigentlichen Sinne des Confuzianismus zu residieren. Das war eine Art persönlicher Provokation gegen das chinesische Religionswesen. Der damalige deutsche Gesandte in China, Herr v. Brandt, warnte zwar, aber Anzer drang auf ihn ein, und schließlich wurde von dem gegenwärtigen chinesischen Kaiser für Anzer die Erlaubnis erwirkt, sich in der heiligen Stadt des Confuzius zu etablieren, wie es in dem Edikt hieß, und den chinesischen Beamten wurde geboten, Herrn Anzer die Ehren eines Mandarins zu erweisen. Und nun geht Bischof Anzer hin und begeht eine unerhörte Provokation. Er begiebt sich in den Tempel des Confuzius, der voller Gläubigen ist. Die Masse gerät in Unruhe, in Aufregung und schließlich muß Anzer in seinen Wagen flüchten. Er saß einen Mandarin am Arm und zwingt ihn, sich auf den Boden zu legen, um so das Gefähr vor dem Böbel zu schützen. Wenn ein chinesischer Missionar an den Geburtsort des Bischofs Anzer in Alt-Woynern in dieser Weise provokatorisch in eine katholische Kirche eingetreten wäre, dann wäre ihm das, wie ich die Alt-Woynern leume, sehr schlecht bekommen. Noch eine zweite Seite kommt in Betracht. Die Missionare spielen eine sehr bedeutende politische Rolle. Sie sind die Redacteure chinesischer Zeitungen und greifen als solche Beamte und Regierung an. Wie die Missionare selbst ihre Stellung im Lande auffassen, geht aus einer Erzählung hervor, die sich in dem Buche des Dr. Paul Goldmann: „Ein Sommer in China“ findet. Dr. Goldmann kommt in ein Jesuitenloster in Sifawei. Der Vater deutet auf einen deutschen Missionar und sagt: „Wenn der eines Tages massakriert wird, bekommen Sie eine schöne Eisenbahn mehr!“ (Heiterkeit!) Und das ist ja auch richtig. Auch wir haben uns nicht, als die Missionare ermordet waren, damit begnügt, daß die chinesische Regierung 500 000 Taels zahlte, sondern unsere Hauptentwöhnung war, die Wegnahme und Eroberung Kiantshou. Der Herr Reichskanzler hat zwar heute gesagt, es sei ein Unrecht, wenn im Auslande behauptet würde, unsere Pachtung in Schantung sei ein wesentlicher Grund zu den jetzigen Wirren. Dieser Ansicht muß ich in allerentschiedenster Weise widersprechen. Nicht nur Ausländer, sondern Inländer, vor allem sogar derjenige Mann, der der eigentliche Urheber der Pachtung von Kiantshou ist, der Bischof Anzer, sind der Ansicht, daß diese Besitzergreifung den eigentlichen Anstoß zu der Bewegung gegeben habe. Herr Anzer erzählt, daß er es gewesen, der in Berlin dem Kaiser geraten hätte, Kiantshou zu nehmen, während der damalige deutsche Gesandte in Peking Herr v. Lesing und der jetzige Kolonialdirektor Dr. Stuebel einen kleinen Hafen bei Amoy im Südosten vorzuschlugen. Anzer aber bezeichnete Schantung als das viel bessere Objekt für die deutsche Eroberung. Derselbe Mann, der diesen Rat erteilt hat, erklärte nun ganz offenerzigt, als die Wirren in China ausbrachen, was da passiert, das habe seinen eigentlichen Grund in der Pachtung von Kiantshou. Im Zeitraum von ungefähr zwei Jahren hat man China einen Fleck Land nach dem andern gewonnen, hat ihm die festen Häfen genommen und es ist ihm fast unmöglich gemacht, einen irgendwo nennenswerten Hafen zu haben. Während alle Länder der Welt mit unendlichen Opfern befestigt sind, feste Plätze am Meer zu erwerben, ist es den Chinesen im eignen Lande unmöglich gemacht, Häfen zu haben, ohne daß der Staat infolge seiner Unmacht irgend etwas dagegen thun kann. Seien Sie gerecht, wenn Sie verlangen, ich nicht, Glauben Sie denn, daß irgend ein Volk in der Welt sich etwas Aehnliches gefallen läßt? Was würde Deutschland thun, wenn ein Feind auch nur einen Fußbreit Lande nähme? (Lärm.) Was Sie in eignen Lande nicht haben wollen, dürfen Sie auch einem fremden Lande nicht thun. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Alles was ich hier über das Verhalten der Mächte sage, entspringt ganz einfach der souveränen Betrachtung, die sie gegen China und die Chinesen haben. Das ist dieselbe souveräne Betrachtung, die unsere Kolonisation in Ost- und Westafrika kennzeichnet, die in dem Freuden nicht auch den Deutschen steht. So lange Klassen- und Nationalitätsgegensätze bestehen, wird diese Betrachtung

nie aufhören, aber man muß sich doch bemühen, entsprechend den Lehren der christlichen Religion, in dem Fremden den christlichen Bruder zu sehen. Aber davon ist wenig zu merken. Man hat ganz und gar vergessen, daß sich in den europäischen Hauptstädten die chinesischen Gesandtschaften befinden, die zusammengesetzt sind aus Personen, die es an Bildung, Wissen und Können mit jedem Staatsmann aufnehmen können, auch mit dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. (Große Heiterkeit.)

Alle diese Dinge, die ich erwähnt habe, haben in hohem Grade dazu beigetragen, Aufregung in die Massen zu tragen. Infolge dieser Aufregung sind in China Volksaufstände entstanden. Die Folge war, daß Frankreich und England Schutztruppen nach China schickten. Wenn man in einem fremden Lande, mit dem man durch Verträge im Freundschaftsverhältnisse steht, plötzlich die fremde Macht, weil sie glaubt, daß ihre Gesandtschaft bedroht ist und die Regierung des fremden Landes nicht in der Lage ist, die nötige Sicherheit zu gewähren, eine derartige Schutztruppe schickt, so ist das eine schwere Provokation des betroffenen Volks. (Sehr wahr! links.) Wenn die Sendung solcher Schutztruppen erfolgt, ohne daß man die Genehmigung der fremden Regierung eingeholt hat, so ist das ein Bruch des Völkerrechts. Die verbündeten Regierungen mußten in kategorischer Weise an die chinesische Regierung herangehen und erklären: Wenn wir die Sicherheit für unsere Gesandten nicht bekommen, dann ziehen wir die Gesandten zurück und erklären damit den Krieg. Das war die einzige richtige Maßregel. (Sehr richtig! links.)

Am 27. Januar bereits haben die Gesandtschaften der chinesischen Regierung Vorstellungen gemacht und verlangt, daß die geheimen Gesellschaften aufgehoben würden. Man fragte aber nicht danach, wie die chinesische Regierung das machen sollte. Wir haben hier in Deutschland Strafgesetze über Strafgesetze, Beamtenverfolgungen usw. und wir haben es nicht verhindern können, daß Hunderte und aber Hunderte von geheimen Verbindungen bestanden. Ebensoviele konnte die chinesische Regierung die große Verbindung unterdrücken, weil sie eben nicht die Macht dazu hatte. (Lachen rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ja, die Herren lachen, ich beziehe mich auch hier wieder nicht auf mein eigenes Urteil, sondern auf einen Artikel, den Sir Robert Hart, der Bevollmächtigte der chinesischen Botschaft seit 39 Jahren, in der „Daily Chronicle“ veröffentlicht hat, ein langer, gemessener, ruhiger Artikel. Es wird darin als eine ganz verkehrte Anschauung bezeichnet, wenn man die Vögel hier in Europa einfach noch als Verbrecher, als Räuber darstellt, als Auswurf der Menschheit. Das sei nicht der Fall, sondern es sei das eine revolutionäre Bewegung in China, der auch Repräsentanten der Regierung beigetreten seien, die den Zweck verfolgt haben, die Organe des fremden Eroberers aus dem Lande zu treiben. Dann kam die Kollektivnote vom 21. März mit ihren Forderungen: Vögelhinrichtungen, Hinrichtung aller Personen, die sich des Mordes oder Brands schuldig machen, Hinrichtung derjenigen, welche die Vögelbewegung begünstigen. Daraus wieder eine Verstärkung der Schutztruppen im April bis Juni laut Denkschrift. Man hat da nicht nach ihrer Genehmigung gefragt, eine Verletzung der einschlägigen völkerrechtlichen Bestimmungen. Es sollten dann bekanntermäßen noch mehr Truppen geschickt werden. Der deutsche Gesandte v. Kettler erklärte aber, er habe das nicht nötig; was er jetzt besitze, das genüge ihm für seine Sicherheit. Also die Verstärkung wurde abgelehnt. Am 12. Juli meldete der deutsche Gesandte, daß die Sendungen nach Peking aufgehalten werden sollten; das wurde abgelehnt: es war offenbar, daß eine Truppenabteilung nach Peking marschiere, die bekanntlich nicht nach Peking kam. Für die jetzt folgenden Ereignisse in Peking ist es nun von Wichtigkeit, und zu vergegenwärtigen, was die deutschen Truppen gegen die revolutionäre Bewegung in Peking getan haben. Sie sollten die Gesandtschaften gegen revolutionäre Ueberrfälle schützen, statt dessen — teilt der ehemalige Gesandte in China Herr v. Hansen in der „Nation“ mit — sind schon vom 14. bis 17. Juni, also als irgend welche revolutionäre Ausschreitungen gegen Gesandtschaften oder Fremde noch nicht vorgekommen waren, zahlreiche Chinesen, angeblich Vögel, von den Schutztruppen auf den Straßen und Tempeln niedergemacht. (Hört! hört!)

Das ist das schwerste völkerrechtliche Verbrechen, das man sich überhaupt denken kann. Ich erinnere an die Erzählung des Herrn v. Blümler, die dieser veröffentlicht hat, wonach ein Vögel von der Wache aus von einem Deutschen erschossen worden ist, ohne daß das geringste in China geschehen war. Ich berufe mich auf das Zeugnis des Dolmetschers Cordes und einen Bericht der „Köln. Ztg.“, also gewiß unparteiische Zeugen. Danach haben deutsche Posten eine Menge Chinesen, die vor den Wällen versammelt waren, und einen in der Mitte stehenden heftig geistulierenden Mann beobachtet, offenbar einen Sektierer, der zu einer Volksversammlung redete; sie haben auf die Menge angelegt, den Mann in der Mitte und außerdem 6—8 andre erschossen. Das war wieder ein schweres völkerrechtliches Verbrechen, begangen, ehe irgend etwas gegen die Gesandtschaften geschehen war. Man denke sich, daß ein ähnlicher Fall in Berlin vorkäme, daß von der chinesischen Gesandtschaft in Berlin in eine Volksversammlung hinein geschossen wäre! Nicht eine Viertelstunde und die Revolte wäre ausgebrochen, die Gesandtschaft erklärt und alles was darin lebend sich vorgefunden hätte, niedergemacht. So etwas ist überhaupt noch nicht dagewesen, während man Gesandte schon früher ermordet hat. Die Soldaten hätten nicht geschossen, wenn es ihnen nicht befohlen worden wäre, und ihr Offizier hätte es ihnen nicht befohlen, wenn er an dem Gesandten nicht einen Rückhalt gehabt hätte. Herr v. Kettler trägt also die moralische Verantwortung für alle diese Schandthaten. (Wuh! und Widerspruch rechts. Sehr richtig! links.) Dann kam die Erstürmung der Takusforts. Das war doch eine Kriegserklärung in optima forma. Und trotz dieser Geschehnisse geht Herr Kettler, obwohl er nachdrücklich gewarnt, nach dem Jung-li-Hamen. Er wird ermordet. Das war ein Verbrechen genau so wie die andern. Ich mache keinen Unterschied. Aber es war die Folge der Erbitterung durch alle die von mir erwähnten Geschehnisse. Es liegen sozusagen mildernde Umstände für dieses Verbrechen vor. In Deutschland hat man von offizieller Stelle aus die Sache freilich von Anfang an etwas anders dargestellt. Es wurde von furchtbaren Mache gesprochen. Der Kaiser sprach von der Brandfackel des Krieges. Heute will man von einem Kriege nichts wissen. Der Kaiser ländigte feierlich einen Machefeldzug an und sagte, er wolle nicht eher ruhen, als bis die deutsche Fahne auf Peking's Mauern weht.

Ich kann nun begriffen, daß solche Pläne gehabt werden, schwer begreifen kann ich es aber, daß so etwas öffentlich ausgesprochen wird. Die Reden sind natürlich das Signal gewesen für alle Soldaten, so zu hausen, wie sie geübt haben. Das Wort von dem Machekrieg ist sehr unchristlich. Ein guter Christ, der man doch sein will, sollte es nicht aussprechen. Die Mache ist mein, sagt der Herr. Man kommt uns ja immer mit Widersprüchen, warum sollen wir nicht auch einmal welche anführen. (Große Heiterkeit.) Das neue Testament, daß ich für ein hochwürdiges Buch halte, verurteilt die Mache, und wer sich zum neuen Testament bekennt, sollte auch danach handeln. Ein Kreuzzug sei es, ein heiliger Krieg, sagte ein protestantischer Geistlicher. Nein, es ist kein Kreuzzug, kein heiliger Krieg, ein ganz gewöhnlicher Eroberungszug ist es, ein gemeiner Machekrieg. Der Name Krieg ist für die Barbarei, die jetzt in China getrieben wird, viel zu anständig. Schlimmer ist noch nie, selbst bei Göttern und Dämonen nicht, gehaust worden. Selbst Tili, als er Magdeburg eroberte, ist nicht so vorgegangen wie die Deutschen und andern Staaten in China. Ein heiliger Krieg, ein Kreuzzug ist es schon deshalb nicht, weil die Japaner, die keine Christen sind, einen ganz erheblichen Anteil an diesem Krieg haben. Wir müssen uns nun endlich einmal energisch dagegen

verwahren, daß die Religion überhaupt mit der Politik verquid wird. Der deutsche Staat ist ein paritätischer Staat; das Christentum ist nicht seine Grundlage und wenn Sie wirklich meinen, daß Sie christlich regieren, so müßten Sie allesamt zur Hölle fahren (große Heiterkeit), so verlegen Sie tagtäglich die christlichen Gebote. In der Reichsverfassung steht kein Wort davon, daß es die Aufgabe des deutschen Reichs sei, das Christentum in fremden Ländern zu verbreiten. Das widerspricht auch dem Wesen des modernen Staats und deshalb protestieren wir dagegen. Rußland ist ein orthodoxes Land. Aber kein russischer Missionar ist in ganz China vorhanden. Daß der russische Kaiser in den eroberten Ländern Missionare nicht duldet, ist ein vorzügliches Mittel, fremde Völker sich zu assimilieren. Dasselbe müßte Deutschland thun, besonders in China. Die Moralanschauungen der Chinesen stehen den unsren in keiner Weise nach, und wenn man sagt, sie werden ja doch nicht herabdrückt, nun so ist das genau wie bei uns. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!) Ich stehe sonst mit Rußland sehr schlecht, wie Sie wissen (große Heiterkeit), aber diesen Teil der russischen Politik kann ich nur für Deutschland empfehlen.

Am 27. Juni hielt der Kaiser die bekannte Rede. Im „Reichs-Anzeiger“ hat die Stelle von den Sunnen nicht gestanden, aber so etwas saugen sich die Berichtserstatter nicht aus den Fingern. Jedenfalls hat der Kaiser nach dem „Reichs-Anzeiger“ gesagt: „Gebt keinen Pardon, Gefangene dürfen nicht gemacht werden. Sorgt dafür, daß das Christentum in China seinen Eingang findet.“ Wir wollen, also nach China hin, um es zu christianisieren. Wenn Sie das wollen, dann können Sie sicher sein, es wird so lange Krieg mit China sein, als das deutsche und das chinesische Reich bestehen. Sie können ein Reich von 400 Millionen nicht christianisieren. Seit 300 Jahren mühen sich die Jesuiten, die doch sicher geschickte Operateure sind (Heiterkeit) damit ab. Was aber auch erreicht sein mag, es wird ausgelöscht durch die Kriegsführung (Sehr richtig!) und durch all die schönen Reden. Das prägt sich in die Herzen der chinesischen Massen und ein Haß gegen die Christen wird entzündet, wie nie zuvor. Das sind die Früchte Ihrer Politik, die Früchte solcher Reden und der Thaten, die sie ausführen. Die Hingschlachtung von 5000 Sachsen ist Karol dem Großen von der Geschichte als größtes Verbrechen angerechnet worden. Heute sind mehr als 50 000 Chinesen, Männer und Frauen, getötet worden. Ein wahres Treibjagen wird entfesselt. Wie Hasen und wilde Tiere werden die Chinesen gejagt. Wenn man diese Dinge liest, dann erstarrt einem ja das Herz im Leibe. Wo bleiben da die Lehren des Christentums? Viele Hunderttausende professionsmäßige Lehrer des Christentums sind im Lande und wo bleibt ihr Protest? (Bewegung und sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sind dem Christengott noch nicht genug Opfer gefallen, sollen noch mehr geschlachtet werden? Hunderttausende sind aus ihren Häuten vertrieben. Sie haben kein Heim. Der Winter kommt, sie irren hungernd umher und werden verhungern. Und das alles als Folge einer Art Rachezug, ausgeht im Namen des Christentums. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hier muß ich einen kleinen Abstecher machen und mich mit der Rede beschäftigen, die der Kaiser in Bremerhaven gehalten hat. In dieser Rede hat er die desorientierten Arbeiter gelobt, daß sie nicht dem schlechten Beispiele der durch vaterlandlose Gesellen verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seien. Er hat geschlossen: Christus ist der, der das Vaterland im Moment der Gefahr im Stich läßt. Daß wir Sozialdemokraten fortgesetzt als vaterlandlose Gesellen bezeichnet werden, daran sind wir gewöhnt; das läßt uns ungeheuer kalt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Möge das und vieles andre noch ruhig ins Land gehen, uns thut das nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier aber handelt es sich um Behauptungen, die der deutsche Kaiser nie ausgesprochen hätte, wenn er von seinen Rathgebern wahrheitsgemäß über die Vorgänge unterrichtet worden wäre. Es sind da Leute, die den Kaiser bei jeder Gelegenheit gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiter einzunehmen suchen; erbärmliche Menschen! Redner giebt eine eingehende Darstellung der Vorgänge, die zur Aussperrung von 6000 Hamburger Werftarbeitern durch die Werksbesitzer geführt haben, und beweist, daß die Arbeiter durchaus nicht im geringsten an der nicht rechtzeitigen Herstellung der Chinadampfer Schuld gehabt hätten. Es wird gesagt, die Werksbesitzer hätten absichtlich so gehandelt, weil sie die Dampfer nicht rechtzeitig fertigstellen konnten, um die Konventionsstrafe zu sparen. Ob das wahr ist, weiß man allerdings nicht. Jedenfalls haben die Vertrauensmänner des Kaisers, die verpflichtet sind, ihm die Wahrheit zu sagen, ihm die Unwahrheit gesagt. Und wenn der Kaiser im Horn von vaterlandlosen Gesellen gesprochen hat, so sind nach diesem Sachverhalte nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber die vaterlandlosen Gesellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat auf die Bedeutung des deutschen Handels in China hingewiesen und daraus deduziert, daß wir große Aufwendungen zu machen hätten, weil Deutschland in zweiter Linie am chinesischen Handel beteiligt sei. In erster Linie steht England. Sein Handel mit China umfaßt 67 Proz. des Gesamthandels, während der deutsche Handel in China nur 5,2 Proz. beträgt; das ist ein winziger Bruchteil. Die Vereinigten Staaten werden und im Handel mit China weit überholen, namentlich jetzt, wo sie bei den chinesischen Wirren so lung aufzutreten sind. (Sehr richtig! links.) Deutsche Firmen sind in China nur 12,3 Proz. vorhanden. In dieser Hinsicht sind wir sogar seit sechs Jahren zurückgegangen. Unter den 17 000 Fremden in China befinden sich nur 1134 Deutsche, das sind 6,5 Proz., während im Jahre 1891 der deutsche Prozentsatz noch 7,8 Proz. betrug. Im grellsten Mißverhältnis zu unsren wirtschaftlichen Interessen haben wir uns zur ersten Rolle gedrängt; die hätten wir ruhig den Herren Engländern überlassen können, und durch die Uebernahme des Weltmarktsamts liegt auf uns die ganze Verantwortung für alle Vorgänge.

Werkwüthigerweise ist behauptet worden, der russische Kaiser hätte die Uebernahme der Stellung durch Waldsee gewünscht. Ich habe hier das Delcassésche Gelbbuch und die Aeußerung des russischen Regierungsbotsen. Danach hat man in Petersburg angefragt, ob man gegen die Ernennung Waldsees zum Weltmarktsamt etwas hätte, und Rußland hat höflich erklärt, es hätte nichts dagegen. So sind wir zu dieser Rolle gekommen. Der erste deutsche Offizier wird hingeschickt. Aber sind denn wirklich Lorbeern zu holen? Handelt es sich denn um große kriegerische Operationen in China? Nach meinem geringen Verständnis — ich sage immer, darin hat der Herr Kriegsminister das Recht — meine ich, kein General, kein Oberst, der erste deutsche Feldwebel hätte genügt für diese Art Krieg. (Stürmische Heiterkeit.) Wir werden ja schon aufgefordert, Geld zu Orden zu bewilligen. Wenn die Wirren beendet sind, wird ein großer Einzug der siegreichen Truppen durch das Brandenburg'sche Thor veranstaltet werden, mit dem Lorbeerumkränzten Weltmarktsamt an der Spitze; Reden werden gehalten und große Begeisterung wird an den Tag gelegt werden. Ja, schämen wir uns denn gar nicht vor dem Ausland? Das ganze Ausland hat ja gelacht schon über den Auszug Waldsees, über die Reden, über die Thätigkeit des Photographen und des Kinematographen, über die Aufnahme welthistorischer Momente, wie die Gattin des Grafen in den Wagen steigt, und Waldsee steht daneben, den Marschallstab in der Hand, aber den Empfang in München, wo drei Prinzen auf dem Bahnhof standen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Dann die ganze Kriegsführung! Es ist wirklich das Allerrenoteste, was jemals vorgekommen ist, aber befehlt von dem

Geiste der Sunnenpolitik (wie ich es nenne), einer Sunnenpolitik, wie sie Graf Bülow schon in seiner an die Mächte gerichteten Note ausgesprochen hat. Man braucht ja nur die zahlreichen Beispiele aus den Briefen, die da aus China kommen, zu lesen, die nicht bloß in den sozialdemokratischen Zeitungen, sondern in allen andern Blättern mit Ausnahme der „Kreuzzeitung“ natürlich, zur Veröffentlichung gelangt sind. So wird denn mitgeteilt, wie man 76 Chinesen zu Gefangenen gemacht und 68 von ihnen erschossen habe, indem man sie mit den Döpsen zusammenband und vor einen Graben stellte, so daß sie gleich hineinfallen konnten. Nur acht blieben also am Leben. Zehn Herren, die solche und noch gräßlichere Greuelthaten heraufbeschworen haben, währlich ihnen sollte die Schamröthe ins Gesicht steigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Schreiber dieses Briefs sagt zum Schluß: Man vermag schließlich, daß man einmal Mensch gewesen ist. Kann es schlimmere Anklagen geben? Ein anderer Briefschreiber nennt das Gemel „einfach Nord“. In vielen liberalen und konservativen Blättern finden sich solche Briefe. Ein großes Maß von Verrohung wird durch diesen Krieg in die Jugend getragen. Das ist die schlimmste Folge dieser Sunnenthaten. Und wenn Sie wieder einmal mit der Pädagogik kommen, werden wir Ihnen diese Ursachen vor Augen führen. (Sehr gut! links.) Redner giebt weitere Stillblüten aus den Briefen von Chinakriegern. Man hat jetzt in England Angst vor den verrohten Transvaalkriegern, die jetzt in die Heimat zurückkehren. Wüssen wir nicht die gleiche Verführung hegen? Ueberall bei uns war man aber die barbarische englische Kriegsführung entrüstet. Dieselben Leute, die den Splitter im Auge des Gegners sehen, sie sehen den Balken im eigenen Auge nicht. (Heiterkeit.) In China geht man wahrhaft hunnisch vor und nicht Feldmarschall ist Graf von Waldsee, sondern einfach Exekutionmarschall. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.)

Ich muß nun auf die Bedingungen zurückkommen, die man den Chinesen gestellt hat. Herr Graf Bülow, wenn man Sie aufrichtig gegen sich selbst sind, können Sie von Ihren Forderungen doch nicht den Frieden erwarten. Denken Sie doch an die Thaten von Schill und des General York. Nichts anderes als diese Patrioten gethan, haben jetzt auch die Chinesen gethan. Also vernünftiger Forderungen, ich will gar nicht sagen: menschlichere. Das deutsch-englische Abkommen ist das Vernünftigste, was in den letzten sechs Monaten geschehen ist. Ich wünschte nur, daß es vier Jahre früher erfolgt wäre. Dann hätten wir Kiautschou nicht, auch nicht Wai-wei-wai und alle die andern Räuberereien nicht. Herr Lieber warnte hier so sehr vor der Weltpolitik. Aber das erste Mal fiel das Wort, als der Reichstag sein 25jähriges Jubiläum feierte, und als dann die Marinevorlage kam, da fiel Herr Lieber um und das Centrum mit ihm. Auch hier waren Sie (nach dem Centrum) wieder die blamierten Europäer. (Große Heiterkeit.) Nur der Reichstag kann der Weltpolitik Einhalt thun. Der Reichskanzler kann es nicht, er ist zwar Reichskanzler, aber — na, ich will weiter nichts sagen. (Große Heiterkeit.)

Noch eins will ich bemerken. Wenn Sie eine Aufrechterhaltung des Verbots der Waffeneinfuhr wollen, so legen Sie hinzu ein Verbot der Anlegung von Waffen- und Militärstationen seitens der fremden Mächte. Das Verbot der Waffeneinfuhr wird übrigens den Chinesen nicht viel schaden. Erinnern Sie sich des Wortes: Wenn wir die Waffen der Europäer nicht kaufen können, so kaufen wir uns ihre Ingenieure. Sie sehen, die Chinesen werden schlau. Wir verlangen vor allem einen Friedensschluß unter Bedingungen, die dem chinesischen Reich seine Existenz als Nation weiterhin möglich machen. Jede Nation hat ein Recht auf Leben. Man muß den Chinesen Bedingungen machen, daß sie leben können, sonst hören die Kriege nicht auf. Wir wollen überhaupt eine Politik, wie sie vernünftigen Menschen gebührt. Wir halten eine Politik, wie sie jetzt getrieben wird, für verhängnisvoll und bekämpfen sie deshalb. Wir können es nicht mit unserem Gewissen vereinbaren, für eine solche Politik auch nur einen Pfennig zu bewilligen, das erklären wir im Namen der Fraktion, im Namen des Reichs, im Namen der Menschlichkeit. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz:

Das Pathos des Herrn Vorredners kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich seine Rede mehr durch Länge als durch Tiefe auszeichnet. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig rechts.) Es war eine Reihe von Citaten und Dokumenten, die man im Augenblick nicht kontrollieren kann. Das wird dann aneinandergerichtet und so entwickelt sich das Bild einer mehrstündigen Rede. Es ist sehr schwer, aus dieser Menge das herauszufinden, was eigentlich den Faden seiner Rede bildet. Er ist natürlich zunächst davon ausgegangen, daß die verbündeten Regierungen einen Verfassungsbruch begangen haben. Das ist ja die bequemste Grundlage einer längeren Rede. Es haben ganz ähnliche Verhältnisse bereits zweimal vorgelegen. Damals ist vom Reichstag anerkannt worden, daß richtig verfahren worden sei und nachträgliche Genehmigung in dem einen Fall, Judenthät in dem andern Fall erteilt worden. Herr Lieber wie Herr Bebel fragten, wie die ostasiatischen Kontingente verfassungsrechtlich zu beurteilen seien. Wenn die Formationen in irgend einer Form fortbestehen sollten, so bedarf es selbstverständlich der gesetzlichen Regelung. Die Fahnen mußten den Kontingenten neu verliehen werden, es ginge gar nicht anders. Herr Bebel nicht den Europäern an den Wirren in China die Schuld bei. Es handelt sich aber um die Wredung von Verträgen, die doch von beiden Seiten gehalten werden müssen und von den Europäern respektiert worden sind. Die chinesischen Fahnen waren nicht in so schöner Verfassung, wie Abg. Bebel sie geschildert hat. Er hat nicht gesagt, was die Missionen Gutes geleistet, was sie für Schulen gegründet haben. Die Forderungen unserer Missionare konnten wir nicht ruhig mit ansehen, das wäre unser unwürdig gewesen. Die Chinesen haben die Verträge nicht gekündigt, auch keinen Krieg erklärt, sondern damit angefangen, unsre Landesteile zu schlachten. Ich komme zu ganz andern Schüssen über die chinesischen Wirren wie Herr Bebel. Ich meine die Regierung von China ist deshalb in so mißlicher Lage, weil sie den revolutionären Elementen nicht Einhalt gethan hat. (Rufe links: Wuh!) Eine Regierung muß sich auf die gemäßigten Elemente stützen. (Sehr richtig!) Herr Bebel sprach von einer Revolte, wenn in Berlin eine fremde Gesandtschaft sich Uebergriffe erlauben sollte. Er scheint zu glauben, daß es in Berlin keine Regierung giebt. Die Noththat in Peking konnte von uns nicht ungefüßt bleiben. Wir wären sonst nicht Deutsche, sondern Philister. (Sehr gut! rechts.) Herr Bebel schwärmt für das Volkstheor. In China scheint man sich das Bebel'sche Volkstheor zum Muster genommen zu haben. (Rufe links: Wuh, au!) In ganz kurzer Zeit haben die europäischen Heere ihre Ueberlegenheit erwiesen. Das Kriegesrecht ist ganz genau geregelt, es ist gesetzlich festgelegt. Kechnische Bestimmungen, wie die kriegsrechtlichen sind ja auch im Inlande maßgebend bei der Verhängung des Belagerungszustands. Herr Bebel hat neue Briefe vorgelesen. Ich möchte ihn bitten, mir die Originale zugänglich zu machen. Ist das wahr, was dort berichtet wird, so müssen die Verüder solcher Greuelthaten bestraft werden, auf Schändung von Frauenzimmern steht die Todesstrafe. (Hört! hört! links.) Dann hat Herr Bebel wieder den Kaiser in die Debatte gezogen. Ich bedauere es jedesmal, wenn hier im Reichstag Bruchstücke aus Reden des Kaisers verlesen werden. Die Nation kennt ihren Kaiser gut genug, sie weiß, daß er für sein Volk lebt und Tag und Nacht für das Volk sorgt. Ich kenne keinen Herrscher, dem Grausamkeit so fern liegt, wie unsren Kaiser. Wenn er von seinen Truppen Abschied nimmt und sie vor allen Gefahren warnt, die ihnen dort begegnen können, so muß ich sagen: wenn er in einem solchen Augenblick in eine gewisse Erregung kommt, so ist das menschlich schön.

Die Truppen, die nach China gehen, sind eingehend instruiert worden, und wenn wirklich eine Rede unsres Kaisers einer mißverständlichen Auffassung unterlegen hat, so können diese Folgen gar

nicht eintreten, die Herr Bebel psychoppezeit hat. Herr Bebel sprach viel von den Hunnen.
Das Wort Hunnen ist jetzt in die socialdemokratischen Blätter übergegangen. Es stammt aus einer Bremerhavener Kaiserrede. Aber es ist aus dem Zusammenhang gerissen worden; man muß den ganzen Gedankengang der Kaiserrede nachgehen und dann kann man doch die Auffassung vertreten, daß der jetzige Feldzug gegen China ein Nachfeldzug aus wegen der Greuelthaten ist, die die Mongolen vor 1500 Jahren in Deutschland und Europa begangen haben. (Stürmische Heiterkeit.) Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher. (Stürmische Heiterkeit.)
Man muß die Weltgeschichte nicht nach Einzelheiten betrachten, sondern sie nehmen, wie sie im Ganzen ist. (Erneute Heiterkeit.) Herr Bebel hat nun weiter einige Scherze über den Weltmarschall Grafen Waldersee gemacht. Ich finde es nicht hübsch, über einen alten verdienten Herrn in dieser Weise zu reden. Graf Waldersee verdient nach seiner ganzen Vergangenheit allgemeine Achtung. Wenn er sein verantwortungsvolles Amt in seinen hohen Jahren in solcher Weise angetreten hat, so danken wir ihm das alle. Ihm zur Last zu legen, daß er verschiedene Oratorien hat entgegengenommen, ist nicht angängig. Graf Waldersee ist jeder Melange abhold, er ist die Einfachheit selber. Die Oratorien legen mir Zeugnis ab von der großen Verehrung, die er in der Bevölkerung genießt.
Herr Bebel meinte, die Soldaten, die jetzt nach China gegangen sind, würden der Verrohung anheimfallen. Das ist nicht zu befürchten; im Gegenteil, die Leute werden früher zurückkommen, als sie gegangen sind. Weisfall rechts, Zischen links.)
Hierauf verlag das Haus die weitere Debatte auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß der Sitzung um 7 Uhr.

Sociales.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1899. Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ veröffentlicht aus dem uns noch nicht zugegangenen Band 194 der Statistik des Deutschen Reichs eine ausführliche Darstellung der amtlichen Ermittlungen über die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1899. Danach wurden für das Berichtsjahr 1898 Streiks gezählt, von denen bereits 14 vor dem 1. Januar 1899 begonnen hatten, und von denen 48 am 31. Dezember des genannten Jahres noch nicht beendet waren. Von 1288 innerhalb des Jahres 1899 zur Beendigung gelangten Streiks wurden überhaupt 7121 Betriebe betroffen, in denen bei Ausbruch der Bewegung 256 858 Arbeiter, darunter 40 062 im Alter von unter 21 Jahren beschäftigt waren; 1090 Betriebe wurden zum völligen Stillstand gebracht. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden belief sich auf 99 338 Personen (15 600 unter 21 Jahren), von denen 71 968 (8943 unter 21 Jahren) bei Ausbruch des Streiks zur sofortigen Arbeitsüberlegung bereitgestellt waren, während die übrigen als konfliktträchtig bezeichnet wurden.

Wir haben schon früher an dieser Polizeistatistik der Kontraktbrüchigen Kritik geübt und sie ist ja dann auch in den neueren Aufnahmen, die in den Wertjahresberichten zur Reichs-Statistik veröffentlicht sind, nicht mehr geführt worden.

Konfliktstreiks werden im ganzen 1019, Abwehrstreiks 268 gezählt. Vollen Erfolg hatten die Streikenden in 831, teilweisen in 429, überhaupt keinen Erfolg in 528 Fällen. Unter den Fällen des teilweisen Erfolgs wurden diejenigen besonders berücksichtigt, in welchen den Streikenden voller oder teilweiser Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohns (238 Fälle) oder in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit (22 Fälle) oder endlich in Bezug auf beide Forderungen gleichzeitig (84 Fälle) zu Teil wurde.

Aussperrungen werden insgesamt 23 gezählt, von denen 23 innerhalb des Berichtsjahrs ausgeschlossen wurden. Von den letzteren wurden 127 Betriebe mit 8290 beschäftigten (darunter 408 unter 21 Jahre alten) Arbeitern betroffen, von denen überhaupt 5298 Personen (219 unter 21 Jahren) ausgesperrt und außerdem 1728 infolge der Aussperrung zum Feiern gezwungen wurden.

Die „Verl. Korresp.“ bemerkt noch dazu:
Die Ergebnisse der amtlichen Fählung sind mit den im September veröffentlichten Ziffern der gewerkschaftlichen Statistik nur schwer vergleichbar, da in beiden Statistiken die Fählung der Streikfälle, ihre Untercheidung in Einzelstreiks und Gruppenstreiks nach verschiedenen Grundsätzen erfolgt, in den amtlichen Feststellungen die Höchstzahl, in den gewerkschaftlichen Ermittlungen die Gesamtzahl der Streikenden erfasst werden soll usw.
In Zukunft soll übrigens diese zusammenfassende Statistik früher erscheinen als dieses erste Mal.

Christliche Wahlweise.

Die Ord-Krankenkasse der Handwerker in Aresfeld wird schon seit Jahren von den „Christlichen“ beherrscht. Die Beamten der Kasse sind die besten Agitatoren der Centrumspartei, und der Aufstaltsarzt ist ebenfalls ein Führer der schwarzen Garde.

In dieses Volkwerk legten nun die organisierten Arbeiter vor zwei Jahren Wreife, ihre Vertreter wurden mit überwältigender Majorität gewählt.

Der Vorstand erklärte nach der Wahl, der größte Teil der Vertreter könne nicht angelassen werden, weil sie kein Jahr Mitglied der Kasse wären, und berief die Vertreter der christlichen Liste, die unterlegen war, zur Generalversammlung. Hiergegen protestierten die zu Recht gewählten Vertreter und die Generalversammlung wurde sofort von der Aufsichtsbehörde inhibiert. Obwohl nun im Statut kein Verbot enthalten war, welcher die einjährige Mitgliedschaft für die Vertreter vorschreibt, hielt der Vorstand der Kasse es für gut, bis zum Ministerium sein vermeintliches Recht zu suchen.

Heberall wurde er abgewiesen, und da sich die Antwort schon im Mai d. J. in seinen Händen befand, hätte er unverzüglich eine Generalversammlung einberufen müssen, damit die Jahresrechnung abgenommen würde, denn seit April 1898 hatte keine Generalversammlung mehr stattgefunden; das selb ist aber nicht ein. Auch hielt es die Aufsichtsbehörde nicht für nötig, die Vertreter, welche seiner Zeit bei ihr gegen das Vorgehen des Vorstandes protestiert hatten, in Kenntnis zu setzen. So wirtschaftete der Vorstand unter den Augen der Behörde in der ungeschicklichen Weise weiter, bis am 26. September das Gewerkschaftsstatut unter der Hand eine Mitteilung erhielt, wonach der Entscheid des Ministers schon, wie bemerkt, seit Mai gefallen sei. Auf eine sofortige Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde wurde den Vertretern am 26. Oktober, also einen Monat später, mitgeteilt, daß die Amtsperiode der im Jahre 1898 gewählten Vertreter doch am 31. Dezember dieses Jahres beendet sei und der Vorstand im Einverständnis mit der Behörde beschlossen habe, statt einer Ergänzungswahl, welche sich durch Ausschreiben verschiedener Vertreter notwendig mache, die Neuwahl sämtlicher Vertreter vorzunehmen. Infolge der Mächtigkeiten des Vorstandes hatten also die rechtmäßig gewählten Vertreter ihre Amt gar nicht ausüben können.

Der Vorstand, welcher einseh, daß er verloren hatte, wenn er keine Kniffe anwandte, wies auf ein probates Mittel, sich den Sieg zu sichern. Er machte am 6. November im „General-Anzeiger“ bekannt, daß an der Vertreterwahl, welche am 15. und 16. November stattfand, nur derjenige teilnehmen könne, der im Besitz einer Legitimationskarte sei.

Diese Karten wurden nur am 6., 7. und 8. November einige Stunden jeden Tag ausgegeben, und zwar morgens während der Arbeitszeit und nachmittags von 3 bis 5 Uhr, also einer für Arbeiter sehr unpassenden Zeit. Auf diesen Streich war das Gewerkschaftsstatut nicht vorbereitet und es hatten sich denn auch nur etwas über 300 organisierte Arbeiter die Karten besorgen können. Dagegen hatte der Vorstand allen „gutgesamten“ Mitgliedern und Unternehmern Karten und Stimmzettel ins Haus geschickt und daher wurden denn auch die Christlichen mit einer Mehrheit von 250 Stimmen gewählt. Hunderte von organisierten Arbeitern, welche ihr Quittungsbuch oder eine Bescheinigung

des Prinzipals als Legitimation vorzeigten, wurden zurückgewiesen.

Gegen diese „Wahl“ ist sofort Protest erhoben worden und dem Protest muß unter allen Umständen stattgegeben werden. Hoffentlich gelingt es dem Vorstand jetzt nicht, die Sache wieder zwei Jahre hinzuhalten, denn dann hätte 4 Jahre keine Abrechnung stattgefunden. Diese Gesetzesverletzung kann doch sogar „Christlichen“ nicht zu gute gehalten werden.

Eine Banarbeiterschuh-Verordnung ist jetzt auch für Stettin erlassen worden. Ihre Vorschriften decken sich mit der Mehrzahl der bisher anderwärts erlassenen. Vorteilhaft untercheidet sie sich von diesen dadurch, daß sie schon anwendbar wird, wenn auf einem Ban gleichzeitig mehr als 6 Personen beschäftigt sind, während sonst diese Vorschrift meist auf mehr als 10 Personen geht.

Zur Kohlennot. Die Stadtverordneten in Gießen haben sich auf Antrag der socialdemokratischen Mitglieder auch mit der Kohlennot zu beschäftigen gehabt. Der socialdemokratische Antrag ging dahin, daß die Stadt Kohlen kaufen und zum Selbstkostenpreis wieder an Gemeindeglieder abgeben solle. In einer Kommission, die den Antrag vorzubereiten hatte, wurde der Antrag abgelehnt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat aber nach eingehender Verantwortung des socialdemokratischen Vertreters Orbig die Kommission abfahren lassen und mit großer Mehrheit den socialdemokratischen Antrag angenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen des Proletariats!

Da Ihr es zu allererst seid, die unter den traurigen Verhältnissen zu leiden haben, so muß Euch Hilfe gebracht werden, müßt Ihr Euch auch selbst zu helfen suchen. Ob Ihr als Ehefrauen von Arbeitern mit deren läglichem Verdienst nicht auskommen könnt und deshalb mitverdienen müßt, oder ob Ihr als alleinstehende Arbeiterinnen Euch um das Stüchlein Brot plagen müßt, immer werdet Ihr von den Leuten, für die Ihr arbeitet, noch schlechter behandelt, noch mehr ausgepreßt, als die männlichen Arbeiter. Ihr arbeitet zu viel, Ihr verdient zu wenig. Ihr richtet Eure Gesundheit zu Grunde und habt nichts von Eurem Dasein. Das soll anders werden! Die socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage werden nächstens Gesetze zu Eurem Schutze, zur Abschaffung Eurer schlimmsten Leiden beantragen. Damit die andern Parteien, die Eure Bedrücker und Ausbeuter vertreten, aber auch einsehen müssen, daß Ihr wirklich unzufrieden seid und Hilfe gebt, ist es notwendig, daß Ihr alleinst die Versammlungen besucht, die in den nächsten Tagen stattfinden werden, und in denen über Arbeiterinnenfragen gesprochen werden wird. Durch Euren zahlreichen Besuch der Versammlung gebt Ihr Eurer Zustimmung zu dem, was die Socialdemokratie für Euch erkämpfen will und wird, wenn Ihr sie so unterstützt. Kommt also selber in die Versammlungen und bringt alle Frauen und Mädchen aus Arbeiterfamilien, die nicht selber unre Zeitung lesen, mit, damit auch sie ihre Not begreifen lernen und auch ihnen geholfen werde.

Versammlungen.

Schraubendreher-Versammlung. Am Donnerstag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, fand im Saale des Herrn Graumann, Rannpstr. 27, eine öffentliche Versammlung der Schraubendreher statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen hochinteressanten Vortrag über das Thema: „Die Gewerkschaftsorganisation früher und ihre Bedeutung für die Gegenwart“ hielt. Der rühmende Beifall, welchen der Referent am Schluß seiner Ausführungen erzielte, zeugte am besten dafür, wie sehr er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Diskussionsredner sprachen sich meist im Sinne des Referenten aus. Unter Verschiedenem wurden die Anwesenden aufgefordert, sich recht rege an der Morgen- und Abendversammlung, welche alle 14 Tage Sonntags beim Gastwirt Wegel, Drangelstr. 187, abgehalten wird, zu beteiligen. Nachdem verschiedene Mißstände und die Preisrückfälle bei der Firma Siemens u. Halske, Charlottenburg, und C. F. Stärke, Blumenstr. 77, gerügt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine gut besuchte Versammlung des Vereins der Hiesener Verleger und Umgegend tagte am 15. November im Lokal Schulz, Grenadierstr. 33. Zunächst hielt Adolf Hoffmann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Weltpolitik und der Krieg mit China“. Eine Diskussion wurde, weil Redner alle Fragen der Weltpolitik genügend beleuchtet hatte, nicht beliebt. Alsdann wählte die Versammlung an Stelle des Mitglieds Renz das Mitglied Pflüger in den Ausschuss. Ferner legte der Vorstand der Versammlung einen Antrag vor, wonach diejenigen Hiesener, die von den Arbeitgebern wegen agitatorischer Thätigkeit gemahnt werden, mit 3 Mk. täglich bis zur Dauer von 3 Wochen unterstützt werden. Derselbe wurde einstimmig angenommen. Alsdann gab der Vorsitzende bekannt, daß er bereits vor 14 Tagen beim Gewerbeamt beantragt habe, daß eine Sitzung der Schlichterkommission stattfinden möge behufs Regelung von entstandenen Differenzen, jedoch scheint an einer schnellen Regelung der Angelegenheit kein großes Interesse vorhanden zu sein. Es wurde beschlossen, in kurzer Zeit eine Versammlung stattfinden zu lassen und die Sache auf die Tagesordnung zu setzen.

Schwarzarbeiter-Verband. Im Bezirk Süden und Südost hielt am Montag Genosse Max Schäfer einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Robesbierre“. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Bei Verbandsangelegenheiten wurden die Verhältnisse in den Werkstätten von Seibt, Schmidt und Herxlerath, Riefe, Meiser, Gase, Wödel und Franz einer eingehenden Kritik unterzogen. Es wurde festgestellt, daß in allen genannten Betrieben die Kollegen durch ihre Gleichgültigkeit die schlechten Zustände herbeigeführt haben. Besonders hart beurteilt wurden die Kollegen bei Seibt, welche die Durchführung einer Fabrikordnung möglich machten, die Entlassungsscheine einführten.

Der Schwarzarbeiter-Verband hielt am 12. November seine regelmäßige Bezirksversammlung für Wedding und Gesundbrunnen ab. Dr. Wehl sprach über: Der Schnaps und die Arbeiter. Der Vortrag, an den sich eine lebhaft Diskussion knüpfte, fand großen Beifall. Alsdann gab Döhling die Abrechnung über das vom Bezirk veranstaltete Wohltätigkeitsvergnügen zu Gunsten eines kranken Kollegen. Nach derselben betrug die Einnahme 230,70 Mk., die Ausgabe 74,65 Mk., somit ein Ueberschuß von 156,05 Mk. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 18. November, tagte die hiesige Gewerkschaftskommission. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Beratung und Beschlußfassung über das neu ausgearbeitete Regulative, wurde folgender Beschluß gefaßt: Abg. 3 desselben wird mit den Anträgen Herzer, Ehring, Griz, Albert und Reibe zur nochmaligen Bearbeitung an die Regulative-Kommission zurückgewiesen. Die Abg. 1, 2 und 4 werden definitiv angenommen. — Behufs Aufstellung von Kandidaten zur Wahl in der Orts-Krankenkasse wurde der Ausschuss in Gemeinschaft mit dem Obmann beauftragt, sich mit dem Vorstand der betreffenden Kasse in Verbindung zu setzen und die Angelegenheit zu regeln. Unter Gewerkschaftlichen erhielt der Obmann den Auftrag, innerhalb 14 Tagen eine Delegiertenversammlung einzuberufen. Von der Wahl eines Ausschussmitglieds nahm man Abstand und soll der bisherige Delegierte bis zu dem im Januar stattfindenden Neuwahlen weiter fungieren. Griz beantragt die Berichte im „Vorwärts“. Es fehlten die Vertreter der Textilarbeiter und Sattler.

Schöneberg. Im ihren Mitgliedern und auch denjenigen Arbeitern, die es noch nicht sind, Gelegenheit zu geben, sich die nötige Aufklärung zu verschaffen, wie sie sich bei eintretenden Krankheiten

und Unglücksfällen zu verhalten haben, sind die freien Hilfs-Krankenkassen Schönebergs zusammengetreten, um zunächst durch belehrende Vorträge obige Ziele zu erreichen. Am Donnerstag, den 15. d. M., fand die erste zu diesem Zweck einberufene öffentliche Versammlung statt. Dieselbe war so gut besucht, daß der große Saal des Klubhauses, Hauptstr. 5/6, bis auf den letzten Platz gefüllt war. Herr Dr. med. Steiu-Schöneberg referierte über das Thema: „Wie verhalten wir uns bei eintretenden Unfällen und Krankheiten?“ Reicher Beifall lohnte dem Redner nach Beendigung seines lehrreichen Vortrags, an den sich eine ausregende Diskussion schloß.

Preis. Eine gutbesuchte öffentliche Volksversammlung tagte am 13. d. M. im Landhaus zu Preis. Dort hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Kantium und Konsumvereine“. Schließend wurde das Bureau der Versammlung beauftragt, an den Vorstand der Konsum-Gesellschaft Berlin-Mitte den Antrag auf Errichtung einer Verkaufsstelle in Preis zu stellen. Als passend dazu wurde ein Laden in der Werderstraße empfohlen.

Weißensee. Hier fand am 10. d. M. eine Volksversammlung statt, in der Frau Dunder-Kelzig über Kohlenmet referierte. In der Diskussion erklärte sich Kain mit der Referentin einverstanden und richtete an die anwesenden Frauen die Mahnung, sich gewerkschaftlich zu organisieren und hauptsächlich ihre Männer dazu anzuhalten. Die Vertrauensperson, Frau Lange, gab den Bericht vom verflossenen Jahre. Die Einnahme betrug 15,20 Mk. Neugewählt wurde als Vertrauensperson Frau Krause, Lehrstr. 93, als Revisoren Frau Lange und Frau Schmutz. Die Vorsitzende, Frau Werner, richtete zum Schluß an die anwesenden Frauen die Bitte, die Vertrauensperson zu unterstützen.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Heute abend 8 1/2 Uhr im „Gewerkschafts-Haus“: Versammlung. 1. Geschäftliches; 2. Steinbildhauer-Angelegenheiten; 3. Berichtendes.

Öffentlicher Vortrag. Mittwoch (Vortrag), den 21. d. M., abends 8 Uhr, „Sohn Heskale“, Benkstr. 20: Vortrag des Volkswirtschaftlers Paul Schirmer über „Prolet-Vererbung und Kritik des Konsums“. Freie Aussprache.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 7. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Truppen und Draußen. — Die dreijährige Dienstzeit der britischen Truppen. Von Ernst Däumig. — Die Volksgewerke in der Schweiz. Von Dr. J. Herz in Herion. — Kommunale Wohnungspolitik. Von Paul Hirsch. (Schluß). — Die Klänge der Interkontinente in England. Von Peter Stöckel. — Literarische Rundschau: Dr. J. A. Schöner, La journée de huit heures au point de vue de l'hygiène et de la médecine publique. (Der Achtstundentag vom hygienischen Standpunkt.) Karl Schöle, Kaufmann und Sonettist. — Heutestage: Der Tod. Von Gustav Wich. Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Rann.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 24 des 10. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Proletarische und bürgerliche Frauenbewegung. — Die Durchführung des Arbeiterinnen-Schutz-Gesetzes im kanton Zürich. Von D. Zimmer. — Wandlungen. — Eine Entgegnung. Von Clara Jettin. — Schuß der Arbeiterinnen bei Festgeburten. Von Dr. Kurt Freudenberg-Berlin. — Aus der Bewegung. — Heutestage: Die Tanne. Von Elisabeth Gnaul-Röhne. (Schluß). — Bis zum letzten Tropfen Blut. Von Friedrich Stolze. (Gedicht). — Patente von Lily Braun und Clara Jettin: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Vermischtes.

Der „Wahre Jakob“ Nr. 24 mit dem Titelbilde „John Bull's Triumphzug“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschilde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends halt.

Masses de fer. Die gewünschte Adresse: Kunst, Mittel des Reichstags, Berlin, Reichstagsgebäude am Königsplatz. — Da Briefkasten für nicht redaktionelle Zwecke ungenügend, so geben Sie, bitte, ein Postamt und beliebige Adresse für postlagernde Antworten an.

Am Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, erlebte ein sanfter Tod meine treue Freundin 11465*
Frau Wwe. Bertha Geppert
geb. Adler
von ihren langen, schweren Leiden, was ich hierdurch schmerzhaft anzeigen. Frau Anna Frohland.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Richthof, Behend, Färbenbranner Weg, statt.

Sonabendabend 5 Uhr entließ ich nach schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager, Vater, Großvater, der Klempnermeister
Hermann Klein
im 68. Lebensjahre. 11455
Dies zeigen hierdurch an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Wwe. Klein nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. November, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Richthof (Migdorf) aus statt.

Verein der Zimmerer
Berlins u. Umgegend.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kamerad
Franz Kirchhoff
am Sonntag, den 17. d. M., verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Novbr., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Richthof, Pringelallee, aus statt.
257/15) Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer
Eingelchr. Gustafstr. 2 (Hamburg).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer
Franz Kirchhoff,
Brunnerstr. 38 wohnhaft, am 17. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Richthof in der Pringelallee aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand. Bezirk II.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Eingelchr. Gustafstr. 2 (Hamburg).
(Oertliche Verwaltung Berlin D.)
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 15. November das Mitglied
Wilhelm Kunasch,
Steinweg, Feldzeugmeisterstr. 4, gestorben ist. 152/15
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
der
Steinducker u. Lithographen
zu Berlin.
Am Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Vereinshaus, Sophienstr. 15, die zweite
Ordentliche
General-Versammlung
vom 1900 statt. Sämtliche Herrn Vertreter der Arbeitgeber und der Kassemitglieder werden hierzu ergeben eingeladen. 11455
Tagesordnung:
1. Wahl des Ausschusses für die Vorbereitung der Jahresrechnung.
2. a) Neuwahl des Vorstandes (33 des Statuts) aus der Zahl der Vertreter der Arbeitgeber; b) Neuwahl des Vorstandes (33 des Statuts) aus der Zahl der Vertreter der Arbeitgeber; c) Neuwahl von 3 Vorstandsmitgliedern (auf Grund § 40 des Statuts); d) Ergänzung für den Vorstand (33 1 Arbeiter).
3. Berichtendes.
Der Vorstand.
J. A. u. M. Stuhlmann, Vorsitzender.

Riesen-Stofflager
Krausenstr. 14 I. Etage,
fertigt nach Mass unter
garantierter Sitz:
Gediegene Winterpaletots für 36 M.
Gediegene Anzüge für 40 M.
Gediegene Bauskleider für 10-12 M.
Achtung!
Buhag großes Barfische, wie alljährig, empfiehlt mit Parteilos Albert Bergmann, Stolpe u. Ad. Dori.
Wittmoos: **Wuchpindid**
Großes
Restaurant W. Erbe,
1579*
Gartenstr. 25.

Neue Auflagen gegen die „Große“.

Als die Berliner Stadtverordneten-Versammlung sich am letzten Donnerstag mit der durch den Straßenbahnbetrieb der „Großen“ verursachten Verkehrsunfälle befaßte, verlas Stadtbaurat Krause bekanntlich ein Schreiben der Direktion, worin diese sich nicht allein glattweg von jeder Schuld freisprach, sondern auch die läßliche Behauptung aufstellte, daß sie alles mögliche thue, um Unglücksfälle zu verhüten und sich schließlich über Stadtverwaltung und Publikum mit dem billigen Witz lustig machte, daß der beste Schutz der Selbstschuß des Publikums sei.

In dieser Angelegenheit kommt eine Zuschrift zur rechten Zeit, welche die der Sachlage nach kompetentesten Beurteiler, nämlich die organisierten Straßenbahner an uns richten. Das Schreiben lautet:

Es ist erfreulich, daß endlich auch die Stadtverordneten-Versammlung sich mit erhöhter Aufmerksamkeit dem Unglücksbetrieb der „Großen Berliner“ zuwendet. Bei den zahlreichsten Unglücksfällen besonders der letzten Zeit ist dies nicht nur im Interesse des Publikums sondern auch der Straßenbahnerführer dringend notwendig. Ist man doch nur allzu leicht geneigt, die ganze Schuld auf das Konto der Angestellten zu setzen, während tatsächlich die Ursachen dieses Zustands ganz wo anders zu suchen sind. Es soll keineswegs von uns behauptet werden, daß die Führer der elektrischen Wagen an allen Fällen unschuldig seien, wohl ist dies aber in mindestens 85-90 Prozent der Fälle. Der Hauptschuldige ist und bleibt die Betriebsleitung der Straßenbahn, mag sie dies noch so sehr bestreiten.

Es sei hier daran erinnert, daß die Straßenbahner gelegentlich ihrer Lohnbewegung auch die Forderung aufstellten, die Betriebsleitung habe für schleunige Einführung schneller und sicherer wirkender Bremsen zu sorgen. Heute, nach 6 Monaten ist diese Forderung noch immer nicht erfüllt worden, und es ist auch nichts davon zu merken, daß die Betriebsleitung in Zukunft Schritte nach dieser Richtung hin unternehmen wird. Der Öffentlichkeit ist die ganze Gefährlichkeit des Betriebs der Großen Straßenbahn wohl noch lange nicht zur Genüge bekannt, da von Zusammenstößen, bei denen nicht die Gesundheit oder das Leben von Menschen in Gefahr gerät, kaum Aufhebens gemacht wird. So haben beispielsweise die Wagen von 11 Bahnhöfen, die die Hälfte des Betriebs ausmachen, im Monat Oktober nicht weniger als 267 Zusammenstöße gehabt. Gut 75 Proz. davon hätten nach Ansicht der Führer aber vermieden werden können, wenn das Fahrmaterial in Ordnung gewesen wäre. Aber hier liegt eben der Hase im Pfeffer. Auf fast allen Bahnhöfen existiert eine Anzahl sogenannter „Mordwagen“, die ob ihres mit regelmäßiger Sicherheit verlaufenden Brems- und Steuermechanismus von den Führern gefürchtet sind. Kein Führer fähig freiwillig einen solchen jedem Angestellten bekannten Wagen; gegen den Zwang von oben aber ist man ohnmächtig. Wer sich weigert, einen solchen angeblich reparierten Wagen zu nehmen, wird ohne Gnade sofort vom Dienst abgelöst und entlassen. Mit einer bestimmten Sicherheit können aber die Führer berechnen, daß ihnen mit solchen Wagen trotz aller Vorsicht ein Malheur passiert und wenn kein Menschenleben dabei zu Grunde geht, so ist dies als ein besonderer Glücksstand zu betrachten. Ist dann ein Unglück geschehen, dann staltet der Führer die Meldung ab und der Wagen geht in die Reparaturwerkstätte. Dort beschäftigt aber die Betriebsleitung statt tüchtiger und erfahrener Arbeiter ganz junge, kaum aus der Lehre entlassene Schloffer, die den Defekt oberflächlich untersuchen und nach ihrem Gutdünken ausbessern, wonach der Wagen wieder nach dem Bahnhof gebracht wird und der bekannte Kreislauf von neuem beginnt. Nicht genug an solcher, an sträflichen Leichtsinns grenzender Handlungsweise erhalten auch noch Werkmeister, Hofverwalter und Inspektoren jährliche Prämien, deren Höhe sich nach den Materialersparnissen richtet, die sie auf dem Bahnhöfen oder in der Werkstätte gemacht haben. Dieses System ist in Anbetracht der Gefährlichkeit des elektrischen Straßenbahnbetriebs nicht genug zu verurteilen und trägt einen großen Teil der Schuld an den Zusammenstößen.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß wenn ein Führer einen nicht mehr funktionierenden Wagen auf den Bahnhof gefahren hatte, dieser selbe Wagen, ohne daß irgend etwas daran geändert worden wäre, von dem Hofverwalter einem anderen Führer überwiesen wurde. Unter solchen Umständen braucht sich die Berliner Bevölkerung über die häufigen Unglücksfälle, bei denen sie Gesundheit und Leben verliert, nicht zu wundern.

Dazu kommt noch, daß oft ganz ungenügend ausgebildete Führer einen Wagen anvertraut erhalten, und weil ihnen die Fahrsicherheit, Kaltblütigkeit und Ruhe mangelt, häufiger kollidieren, ohne daß man ihnen in Wirklichkeit eine Schuld beimessen könnte.

Ebenso wenig Rücksicht wie auf die Sicherheit des Publikums nimmt aber die Betriebsleitung auf die Angestellten. So ist die vor sechs Monaten infolge der Bewegung gewählte Kommission der Fahrer aber hat die Betriebsleitung nach und nach wieder verlängert und das Bezahlen der Löhnerstunden wird schon auf den meisten Bahnhöfen vergessen. Von Lohnzetteln ist noch immer keine Spur zu finden, und so ist es den Angestellten unmöglich, zu kontrollieren, ob sie die von ihnen geleistete Mehrarbeit auch bezahlt erhalten.

Was die Betriebsangestellten zu ihrer und des Publikums Sicherheit vor allem verlangen, das ist eine behördliche Untersuchung der Auflagen, die an dieser Stelle von neuem gegen die „Große“ erhoben werden müssen. Drei Viertel aller Unglücksfälle könnten vermieden werden, wenn vorab darüber gewacht würde, daß die Betriebsleitung nur völlig intaktes, von unabhängigen Sachverständigen geprüftes Wagenmaterial verwendet.

So die Zuschrift, die wir hiermit den Behörden, welche die „Große“ in letzter Zeit mit den bekannten Vergünstigungen bedachten, zur eingehenden Beachtung überweisen.

Der Prozeß gegen die Harmlosen

nahm gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I seinen Anfang. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Oppermann, eröffnete die Sitzung um 10 Uhr. Die Anklagebehörde wird vom Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbziel vertreten, dem der Staatsanwalts-Affessor Schwickath zur Seite steht, der Angeklagte v. Kröcher wird vom Rechtsanwalt Dr. Schwindt, v. Kaiser von den Rechtsanwältinnen Justizrat Sello und Leonhard Friedmann, v. Schachtmeier vom Rechtsanwalt Dr. Alfred Fuchs und Wolff von den Rechtsanwältinnen Bronker und Chodjiesner vertreten.

Ein kranker Angeklagter.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung nimmt der Verteidiger von Kröcher das Wort zu einem Antrage. Er teilt dem Gerichtshof mit, daß er am Sonnabend einen eingeschriebenen Brief von Herrn v. Kröcher aus Wien erhalten habe, worin dieser ihm anzeige, daß er genötigt sei, infolge eines Herzleidens von seiner bisher gehaltenen Absicht, persönlich zum Termine zu erscheinen, zurücktreten zu müssen. Der Verteidiger legt Atteste des Prof. Dr. Rothmager und des Dr. med. Glase aus Wien vor, wonach dem Herrn v. Kröcher bescheinigt wird, daß er infolge eines akuten, durch Gelenksrheumatismus hervorgerufenen Herzleidens außer Stande sei, die Aufregungen der Verhandlung zu ertragen. Der Verteidiger beantragt deshalb, die ganze Verhandlung zu vertagen, da die Interessen des Angeklagten v. Kröcher nicht in gehöriger Weise wahrgenommen werden könnten, wenn gegen ihn später allein verhandelt werden würde. Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbziel widerspricht diesem Antrage. Das angelegte Herzleiden des Herrn v. Kröcher könne schwerlich ein akutes sein, sondern so viel er wisse, sei es schon der Grund des Abgangs v. Kröchers vom Militär gewesen. Er beantrage, der Gerichtshof möge beschließen,

v. Kröcher zu verhaften,

damit derselbe strobriestlich verfolgt werden könne. Unter allen Umständen bitte er aber, gegen die drei übrigen Angeklagten zu verhandeln, damit die von so langer Hand vorbereitete Sache endlich zum Abschluß gelange. Der Verteidiger Wolffs, Rechtsanwalt Bronker, schließt sich dem Antrage auf Vertagung an, indem er ausführt, daß das Verhältnis zwischen Wolff und v. Kröcher ein so enges gewesen sei und durch Tausende von Fragen geklärt werden müsse, daß eine Trennung nicht gut möglich sei und sich die Notwendigkeit einer Vertagung im Laufe der Verhandlung ohnehin herausstellen würde. — Der Oberstaatsanwalt widerspricht auch diesem Antrage.

Der Gerichtshof beschließt, gegen den Angeklagten v. Kröcher, der nicht als genügend entschuldigt anzusehen sei und von dem angenommen werde, daß er sich böswillig der Verhandlung entziehen wolle, den Haftbefehl zu befehlen und gegen die übrigen drei Angeklagten, v. Kaiser, v. Schachtmeier und Wolff, in die Verhandlung einzutreten. Der Verteidiger v. Kröchers, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, erstirnt sich darauf aus dem Gerichtssaal.

Kranke Zeugen.

Beim Aufrufe der Zeugen stellt sich heraus, daß verschiedene fehlten, einige sind unauffindbar, andere entschuldigen sich mit Krankheit. An Stelle des Kriminalkommissors v. Mantuffel, der in der früheren Verhandlung eine so eingreifende Rolle spielte, ist diesmal der Kriminalkommissor v. Krach geladen, da Herr v. Mantuffel durch Wahrnehmung verschiedener Termine in anderen Städten am Erscheinen verhindert ist. Sämtliche Zeugen werden bis Dienstagvormittag 9 1/2 Uhr entlassen, da der heutige Tag durch die Vernehmung der Angeklagten in Anspruch genommen wird.

Die Personalien der beiden ersten Angeklagten sind bekannt. v. Kaiser war Regierungsrat und Lieutenant der Reserve, v. Schachtmeier Kaufmann und Unteroffizier der Reserve. Das Hauptinteresse nimmt der dritte Angeklagte, der im Jahre 1847 geborene Kaufmann

Hermann Wolff

in Anspruch. Mit einem „Leider“ räumt er die ihm vorgehaltenen Vorstrafen ein. Es sind deren acht, zumeist wegen Diebstahls und Betrugs, darunter eine wegen schweren Diebstahls zu 3 Jahren Zuchthaus und eine andre wegen gewerbmäßigen Glücksspiels zu 4 Monaten Gefängnis und entsprechender Geldstrafe. Nach dem Anklagebeschluß sollen die drei Angeklagten sich in den Jahren 1897 und 1898 des gewerbmäßigen Glücksspiels schuldig gemacht haben. Sie bestreiten dies sämtlich. Der Präsident beginnt mit der eingehenden Vernehmung des

Angeklagten v. Kaiser.

Derselbe giebt an, daß er der Sohn eines Obersten sei. Als ihm im Jahre 1894 eine Erbschaft zugefallen sei, habe er seinem Hange zum Spiel leichter nachgeben können, als bisher, er habe sich aber stets in der besten Gesellschaft bewegt, zu der ihm als Regierungsrat der Weg offen stand. Es sei damals zumeist „Baccarat“ gespielt worden, wobei der abendliche Umsatz bisweilen ein recht erheblicher gewesen sei. Die Spielergesellschaft habe schon längere Zeit bestanden und im Jahre 1894 ihre Zusammenkünfte in dem Hotel Bauer in der Schadowstraße abgehalten. Dann seien die Spielabende nach dem Victoria-Hotel, nach Café Red in der Passage und dann nach andren Lokalen verlegt worden. Man habe stets Extrazimmer gehabt. Es sei vorgekommen, daß sich das Spiel bis zum folgenden Tage ausgedehnt habe und hohe Summen umgelegt wurden. Als das Victoria-Hotel den Besitzer wechselte, habe sich die Spielergesellschaft gespalten und der zahlungsfähigere Teil habe sich bald in diesem, bald in jenem Lokal getroffen. Im Anfange 1898 habe diese Gesellschaft, zu der auch der Angekl. v. Kaiser gehörte, bei Hecht in der Jägerstraße ein ständigeres Lokal gefunden. Der Angeklagte v. Kaiser erzählt, daß er von v. Kröcher zu Albrecht nach der Mohrenstraße geführt worden sei, wo ebenfalls eine Spielergesellschaft, zumeist aus

Offizieren

bestehend, ihre Zusammenkünfte hielt. Zu damaliger Zeit sei ein Dr. Kornblum ein häufiger Gast bei Albrecht gewesen. Derselbe habe Affären gehabt, die ihn bei manchen andren Spielern unliebbar machten, es seien noch andre Personen bei der Gesellschaft gewesen, welche nicht genügende Mittel besaßen, um so hoch pointieren zu können wie es geschah, und die deshalb ihren Verpflichtungen im Fall eines Verlusts nicht nachzukommen vermochten, andererseits aber etwaige Gewinne rücksichtslos eintrieben. Um sich von diesen Elementen zu trennen, habe v. Kröcher den Vorschlag gemacht, im Centralhotel einige Zimmer zu mieten und dort eine bessere Organisation einzuführen. Im Oktober 1898 sei die neue Gesellschaft gegründet worden, wobei auch er — der Angeklagte v. Kaiser — mitgewirkt habe. Schon zur Zeit, als die Gesellschaft im Victoria-Hotel zusammentrat, habe sie die Bezeichnung „Club der Harmlosen“ geführt. Die Vorbereitungen habe in der Villa des Grafen Königsmark in Groß-Lichterfelde stattgefunden, anher dem Grafen Königsmark hätten die Herren v. Kröcher, Graf von und zu Egloffstein und der Angeklagte von Kaiser an den Beratungen teilgenommen. Es sei dabei festgestellt worden, wer eine Einladung erhalten sollte. Wie der Angeklagte sich zu erinnern glaubt, waren 500 Einladungen in Aussicht genommen, die in erster Linie an

solche Offiziere

gerichtet werden sollten, die als wohlhabend und als spiel-lustig bekannt waren. Die Verwaltung des Centralhotels habe mit der Gesellschaft nur einen Vertrag auf die Dauer von 6 Monaten abgeschlossen wollen und die „Gründer“ der Gesellschaft seien darauf eingegangen. Die Konstituierung der Gesellschaft wurde durch ein glänzendes Mahl eingeweiht. Zur Bedienung der Mitglieder wurden zwei Kellner angenommen, die für den Abend je 20 M. erhalten sollten. Am 15. Oktober 1898 sei der Vertrag mit der Verwaltung des Centralhotels zu Stande gekommen. Der Mitgliedspreis betrug monatlich 1000 M. Beim Eröffnungsbüchse sei auch der Angeklagte Wolff zugegen gewesen, den er bei Albrecht kennen gelernt habe. Derselbe sei ein

angenehmer Spieler

gewesen. Der Angeklagte meint, damals über Wolffs Vergangenheit gehört zu haben, daß derselbe früher Referendar gewesen sei. Jedenfalls habe der Angeklagte Wolff sich stets so bewegt, als gehöre er den besten Kreisen an. Wolff sei stets den Mitgliedern gegenüber

sehr gefällig gewesen, er, der Angeklagte, habe ihn auch wiederholt mit Vorleben in Anspruch genommen, die natürlich prompt zurück-erstattet worden seien. Nach Beendigung des Eröffnungsbüchse habe der Angeklagte Wolff sich erboten, zuerst die Bank zu legen, und großmütiger Weise hingugefügt, daß er die Hälfte des Gewinns der Bank opfern wolle. Die erste Bank von 500 M. habe Wolff verloren, dann einen gleichen Betrag nachgelegt und bei der zweiten gewonnen, so daß der Bank gegen 250 M. zugeflossen seien. Die Einnahmen seien auf die Namen v. Kröcher, v. Kaisers und v. Schachtmeiers bei der Deutschen Bank hinterlegt worden. Besonders des Sonnabends sei der Verkehr sehr lebhaft gewesen, weil dann die

Offiziere von Kaiserhalb

nach Berlin kamen, um zu spielen. An diesen Abenden seien gegen 40 000 Mark umgelegt worden. Die Grafen Königsmark und v. Egloffstein seien bald wieder aus dem Klub ausgeschieden, weil sie nicht im Stande waren, die Spielverluste zu tragen und ihren Verpflichtungen nachzukommen. So sei es dem Angeklagten v. Kaiser wenigstens mitgeteilt worden. Schließlich seien v. Kaiser und v. Kröcher die einzigen Direktoren gewesen, die dann den Angeklagten v. Schachtmeier als dritten Direktor mit heranzogen.

Der Angeklagte v. Kaiser erzählt sodann, daß die Verwaltung des Centralhotels Bedenken gehabt habe, weiter in ihren Räumen spielen zu lassen und deshalb an das Direktorium des Anstalts gestellt habe, den Vertrag vom 15. November aufzulösen. Es sei nun das Hotel Mirava in Aussicht genommen und mit dem Besitzer desselben ein Vertrag zum Abschluß gekommen. Es wurden drei Räume gemietet für den monatlichen Preis von 600 M.

Das „Aufkliegen“ des Klubs.

Die Zusammenkünfte hätten nur bis zum 16. Dezember 1898 gedauert, dann sei der erste Artikel im „Berl. Tageblatt“ erschienen, in dessen Folge der Klub auseinanderging. Die zur Sprache kam, wurde Wolff in demselben vielfach der „Oberförster“ genannt. Die Papiere des Klubs hat, nachdem dieser aufgelöst war, der Angeklagte v. Schachtmeier an sich genommen und vernichtet. Nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels ist v. Schachtmeier mit Herrn v. Kröcher in die Wohnung des Wolff gegangen und haben von ihm verlangt, daß er sich gegen die Vorwürfe in der Redaktion reinigen sollte. Wolff hatte dies zugefagt, hat es aber unterlassen, weil, wie er sagt, vor allen Dingen sich seiner Vergangenen schäme und diese nicht aufgerührt zu sehen wünschte. Wolff hat die Herren auf den nächsten Tag wieder bestellt, sie haben ihn aber nicht mehr getroffen, da er schon ins Ausland gereist war. Herr v. Kaiser giebt zu, auch außerhalb Berlins gelegentlich im Anschluß an Pferdekennen gespielt zu haben.

Als Gesamtergebnis seiner Spielsucht giebt Angeklagter v. Kaiser die Summe von 56 000 M. Verlust an. Auf eingehendes Verfragen des Vorsitzenden giebt v. Kaiser Auskunft über den Stand seines Vermögens in den einzelnen Stadien seiner Tätigkeit am Spieltische. Er ist inzwischen aus der Staatskassiere entlassen worden, hat sich seit Ablauf der ersten Verhandlung längere Zeit im Auslande aufgehalten und ist im Juni zurückgekehrt, um sich zur erneuten Verhandlung zu stellen. Da diese doch noch längere Zeit anstand, hat er sofort auf dem Rittergut Lichtenberg bei Berlin eine Stellung als juristischer Beirat angenommen. Er verweilt auf Vorhalt darauf, daß seine Mutter, der er schon einmal geerbtet hatte, ihm mit ihrem Vermögen beigegebenen wäre, so weit sie es konnte und daß sie neuerdings 20 000 M. für ihn anstandslos bezahlt habe. Als die Sache zum Klappen kam, betrug seine Aktiva 2800 M., seine Passiva 8850 M., ferner hatte er aus dem Spiel noch anstehende Forderungen in Höhe von 17 000 M., dagegen hatte er selbst noch Spielschulden. Seine große Spielleidenschaft giebt der Angeklagte unbedingt zu, bestreitet aber, ein ganz besonders kalblütiger Spieler gewesen zu sein. Auch die Behauptung der Anklage, daß er bei unbarem Spiel besondere Nachsicht für sich verlangte, selbst aber solche Nachsicht bei der Eintreibung von Spielschulden nicht übte, bestreitet der Angeklagte, doch hält ihm der Vorsitzende aus mehreren Briefen vor, daß er in einem Falle gegen einen Offizier, der nach seiner Meinung ein sehr luxuriöses Leben führte, ihm aber die Spielschulden nicht bezahlte, sehr rigoros vorgegangen sei und mit der Anzeige beim Regimentskommandeur gedroht habe. Eine ähnliche Strenge soll er in andren Fällen haben walten lassen, u. a. hat er gegen den Generalassistenten Moos Wechsel einlagen, und ihn schließlich zum Offenbarungseid vorladen lassen. Er behauptet, daß er dem Herrn Moos gegenüber absichtlich so rigoros vorgegangen sei, weil dieser selbst gegen einen seiner Freunde rücksichtslos aufgetreten sei. Die weiteren Auslassungen des Angeklagten beziehen sich auf seine Art zu spielen und zu regulieren und auf die Vorkäufe, die ihm Frau Voigt, zu der er damals zarte Beziehungen unterhielt, zu Spielzwecken gab. Diese vom Angeklagten zurückgezählten Vorkäufe betragen 1897/98 im ganzen 14 600 M. Die Vernehmung wird Dienstag 9 1/2 Uhr fortgesetzt werden.

Prozeß Sternberg.

Bei Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtsdirektor Müller ist der Angekl. Luppia nicht anwesend. Da auch eine Entschuldigung nicht eingegangen ist, beschließt der Gerichtshof die Vernehmung des Angeklagten und beauftragt gleichzeitig einen medizinischen Sachverständigen, festzustellen, ob Herr Luppia etwa durch plötzliche Krankheit verhindert ist. Der in die Wohnung des Angeklagten enthandte Votum teilt mit, daß Herr Luppia dort nicht anwesend war, sondern nach Auskunft des Dienstpersonals mit seiner Ehefrau ausgegangen sei. Staatsanwalt Kraut beantragt, einen Haftbefehl zu erlassen und die Verhandlung gegen Luppia von der übrigen Verhandlung zu trennen. Die Verteidigung macht geltend, daß bei dem Angeklagten Luppia möglicherweise ein Irrtum vorliegen könne und daß eventuell auch ohne Anwesenheit des Herrn Luppia die Verhandlung fortgesetzt werden möge, um nicht die Verhandlung aufzuhalten. Der Staatsanwalt widerspricht diesem Vorschlage, da er die Anwesenheit des Angeklagten Luppia in dessen Strafsache bei jedem der zu vernehmenden Zeugen für notwendig erachtet. Der Gerichtshof beschließt den

Erlaß eines Haftbefehls gegen Luppia

und behält sich die Beschlußfassung über die weitere Prozedur bis nach Ablauf einer halbständigen Frist vor. Alsdann setzt der Vorsitzende die Beratung bis Dienstag 12 Uhr aus. Der Gerichtshof ist der Meinung, daß er eine Trennung der Sache auf Grund des § 230 der Strafprozeßordnung nicht aussprechen kann, da noch nicht festgestellt, daß der Angeklagte absichtlich sich fern hält.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf die heute abend 8 Uhr, Friedrichstr. 230 (früher Martens) stattfindende Versammlung noch besonders aufmerksam gemacht. Genosse Göhre, Pastor a. D., spricht über „Christentum und Socialdemokratie“. Recht zahlreichen Besuch erwarten die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Den Genossen die Mitteilung, daß morgen am „Buhg“ ein Ausflug nach Albershof stattfindet. Treffpunkt: „Restaurant Schmauser“. Abfahrt vom Oberlinder Bahnhof um 10,45 Uhr morgens. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Die Genossen des linken Kreises die Mitteilung, daß am Mittwoch (Vortrag) eine Herrenpartei stattfindet. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr, Bahnhof Alexanderplatz. Fahrt bis Erker, von dort zu Fuß nach Köpenick. Für Nachzügler Treffpunkt Köpenicker Straße 10, Restaurant „Glückauf“, am Wasser. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Weihensee. Der sozialdemokratische Arbeiterverein veranstaltet Mittwoch eine Veranstaltung der „Verliner Stadtblauerei“, Vorfahrtstraße 5. Treffpunkt vormittags 9 Uhr bei Gary, Vechterstr. 5. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Da des Vortages wegen die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins ausfallen muß, findet dieselbe am Mittwoch, den 28. November statt. Der Vorstand.

Kommunales.

Unentgeltlichkeit der Desinfektion?

Die alte Streitfrage, ob die Desinfektion der Wohnung, der Möbel usw. bei ansteckenden Krankheiten von der städtischen Desinfektionsanstalt unentgeltlich ausgeführt werden soll oder nicht, erfährt durch den neuesten Bericht über den Betrieb der Anstalt wieder eine interessante Beleuchtung. Bei der Anstalt I in der Reichensbergerstraße, die hier allein in Betracht kommt — denn die im südlichen Ostend untergeordnete Anstalt II dient nicht dem öffentlichen Verkehr — gingen im Jahre 1898/99 7203 Meldungen ein. Auf Grund dieser Meldungen wurden 4222 Wohnungen, 242 238 in den Wohnungen befindliche Gegenstände und 138 418 an die Anstalt eingelieferte Gegenstände desinfiziert. Von den Meldungen kamen 7117 aus Berlin selbst, und zwar 4277 aus Vorderhäusern und 2840 aus Hinterhäusern. In Hinterhäusern wohnen demnach von den die Anstalt benutzenden Parteien nur 40 Proz. „Dies Resultat“, bemerkt dazu der Bericht, „dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die wohlhabenderen Klassen, denen es auf die Kosten weniger ankommt, häufig auch bei nicht ansteckenden Krankheiten die Desinfektionsanstalt in Anspruch nehmen. Während die gutsituierten Klassen der Einwohner meistens aus eigenem Antrieb desinfizieren lassen, so geschieht dies bei den ärmeren Volksklassen zumeist erst auf Grund polizeilicher Anordnung.“ Das ist dieselbe Klage, die in den Vorjahren Jahr für Jahr wiederkehrt. Wenn es den städtischen Behörden ernstlich darum zu thun wäre, die Abweigung der ärmeren Bevölkerung gegen die Desinfektion ihrer Wohnungen und Möbel zu befähigen, dann würden zu allererst sie selber mit deren Mitteln darauf hinzuwirken suchen. Man sorge z. B. dafür, daß es der ärmeren Bevölkerung nicht „auf die Kosten anzukommen“ braucht, d. h. man führe die Desinfektion für jedermann unentgeltlich aus, wie es von den Arbeitervereinen im roten Hause wiederholt gefordert worden ist. Das würde zwar die Abweigung weite Kreise der Bevölkerung gegen die Desinfektion nicht völlig beseitigen, aber es würde nicht wenig zur Befämpfung des besagten Uebelstandes beitragen. Es ist wahr, daß schon jetzt unentgeltlich desinfiziert wird, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und Unbemitteltheit nachgewiesen wird. Die unentgeltliche Leistung gilt auch nicht als Armenunterstützung. Aber die Bedingung des Nachweises der Unbemitteltheit läßt die Sache doch zu sehr als Armenunterstützung erscheinen, als daß sie viele zur Benutzung der Anstalt ermutigen sollte. Von Rechtswegen sollte aber die Anstalt gerade von den Unbemittelten viel stärker in Anspruch genommen werden als von den Wohlhabenden, während heute noch immer das Umgekehrte der Fall ist. Die ärmeren Bevölkerung wird viel stärker von ansteckenden Krankheiten heim gesucht, und die Gefahr einer Weiterverbreitung ist hier infolge der ungünstigen Wohnungsverhältnisse viel größer. Der Bericht beklagt, daß beispielsweise bei Schwindsucht meist nur die Sachen zur Desinfektion gegeben werden und seltener auch die Desinfektion der Wohnung verlangt wird. Es wurde überhaupt nur 490 mal bei Schwindsucht desinfiziert (117 mal Wohnungen mit Sachen, 377 mal nur Sachen, 86 mal Kranfentwagen), während in Berlin in jedem Jahre gegen 4000 Personen an Schwindsucht sterben. In größerem Umfange wird die Anstalt nur bei Diphtherie benutzt, 1898/99 in 4046 Fällen. Hier ist die Desinfektion vorgeschrieben und wird gegebenenfalls von der Polizei erzwungen.

Der Rückgang der Sparer.

Der Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse hat nicht erst in diesem Jahre, sondern schon im vorigen deutliche Anzeichen einer Wendung zum Schlechteren aufzuweisen. Ueber das mit dem 31. März 1900 abgelaufene letzte Rechnungsjahr heißt es in dem Bericht des Sparassensuratoren: „Bemerklich in der Entwicklung der Sparkasse im Berichtsjahre ein Stillstand nicht eingetreten ist, so hat doch die Vermehrung des Gesamtvermögens der Sparkassen-Interessenten mit der in den früheren Jahren nicht Schritt gehalten. Im vorletzten Jahre war das Guthaben der Sparer von etwa 210 1/2 Millionen Mark um 15 1/2 Millionen auf etwa 226 Millionen gestiegen, im letzten Jahre stieg es nur noch um rund 15 Millionen auf 241 Millionen. Für Leute, die gern wissen möchten, wieviel da auf den Kopf der Bevölkerung kommt, teilt der Bericht mit, daß das am Schluß des vorletzten Rechnungsjahrs 124,55 M., am Schluß des letzten 129,84 M. waren. Die Zunahme betrug also im Lauf des letzten Jahres 4,99 Mark, während sie im vorletzten noch 5,60 Mark, im drittletzten sogar noch 6,33 Mark betragen hatte. Die Zahl der Spartausbewerber stieg im vorletzten Jahre von 608 888 um 33 884 auf 642 552, im letzten nur noch um 32 852 auf 675 204. Die auf die einzelnen Bücher getragenen Summen schwanken von 1 M. bis über 10 000 M., der Bericht giebt aber nach altem Brauch auch das Durchschnittsguthaben pro Buch an. Das stellte sich am Schluß des vorletzten Rechnungsjahrs auf 351,40 M., am Schluß des letzten auf 356,93 M. Die durchschnittliche Zunahme pro Buch betrug also im Lauf des letzten Jahres 5,47 M., während sie im vorletzten noch 6,14 M. und im drittletzten noch 7,63 M. betragen hatte. Diese Rückgänge sind dadurch zu stande gekommen, daß in der letzten Zeit die Auszahlungen stärker als die Einzahlungen gestiegen sind. Vom vorletzten zum letzten Jahre sind die Einzahlungen von rund 49 1/2 Millionen Mark um etwa 3 1/2 Millionen auf 53 Millionen gestiegen, dagegen die Auszahlungen von rund 40 Millionen Mark um mehr als 4 Millionen auf über 44 Millionen. Die Einzahlungen übertrafen die Auszahlungen im vorletzten Jahr um beinahe 9 1/2 Millionen Mark, im letzten nur noch um etwas über 9 1/2 Millionen. Der Bericht sagt, die Vermehrung der Auszahlungen sei „in der Hauptsache wohl dem Umstände zuzuschreiben, daß viele Sparer ihre Einlagen aus der Sparkasse zurückzogen, um sie bei den stark gewisshen Ausfällen vorteilhafter in Wertpapieren mit höherem Zinsfuß anzulegen.“ Es wird aber auch mancher Sparer darunter gewesen sein, der es zwar nicht für vorteilhafter, aber für notwendiger hielt, seine abgehobenen Einlagen mit zur Befreiung seines infolge der allgemeinen Preissteigerung kostspieliger gewordenen Lebensunterhalts zu verwenden. Ramentlich vor den steigenden Hausmieten dürften nicht wenige Sparer den Rückgang angetrieben haben. Der Bericht enthält zum erstenmal auch eine Uebersicht über den Geschäftsbetrieb jeder einzelnen der über die ganze Stadt gestreuten, jetzt 94 Annahmestellen, die bekanntlich nur Einzahlungen annehmen, aber nicht auszahlen. Die meisten Einzahlungen wurden Lützowstraße 80 und Lützowstr. 56 gemacht, 783 543 M. auf 12 760 Bücher und 690 205 M. auf 10 815 Bücher. Dagegen wurden in der Annahmestelle Lützowstr. 86 nur 27 040 M. auf 401 Bücher eingezahlt. (Einen noch geringeren Verkehr hatten nur zwei Stellen, die aber erst im Berichtsjahr neu eingerichtet wurden.) Ein Schluß auf den Spartrieb der Bevölkerung der verschiedenen Stadtteile kann aus den Angaben der Uebersicht nicht gezogen werden. In

den Annahmestellen wird ja nur etwa ein Viertel der gesamten Sparbeträge eingezahlt. Die meisten Sparer machen ihre Einzahlungen lieber auf der Sparkasse selber, und auch wenn sie eine Annahmestelle dazu benutzen, so wählen sie nicht gern die benachbarte. Vorwürdig ist in dieser Beziehung, daß gerade die Annahmestelle mit dem geringsten Verkehr nicht neben derjenigen mit dem zweitstärksten Verkehr liegt (Lützowstr. 86 bzw. 56). Es bedarf übrigens wohl nicht erst des Hinweises darauf, daß die Möglichkeit zu sparen bei den Bewohnern der Lützowstraße schwächer beinahe ebenso groß sein kann, wie bei denen der Lützowstraße.

Tokales.

Der Prozeß gegen den „Klub der Harmlosen“.

Der im vorigen Jahre ein so lebhaftes Interesse in der Öffentlichkeit erregte, wird nun noch einmal in Madrid verhandelt. Das Reichsgericht hat das freisprechende Urteil aufgehoben, indem es darlegt, der Begriff des „gewerbmäßigen Glückspiels“ sei verkannt worden, und nach den gerichtlichen Feststellungen habe eine Verurteilung erfolgen müssen.

So müssen denn die adeligen jungen Herren, von denen kaum einer etwas erwerben konnte, die es aber alle trefflich verstanden, die ihnen gar nicht gehörenden Vermögen ihrer Eltern und Geschwister zu verbergen, diese jungen Herren, die im Punkte einer gewissen äußerlichen Ehre so ängstlich sind, müssen nun noch einmal das Licht der Öffentlichkeit in ihr Lotterleben hineinleuchten lassen.

Große Ueberraschungen kann der Prozeß diesmal nicht mehr bringen. Das gewissenlose Treiben des Nachwuchses der Aristokratie, der berufen ist, im Momentum und dem Geere darzulegen die höchsten Würdenstellen des Staats zu bekleiden, dieses Treiben wurde schon im vorjährigen Prozeß aufgedeckt. Wir sehen, welche moralischen Anschauungen in den zum „Herrschen“, zum Regieren, zum Nichten über das Vergehen anderer berufenen Kreisen herrschen, und das kulturgeschichtliche Interesse, welches dieses Sittenbild hat, ist eigentlich erschöpft. Es handelt sich jetzt mehr um eine juristische Streitfrage.

Neu ist nur, daß jetzt auch Herr Hermann Wolff auf der Anklagebank Platz genommen hat, der in seinen jüngeren Jahren zahlreiche Gefängnis- und Justizstrafen wegen Diebstahls erlitten und der sich dann auf die Hochstapeler geworfen hat, — was ihn nicht hinderte, später in die exklusivsten Gesellschaftskreise Zutritt zu bekommen und in den Korridoren des Centralhotels mit dem Prinzen von Thurn und Taxis Arm in Arm zu promenieren. In der That ist Wolff durchaus das, was man eine „aristokratische Erscheinung“ nennt. Er ist groß, hat eine Miene, trägt einen dunklen Schmelzbart, tadellose Lackschuhe und ist etwa von einem Hauptmann in Civil oder einem höheren Beamten in keiner Weise zu unterscheiden. Deshalb ist es den Angeklagten wohl zu glauben, daß sie in ihm nur den harmantanten „Standesgenossen“ erblickten, mit dem sie gut spielen und der sich auch willig anpumpen ließ. Ob dieser harmante „reiche Rentier“ freilich im Klub der Harmlosen der eigentlich Harmlose gewesen ist, wie er es darstellt, das wird ja die weitere Verhandlung lehren.

Zu bedauern ist es, daß der junge Herr von Krüger, der Generalsohn, der das Leben von einer so heitern Seite zu nehmen wußte, diesmal nicht erschienen ist. Professor Rothnagel in Wien hat ihm einen Herzklappenfehler attestiert, der ihm ausreißende Prozeßverhandlungen verbiete. Aber da er früher auch die Aufregungen der Spielplätze ertragen hat, so beschloß das Gericht, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen. Möglich, daß er sich daraufhin selbst stellt. Deswegen, wo er sich aufzuhalten scheint, liefert jedenfalls wegen gewerbmäßigen Glückspiels nicht aus.

Ebenso wie auf der Anklagebank zeigen sich auch auf der Bank der Verteidiger einige Veränderungen. Der immer weichevolle Dr. Sello hat sich diesmal, an Stelle des kleinen temperamentvollen Schachtel, Herrn Leonhard Friedmann, einen Cousin des berühmten Frey, als Mitverteidiger erkoren. Die allergrößte Veränderung aber hat sich im Gerichtshof vollzogen. Wer denkt nicht noch mit Freude an Herrn Denjo zurück, den lebenswürdigen, milden Vorsitzenden, der den Angeklagten das Verteidigungsrecht bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gewährte. Jetzt aber ist Vorsitzender der Kammer Herr Oppermann, der bis dahin Staatsanwalt gewesen war und das Verhör der Harmlosen in ungewöhnlich strenger Weise leitete. Herr v. Kasper, der gestern zuerst exminiert wurde, mag sich wohl die schönen Zeiten des Herrn Denjo zurückgewünscht haben.

Der Kriminalkommissar von Rantuffel, der im vorigen Prozeß so ungünstig abschnitt, daß seine Vernehmung oft die Gestalt annahm, als ob er auf der Anklagebank säße, war diesmal weder als Zeuge noch als Sachverständiger im Gerichtssaal erschienen, wenn man ihn auch auf den Korridoren zu sehen Gelegenheit hatte. An seiner Statt wurde vom Oberstaatsanwalt Jenbiel ein Kriminalkommissar v. Kraut eingeführt, um an den Verhandlungen teilzunehmen.

Allem Anschein nach werden die harmlosen Aristokraten diesmal nicht unbedrückt davon kommen, wenn auch die im vorigen Jahre von ihnen abgelesene Untersuchungshaft von acht Monaten sie davor schützen wird, noch einmal hinter den eisernen Gardinen die Erben und die anderen Lederbissen der Staatsverpflegung essen zu müssen.

Vom Berliner Kommunal-Kapitalismus.

Häufig genug hatten wir schon Veranlassung, uns mit den Arbeiterverhältnissen in den städtischen Gasanlagen und Wasserwerken zu befassen. Wie unsern Lesern bekannt ist, nutzt der Berliner Kommunalbetrieb mit dem ihm eignen Gerechtigkeitsgefühl seine Wehrheit im roten Hause dazu an, unsere Genossen gerade die Verwaltungsdeputationen zu verschließen, welchen diese städtischen Anstalten unterstellt sind. Mag es nun die Ursache oder die Folge dieser Fernhaltung des sozialdemokratischen Einflusses sein, jedenfalls besteht die Thatfache, daß gerade die Gas- und Wasserwerke am häufigsten Anlaß zu berechtigten Klagen der Arbeiter geben. So zahlen die Gaswerke ihren dienstfähig gewordenen Arbeitern und deren Hinterbliebenen durchschnittlich die niedrigsten Unterhaltungen, die in der städtischen Verwaltung überhaupt üblich sind. Nicht viel höher sind die betreffenden Sätze in der Wasserwerksverwaltung, während z. B. die Kanalisationsverwaltung, in der unsere Genossen vertreten sind, Unterhaltungen zahlt, die durchschnittlich um über 100 M. höher sind als die der Gasverwaltung; dies geschieht, obwohl die Kanalisation Zuschüsse erfordert, während die Gas- und Wasserwerke alljährlich Millionenüberschüsse liefern. Und noch günstiger liegen die Verhältnisse bei der Straßenreinigung, denn hier hat schon vor längerer Zeit durch Gemeindebeschluß eine grundsätzliche Regelung der Unterhaltungen stattgefunden, die einigermaßen wenigstens berechtigten Ansprüchen entspricht.

Der soeben erschienene Verwaltungsbericht der städtischen Gaswerke für 1899 enthält nun eine neue soziale Großthat der Gasdeputation. Es heißt dort:

„Das Bürgerliche Gesetzbuch hat aus socialpolitischen Gründen einzelne Bestimmungen aufgenommen, die dem bisherigen Recht fremd waren, und im Hinblick auf welche die Arbeitsordnungen einer Revision bedürftig sind. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs z. B. schließt im Falle des Fehlens einer entgegenstehenden Vereinbarung eine Lohnkürzung für entschuldigte Arbeitsverhinderung von nicht erheblicher Dauer aus. Wenn wir auch dieser Bestimmung im Prinzip zustimmen können, so halten wir sie doch in ihrer allgemeinen Fassung für bedenklich. Wir haben sie daher gleich vielen anderen großen Betriebsunternehmungen in der neuen Arbeitsordnung aufgehoben. Hierdurch soll die Zahlung von Lohn in Fällen entschuldigter Arbeitsverhinderung durchaus nicht ein für allemal ausgeschlossen sein. Die Ver-

waltung soll vielmehr nur freie Hand behalten und wird in jedem einzelnen Falle nach pflichtmäßigem Ermessen zu prüfen haben, ob eine Lohnkürzung statzufinden hat oder nicht.“

Also der hoch wackerliche allen extremen Forderungen abhold Reichstag schafft „aus socialpolitischen Gründen“ einen Paragrafen, der den Arbeiter „bei entschuldigter Arbeitsverhinderung von kurzer Dauer“ — nur um solche handelt es sich — vor Lohnverlusten schützen soll. Diese Bestimmung findet die Billigung einer Regierung, innerhalb deren Graf Kosobowsh in sozialen Dingen entscheldet. Der „freilich“ Berliner Gasdeputation aber erscheint das „bedenklich“. Darum stimmt man zwar „im Prinzip“ der Bestimmung zu, fällt aber thatsächlich ihre Anwendbarkeit aus. Natürlich nicht etwa „ein für allemal“! Den „guten Kindern“ der Verwaltung wird vielmehr in einschlägigen Fällen die Lohnkürzung erspart bleiben. Ob aber bei den anderen die „pflichtmäßige“ Prüfung des Einzelfalles immer ein so günstiges Ergebnis haben wird, ist mehr als zweifelhaft.

Recht bezeichnend ist auch der Hinweis auf die „vielen anderen großen Betriebsunternehmungen“, die ähnlich vorgegangen sind. Auf den Gehanten, daß ein Gemeindebetrieb viel weitgehendere sociale Verpflichtungen hat als „andere große Betriebsunternehmungen“, daß, was den letzteren erlaubt, darum bei dem ersteren nicht immer angemessen ist, scheint man gar nicht gekommen zu sein. Bei der Zusammenfassung der Gasdeputation ist das freilich kein Wunder. Ist doch u. a. eins der Mitglieder, der Herr Stadtverordnete Läden, der bei der Beratung der „Vorlage betr. die Bewilligung von Aufgehalt an die städtischen Arbeiter“ es als „Pflicht“ der Stadt bezog, „auch mit den großen industriellen Gesellschaften, die in Berlin und anderweitig bestehen, etwas konform zu gehen, damit wir nicht etwas thun, was anderen sehr lästig werden kann“.

Die Hilfsarbeiter der städtischen Straßenreinigung, die im Winter bei starken Schneefällen zur Befreiung des Schnees angenommen werden, sollen künftig 2,00 M. Tageslohn erhalten. Der Magistrat hält in Uebereinstimmung mit der Straßenreinigungsdeputation den bisherigen Lohn von 2,25 M. nicht mehr für ausreichend. Die Straßenbahngesellschaft, sagt er in der Begründung seiner Vorlage, zahlt ihren Hilfsarbeitern nicht unter 2,50 M., infolge dessen ziehen sich die Arbeitstuchenden zuerst hier und erst im Notfall bei der Verwaltung der Straßenreinigung an, so daß diese, wie es im letzten Winter wiederholt der Fall war, leicht in Verlegenheit kommen kann. Diese Ausführungen zeigen, daß es auch jetzt noch dem Magistrat nicht darum zu thun ist, daß die Straßenreinigungs-Hilfsarbeiter auskömmlich bezahlt werden. Nur im Interesse der Straßenreinigung will er sich zu der Lohnkürzung bequemen. Die Stadtverordneten-Versammlung wird die Vorlage voraussichtlich annehmen, da sie schon im Frühjahr den Magistrat um eine Erhöhung der Löhne ersucht hat. Die Arbeitervertreter haben eine solche Bekanntheit bereits zu einer Zeit für notwendig gehalten und gefordert, wo die Mehrheit der Versammlung noch der entgegengelegten Ansicht war.

Von der „König Friedrich-Stiftung“. Die famose Magistratsvorlage, betreffend die Errichtung einer Stiftung zur Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen für minder bemittelte Einwohner Berlins, ist jetzt an die Stadtverordneten-Versammlung gelangt. Der Vorschlag, die geplante Stiftung „König Friedrich-Stiftung“ zu nennen, wird damit begründet, daß „es für die Hauptstadt des Königreichs Preußen angezeigt erscheint und in weiten Kreisen der Bürgerschaft der Wunsch besteht, den für unser Vaterland und unsere Stadt hochwichtigen Tag, an welchem das Königreich Preußen 200 Jahre besteht, in angemessener Weise anzudeuten und zu feiern“. Die „weiteren“ Kreise der Bürgerschaft, die einen solchen Wunsch haben, existieren natürlich nur in der Phantasie des Magistrats. Trotzdem könnte man über die thymantische Jutast hinwegsehen und dem Magistrat das Vergnügen einer Verbeugung nach dem Schloßplatz hin gönnen, wenn die von ihm geplante Hilfsaktion wenigstens in sachlicher Hinsicht vor der Kritik stand halten könnte und wirklich zu einer nachdrücklichen Besserung der Berliner Wohnungsverhältnisse beizutragen vermöchte. Wie sehr das nicht der Fall ist, das ist bereits vor 14 Tagen im „Vorwärts“ gezeigt worden und wird in der Stadtverordneten-Versammlung am nächsten Donnerstag, wo die Vorlage zur Beratung kommt, ein zweites Mal nach Gebühr beleuchtet werden.

Mit welcher Schamlosigkeit die Detektiv-Institute sich gegenwärtig ihrem Publikum anbieten, zeigt eine Annonce, die wir in der 6. Beilage des „Berliner Tageblatt“ vom letzten Sonntag finden:

Ehe-Prozeß. Juristische und prakt. Winke, auch Uebersicht, gibt Dr. C. F. Zahnde, Dresden-V.L.

Vielleicht wird von einem anderen derartigen Institut nächstens auch noch der Preis der zu schwörenden Meineide annonciert. Wen soll man übrigens mehr bewundern, den Detektiv-Direktor, der sich in solchen Inseraten empfiehlt, oder das Blatt, das derartige Anzeigen skrupellos aufnimmt?

Schulnot im Osten. Vor dem Frankfurter Thor sind zur Zeit vier Gemeindefürsorgeanstalten und eine Filiale mit zusammen 77 Klassen in Mieträumen untergebracht, außerdem befinden sich in den Schulen dieser Stadtgegend 10 fliegende Klassen, so daß im ganzen für 96 Klassen eigene Räume fehlen. In der Mignestraße wird eine Doppelschule gebaut, und in der Samariterstraße soll eine zweite gebaut werden — wegen Erwerbung des erforderlichen Grundstücks hat der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung eben eine Vorlage gemacht —, aber in beiden Doppelschulen sind immer erst 72 Klassen unterzubringen, und bis zu ihrer Vollendung ist das Schulbedürfnis schon wieder gestiegen. Ob da der Osten so bald aus der Schulnot herankommen wird?

Der Vorsitzende des liberalen Parochialvereins der Friedensgemeinde, Herr Dr. phil. Leible, ersucht uns, mitzuteilen, daß die „offizielle Parteilassung“ der Liberalen und vor allem seine Person mit der zu Gunsten der Liberalen unternommenen Fällung des „Arbeiterkomitees“, deren wir am letzten Mittwoch gedachten, in keiner Verbindung steht. Ueberdies drückt Herr Dr. Leible in seiner Zuschrift die „zuversichtliche Hoffnung“ aus, daß die Arbeiterschaft künftig aus rein politischen Gründen sich an den Kirchenwahlen reger als bisher beteiligen werde; diese Hoffnung, so schreibt Herr Dr. Leible, werde sich um so eher erfüllen, wenn der „Vorwärts“ seine feindselige Haltung ausbe.

Der Herr Parochialvereins-Vorsitzende verwechselt hier offenbar zwei Begriffe. Wir haben zu den Kirchenwahlen keine feindselige Haltung eingenommen, sondern sie, und wie wir denken, im Einverständnis mit dem in Betracht kommenden Teil der Arbeiterschaft, als eine Angelegenheit behandelt, die dieser durchaus gleichgültig bleiben kann. Doch das kommt nur nebenher in Betracht angesichts der unter den abwaltenden Umständen etwas eigentümlichen Art von zuversichtlicher Hoffnung, die Herr Dr. Leible hegt. Was will bedenten, daß die kirchenliberalen, soweit sie Sinn für Ehre und Anstand haben, zur Zeit nur von einer zuversichtlichen Hoffnung erfüllt sein sollten, und zwar der, so bald wie möglich den Fälliger entsetzt zu haben, der ihren Namen durch die bekannte Irreführung beleidigt hat.

Socialistenlösender Wohltätigkeitsbazar. Einem unsrer Leser ist folgendes Schreiben zugegangen: Erlaube mir die ergebene Anfrage, ob Sie geneigt wären, uns zu unserm Bazar, der zum Festen unserer Gemeinschaft stattfindet, einige Sachen Ihres Geschäfts freundschaftlich zu überweisen? Die Gemeinschaft hat sich die Aufgabe gestellt, den socialistischen, Beschäftigten, Beschäftigten Elementen wirksam entgegen zu arbeiten und die entkirchlichten breiten Volkschichten der Kirche zurückzugewinnen.

Geschäftsbüro des H. N. Pops, Besizer der Christlichen St. Markus-Andreas-Gemeinschaft.

Es fällt ja in unserer Zeit keinem mehr auf, daß die Wahrheit...

Das Ober-Verwaltungsgericht, dessen reaktionäre Rechtsprechung...

Der Centralverein für Arbeitnachweis ersucht uns, folgendes...

Ein blockiertes Detektivbureau befindet sich seit mehreren...

Qualvolle Stunden bereitet der Regen am Sonntag den...

Unter dem Einfluß von Anie und Krummstab. Die „Welt am Montag“...

Die „gute Mutter“ ist nicht etwa die berühmte Frau...

Eine mutige That vollführte gestern mittag ein unbekannter...

Zu einer Schlägerei zwischen Studenten und Kellnern kam...

Barbarische Mißhandlungen fügte am Sonnabendabend der...

Beim Karrenspiel vom Schläge gerührt wurde vorgestern...

Selbstmord im Hotel. In einem Hotel in der Hofstraße hat...

Mit 2800 Mark verschunden ist der 26 Jahre alte Lechniker...

ein Wandgeschäft geschickt, um 5800 Mk. zu erheben. Davon lieferte...

Ada Regni-Abend. Der italienischen Dichterin des Proletariats...

Aus den Nachbarorten. Advenit. Sämtliche 9 von unsrer Partei für die Stadt...

Arbeitererfko. Ein schrecklicher Unglücksfall trat sich am...

Wegen der Kohlennot will die Potsdamer Stadtverordneten-

Sociale Rechtspflege.

Vom § 82 des neuen Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes. Die Brauerei...

Vermischtes.

Wegen des Eisenbahn-Unfalls bei Offenbach soll der...

Ein Raubmord ist am Sonnabendnachmittag in Nürnberg...

Kopf lebensgefährlich verletzt, so daß sie bereits gestorben ist.

Neues deutsches Postamt in China. Ein deutsches Postamt...

Wie das Sonnenlicht abfällt. Aus Ostrowo wird dem „Welt Tagbl.“...

Marktpreise von Berlin am 17. November 1900

Table with 4 columns: Commodity, Price, Unit, and Remarks. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Getreidemarkt vom 19. November. Der Getreidemarkt eröffnete...

Briefkasten der Redaktion.

H. Sch. Wesseler. Sie müssen es bis zur Entlohnung, die bis zum...

Witterungsübersicht vom 19. November 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Station, Barometer, Wind, etc. Lists weather data for various locations.

Wetterprognose für Dienstag, den 20. November 1900. Wetter...

Vom Weltmarkt.

Unsre Hauptvertragsländer.

Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind heute die unsrer Agrarier verhassten Staaten, und zwar Rußland fast noch mehr als das Riesengebiet jenseits des Ozeans. Während noch in den achtziger Jahren das ostelbische Junkertum mit untrügender Verehrung zu den russischen Institutionen aufblickte, — fand es doch dort noch so manches junkerliche Privilegium erhalten, auf das es trotz alles Sträubens im gelegentlichen Bestehen hatte verzichten müssen — so ist seit dem Abbruch des bestehenden Handelsvertrags mit Rußland die freundliche Stimmung gegen den östlichen Nachbarn völlig umgeschlagen. Rußland hat aber seit 1894 noch weit mehr als die nordamerikanische Union seine Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten nach Deutschland gesteigert; seine Landwirtschaft ist zum Hauptkonkurrenten der Agrarier auf dem deutschen Markt geworden. Treten von den Artikeln der amerikanischen Ausfuhr nach dem deutschen Zollgebiet vornehmlich nur Weizen, Roggen, Hafer, Holz, Schweinefleisch und Schmalz mit den Erzeugnissen der einheimischen deutschen Landwirtschaft in Konkurrenz, so kommen von den aus Rußland eingeführten Produkten neben Weizen, Roggen, Hafer, Holz auch noch Gerste, Schweine, Pferde, Geflügel, Butter und Eier in Betracht; betrug doch der Wert der deutschen Einfuhr aus Rußland in den hiergenannten Artikeln im Jahre 1898 beinahe 483 Millionen Mark, also nahezu zwei Drittel der Gesamtausfuhr Rußlands ins deutsche Zollgebiet (727 Millionen Mark).

Einzeln betrachtet gingen aus Rußland und den Vereinigten Staaten in 1898 von wichtigeren Erzeugnissen der Landwirtschaft folgende Wertmengen in Deutschland ein:

	Einfuhr aus	
	Rußland (ohne Finnland)	Verein. Staaten
	Millionen Mark	Millionen Mark
Weizen	120,2	84,0
Roggen	67,9	28,6
Hafer	24,7	26,0
Gerste	65,2	4,3
Holz u. Holzwaren (auch Schnitzstoffe)	125,0	27,8
Pferde	17,7	6,2
Schweine	5,7	0
Geflügel	17,4	0
Eier und Eigelb	85,9	0
Butter	3,1	0,5

Allerdings kommt zu diesen Ziffern der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten noch der den Agrariern ganz besonders verhasste Import von zubereitetem amerikanischen Schweinefleisch hinzu, der sich in 1898 auf folgende Summen belief:

Import von frischem Schweinefleisch	1,2 Millionen Mark
einfach zubereitetem Schweinefleisch	6,4
Schweinefleisch und Speck	21,1
Schweineschmalz	65,7

Dagegen betrug der Wert der Einfuhr aus Rußland in diesen vier Artikeln noch nicht ganz 1,6 Millionen Mark.

Die Konkurrenz der russischen Landwirtschaft ist tatsächlich den ostelbischen Agrariern viel gefährlicher geworden, als die gefährlichste überseeische Lebensmittellieferant, und würde es noch weit mehr sein, wenn die russischen Transportverhältnisse günstiger wären und wenn nicht infolge der unfähigen inneren Verwaltung, des Steuerdrucks und der zunehmenden Verarmung der russischen Bauernschaft eine Hungersnot die andre ablöste. Wenn auch nicht immer offen eingestanden, richtet sich denn auch die Forderung einer Erhöhung des Roggenzolls und die höfliche Abweisung jeglichen Vorschlags, der auf eine differenzielle Tarifierung von Weizen und Roggen abzielt, sowie ferner die Agitation für die Erhöhung der Zölle auf Schweine, Pferde, Geflügel, Butter usw. fast ausschließlich gegen Rußland. Als Lieferanten von Roggen und Schweinen kommen für den deutschen Markt neben Rußland und, im geringeren Maße, den Vereinigten Staaten kaum andre Länder in Betracht. Pferde werden zwar allerdings auch in größerer Menge aus Belgien und Dänemark eingeführt, doch handelt es sich bei der Einfuhr aus diesen Ländern durchweg um qualifizierte, höherwertige Tiere, deren Preis den Zoll leichter zu tragen vermag. In erster Linie wird ein erhöhter Pferde Zoll die Einfuhr aus Rußland treffen.

Wohin die agrarischen Zollforderungen zielen, wird in den betreffenden russischen Kreisen denn auch wohl begriffen. Daher die eigentümliche Gereiztheit, die sich seit einigen Monaten in der russischen halb- und ganzoffiziellen Presse gegen die deutsch-agrarischen Zollpläne und gegen die vom Reichsamt des Innern beliebte selbstsame Art der Vorbereitung des Zolltarifs kundgibt. Die offiziöse „Kow. Wremja“ drohte sogar kürzlich: „Natürlicherweise liegt absolut keine Wahrscheinlichkeit vor, daß auf einer solchen Basis eine Vereinbarung über den gegenseitigen Warenverkehr zwischen Rußland und Deutschland statifunden wird, denn auch der in den Projekten der deutschen Agrarier gestattete Minimalbetrag der Getreidezölle hat dem russischen Getreide gegenüber einen prohibitiven Charakter, zumal wir hauptsächlich die einfachen Getreidearten nach Deutschland exportieren. Der Sieg der Agrarier würde also das Schicksal des Handelsvertrags von 1894 entscheiden. Seine Erneuerung würde unmöglich und statt der Vertragsbeziehungen würde daher für unsere Warenexporte mit Deutschland der Zustand des Zollkriegs eintreten, da es keinem Zweifel unterliegt, daß auch wir im Fall der Nichterneuerung des Vertrags von 1894 die Zölle auf sämtliche deutschen Waren im Verhältnis zu den dann in Kraft tretenden Maximalzöllen des deutschen Tarifs für die russischen Waren erhöhen würden.“

Neben Rußland kommt unter unsrer Nachbarländern hauptsächlich noch Oesterreich-Ungarn als landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland ausführendes Land in Betracht, doch vollzieht sich im Donauraum, und zwar vornehmlich gerade in den an Deutschland grenzenden Ländern, seit etwa einem Jahrzehnt in beschleunigtem Tempo der Uebergang vom Agrar zum Industriestaat. Die industriellen Betriebe in diesen Gebieten nehmen ständig zu und mit ihnen wächst infolge der Ansammlung eines großen Arbeiterheeres, der Ausbreitung von Handel und Verkehr die Nachfrage nach Agrarprodukten, während zugleich die landwirtschaftliche Produktion in diesen Gegenden zurückgeht. Das hat zur Folge, daß schon seit Jahren sich aus den Ackerbaugebieten Oesterreich-Ungarns ein stetig wachsender Strom landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach den nördlichen Industrielandern ergießt. Gleichzeitig aber geht die Ausfuhr dieser Artikel nach dem Ausland mehr und mehr zurück, indes die Zufuhren aus dem südwestlichen Rußland und aus den unteren Donauländern stetig an Umfang gewinnen. Oesterreich wird aus einem Getreide exportierendem zu einem Getreide einführenden Land: ein Wechsel, der sich deutlich darin kund gibt, daß die ungarischen Großgrundbesitzer jetzt, gleich ihren ostelbischen Kollegen,

ebenfalls für höhere Kornzölle plädieren. Während jetzt der österreichische Zollfuß für Roggen und Weizen 3 Mk. pro 100 Kilogramm beträgt, verlangen sie einen Zoll von mindestens 5 Mk. für Roggen und 9 Mk. für Weizen. Die Herren geben also in punkto Verschärftheit dem preussischen Junkertum nichts nach.

Deutlich spricht sich dieser Umschwung in folgenden Zahlen der österreichischen Statistik aus.

Es betrug Oesterreich-Ungarns Ein- und Ausfuhr an Getreide und Mehl:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Ausfuhr + Einfuhr -
1891:	15,6 Mill. Guld.	106,2 Mill. Guld.	+ 87,7
1892:	16,3	82,8	+ 66,5
1893:	21,9	102,0	+ 80,4
1894:	34,3	74,4	+ 40,1
1895:	28,4	65,8	+ 27,4
1896:	19,0	70,4	+ 51,4
1897:	49,1	71,2	+ 22,1
1898:	82,7	65,1	- 17,6

Was speziell den Ein- und Ausfuhrverkehr Oesterreich-Ungarns mit Deutschland anbetrifft, so ergeben sich für die Jahre 1897 und 1898 folgende Wertzahlen:

	1897	1898
Weizen	Deutshl. importiert aus Oestreich 2,17 Mill. M.	1,19 Mill. M.
	exportiert nach	4,12
Roggen	importiert aus	0,08
	exportiert nach	5,68
Gerste	importiert aus	54,13
	exportiert nach	0,07
Malz	importiert aus	24,02
	exportiert nach	0,01

Wenn auch hierbei zu berücksichtigen ist, daß das Oesterreich-ungarische Land 1897 eine Mißernte hatte und demnach in diesem Jahr wie im folgenden seine Einfuhr nicht als normal gelten kann, so zeigt doch der Entwicklungsgang des österreichischen Ackerhandels in den obigen Artikeln, daß für Deutschland heute Oesterreich-Ungarn als Weizen und Roggen exportierendes Land kaum noch in Betracht kommt. Auf diesem Gebiet erblickt denn auch das deutsche Agrarierum in dem Donauraum keinen eigentlichen Konkurrenten mehr. Was es vermindert sehen möchte, ist die Einfuhr von Weizen aus Oesterreich, deren Wert sich in 1898 auf über 85 Millionen Mark belief und dann die Einfuhr von mährischer und ungarischer Pragergerste, die in den letzten Jahren stetig zugenommen hat, da sie infolge der nicht ausreichenden Produktion Deutschlands und der vielfach überlegenen Qualität der österreichischen Sorten der Vierkranzer zur Erzeugung der besseren Biere unentbehrlich ist. Am so charakteristisch ist, daß die deutschen Großproduzenten, obgleich sie in keiner Weise Ertrag zu bieten vermögen, auch den Weizen Zoll auf 7 und 7½ Mk. erhöht wissen wollten. Die ungarische und mährische Gerste vom deutschen Markt zu verdrängen, würde ihnen — darüber machen sie sich schwerlich Illusionen — zwar nicht gelingen; aber sie vermöchten dann doch unter dem Zollschutz die Preise für das einheimische Produkt, auch das minderwertige, recht profitabel in die Höhe zu treiben, und das ist der Hauptzweck des „Schutzes der nationalen Arbeit“, wie sie ihn auffassen.

Gerade der Agrarcharakter Rußlands, der dem ostelbischen Junkertum in dem Agrarreich seinen gefährlichen Konkurrenten auf dem deutschen Markt sehen läßt, weist aber andererseits die deutsche Industrie darauf hin, auf dem weiten russischen Gebiet Absatz für ihre Erzeugnisse zu suchen. Unter allen Ländern, mit denen wir in ausgedehnteren Handelsverbindungen stehen, bietet Rußland die meisten Aussichten für eine künftige Steigerung des deutschen Exports. Die zunehmende Erschließung der inneren und asiatischen Teile des riesigen Riesengebietes durch Eisenbahnen und Kanäle, die Entdeckung einer primitiven Industrie, die zu ihrer Instandhaltung Maschinen, Instrumente, Werkzeuge etc. braucht, ferner auch der zunehmende weltliche Luxus in den Kreisen der höheren Beamtenschaft, der reichgeordneten städtischen Kaufleute und des großen Grundbesitzes rufen eine stetig steigende Nachfrage nach fremden Industrieprodukten hervor, trotz aller Anfechtungen des russischen Zollsystems und der fast chronischen Hungersnot in verschiedenen Gouvernements. Obgleich z. B. das letzte Jahr (1899) infolge der schlechten Ernten in 1898 einen Rückgang des russischen Ackerhandelsverkehrs von ungefähr 100 Millionen Mark aufwies, hat doch die Einfuhr in Rußland, darunter besonders der Import von Fertigfabrikaten, um ca. 60 Millionen Mark zugenommen. Was gefallen ist, das ist der Export aus Rußland, vornehmlich in Lebensmitteln; er hat um 220 Millionen Mark abgenommen. Dazu aber kommt, daß die deutsche Industrie infolge der geographischen Lage der beiden Länder zueinander vor ihren hauptsächlichsten Mitkonkurrenten auf dem europäischen-russischen Markt: vor England, Frankreich, den Vereinigten Staaten wesentliche Vorteile voraus hat, nämlich die leichtere und schnellere Verbindung — und niedrigere Frachtsätze.

Diese Bedeutung Rußlands als zukünftigen Absatzmarkts für die deutsche Industrie wird denn auch in den Reuehrungen und Publikationen industrieller Verbände und ihrer Presse mehr und mehr anerkannt. Besonders die neueste von der „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ herausgegebene Schrift*) tritt energisch für Erhaltung des russischen Abzuges durch Abschluß eines erneuten Handelsvertrags ein. „Dabei muß uns“, heißt es dort, S. 72, „gleich als die weltweite größte Schwäche unserer Position der Umstand in die Augen fallen, daß eine Vereinigung der Vereinigten Staaten mit Rußland, hervorgerufen durch falsche handelspolitische Gebahrung unsererseits, unsren weiteren Fortschritten leicht einen tödlichen Stoß versetzen könnte. Denn gelegt den Fall, wir verprellten uns Rußland durch ungeschickte Differenzierung seiner Produkte, so wird das findige Amerika sehr bald mit seinen stets neu assortierten Industrieprodukten seinen Weg dahin finden, jetzt gerade, nachdem Rußland das naheliegende östliche Meer mit einer Eisenbahnlinie erreicht hat, der bald andere folgen werden. Wenn auch Amerika sich genötigt hat, als Ausfallsthor für den Handel mit Europa New York und die Städte des Westens zu betrachten, so dürfte eine Umkehrung dieses Verhältnisses um so leichter von statten gehen, als die Pacifischebahnen prächtig funktionieren, und um so eher hervorgerufen werden können, als der asiatische Osten sich soeben in einer Gärung befindet, bei deren Abklärung wir die russische Position am Großen Ozean sicher nicht geschwächt vorfinden werden. Und träte dieser Fall in den nächsten Jahrzehnten ein, so daß nicht wir, sondern Amerika den russischen Kolonien entwickeln hilft, dann hätten wir unsren guten Abnehmer verloren.“

*) Die Handelsverträge des Jahres 1903. Betrachtungen und Vorschläge von Dr. Wosberg-Neow. Berlin, J. Gutentag.

Von diesem Gesichtspunkte aus komme ich zu der Forderung der Notwendigkeit des Abschlusses eines möglichst vorteilhaften Handelsvertrags mit Rußland: wir können uns angeichts der veränderten Weltlage den Luxus eines Zollkrieges mit diesem Lande nicht einmal leisten.“

Müssen vielleicht einzelne der vom Verfasser ausgesprochenen Befürchtungen auch als zu pessimistisch gelten, so bleibt nichtabstrakt weniger die Tatsache bestehen, daß unter allen Abzugsgebieten der deutschen Industrie das russische als das der relativ größten Steigerung fähig erscheint. Nach den Vereinigten Staaten dürfte unter dem gegenwärtigen amerikanischen Zollsystem die deutsche Ausfuhr kaum wesentlich zunehmen. Chinas Konsumfähigkeit wird durch den jetzigen Krieg sicherlich nicht gefördert werden. Die deutschen Kolonien kommen als Abzugsgebiete überhaupt nicht in Betracht und in den englischen Kolonien macht sich vielfach, speziell in Australien, das Streben nach hohen industriellen Abzugszöllen bemerkbar, um die dort einfließende einheimische industrielle Entwicklung schneller vorwärts zu treiben. Auch nach Frankreich, das seit etwa zehn Jahren sich in einem Zustande der Stagnation befindet, dürfte sich die deutsche Ausfuhr kaum steigern. Bessere Aussichten bieten Oesterreich-Ungarn, Großbritannien, die Schweiz, Belgien, Holland und die drei nordischen Reiche Dänemark, Schweden und Norwegen; doch erscheint ein gleiches Tempo der Exportzunahme, wie in den letzten sechs, sieben Jahren, ziemlich unwahrscheinlich; denn die enorme Zunahme des deutschen Absatzes nach verschiedenen dieser Länder ist Folge besonderer Umstände, die heute nicht mehr mit gleicher Kraft fortwirken. So ist beispielsweise die starke Steigerung des deutschen Exports nach der Schweiz außerordentlich durch den französisch-schweizerischen Zollkrieg begünstigt worden.

Um eine Uebersicht der Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach den genannten Ländern zu geben, stelle ich die Ausfuhrziffern von 1892 und 1899 nebeneinander:

	1892	1899
Großbritannien	640,0 Mill. Mark.	861,6 Mill. Mark.
Rußland (mit Finnland)	289,5	487,3
Oesterreich-Ungarn	376,6	466,0
Holland	288,8	327,7
Schweiz	173,8	284,7
Frankreich	202,9	210,7
Belgien	140,7	207,1
Dänemark	75,6	129,8
Schweden	67,5	136,1
Norwegen	37,8	77,0

Wir sehen, nach keinem der größeren Staaten hat sich die deutsche Ausfuhr von 1892—99, prozentuell berechnet, in gleichem Maße entwickelt, wie nach Rußland. Sie stieg in diesem Zeitraum um nicht weniger als 198 Millionen Mark oder ca. 83 Prozent. Daß zu diesem Resultat der Handelsvertrag mit Rußland wesentlich beigetragen hat, ist zweifellos. Man braucht sich nur die durch den Vertrag ermäßigten Zollsätze des russischen allgemeinen Tarifs anzusehen und in der Handelsstatistik nachzuschlagen, wie sich in den von der Ermäßigung betroffenen Artikeln vor und nach der Vertragschließung die Ausfuhr gestaltet hat, um hierfür überaus auf Schritt und Tritt die Beweise zu finden.

Als Beispiel sei nur erwähnt, daß, nachdem durch den Vertrag die russischen Zollsätze auf gekammerte, gepumpte, gewundene (mehrdrähtige) Wolle sowie auf gestricke Fabrikate und auf gewebte und gewirkte Zeuge aus Wolle und Kammgarn herabgesetzt worden waren, die deutsche Ausfuhr von Wolle und Wollwaren, die in 1892 nur 10,7 Millionen Mark betragen hatte, im Jahre 1898 auf 24,4 Millionen Mark stieg. Ebenso hob sich die Einfuhr von gußeisernen und schmiedeeisernen Maschinen aus Deutschland in dem gleichen Zeitraum von 6,6 Millionen auf 31,1 Millionen Mark, die Einfuhr von groben Eisenwaren von 6,1 auf 20,4 Millionen Mark, die Einfuhr von feinen Eisenwaren von 1,8 auf 8,4 Millionen Mark usw.

Trotz dieser Zunahme der deutschen Ausfuhr nach Rußland kann keineswegs davon geredet werden, daß Deutschland auch nur zum mindesten den russischen Abzugsmarkt beherrscht; im Gegenteil, der größere Teil von Artikeln der Eisen-, Maschinen-, Kupfer- und Textilindustrie kommt noch immer aus England und den Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar vielfach Artikel, in denen die deutsche Industrie recht wohl konkurrenzfähig ist. Hier bietet sich, wenn eine gezielte Handelspolitik weitere Zollermäßigungen durchzusetzen versteht, noch ein weites Abzugsfeld für die deutsche Industrie, ein Abzugsgebiet wie, wenigstens vorerst, nirgendwo sonst.

Die Konkurrenz der einheimischen russischen Textil- und Eisenindustrie ist wenig zu fürchten; sie arbeiten zumeist für den in seinen Ansprüchen zurückgebliebenen inneren Markt, für die weniger leistungsfähige grobe Wolle, d. h. sie liefern billige grobe Wollentwürfe, aber nur ganz ausnahmsweise bessere Qualitätsware. Gefährlich als Konkurrent ist nur die Industrie Polens; aber wenn auch die Löhne in diesem Gebiet durchweg weit niedriger sind, als in den Industriegegenden Deutschlands, so stellen sich doch im ganzen die Produktionskosten annähernd ebenso hoch; erstens ist der polnische Arbeiter nicht gleich leistungsfähig wie der deutsche, und dann müssen größtenteils die Rohstoffe und Hilfsstoffe aus Deutschland bezogen werden, selbst die Rohlenzufuhr findet vielfach aus Schlefien statt, da sich die polnische Kohle zur Verkokung schlecht eignet.

Neben Rußland kommt als künftiges Abzugsgebiet für deutsche Industriewaren zunächst Oesterreich-Ungarn in Betracht. Zwar besitzen verschiedene Länder Oesterreichs selbst eine ausgedehnte Industrie, aber in ihren Hauptzweigen hat sie sich auf die Befriedigung der Bedürfnisse der zum Oesterreich-ungarischen Staatenverband gehörenden Agrarländer und der nördlichen Teile der Balkanhalbinsel eingerichtet; sie fabriziert also ebenfalls vorwiegend billige Massenware. Für bessere und feine Qualitätsware ist auch in Oesterreich noch ein Markt vorhanden, wie ein Uebersicht über seinen Import aus Deutschland, Frankreich, England usw. deutlich zeigt.

Hätten wir eine von agrarisch-politischen Rücksichten und zürstlichen Liebesdiensten freie Handelspolitik, es müßte deren wichtigste Aufgabe sein, durch Abschließung neuer Handelsverträge, durch weitere gegenseitige Zollermäßigungen der deutschen Industrie nicht nur den Absatzmarkt Rußlands und Oesterreich-Ungarns zu erhalten, sondern ihn möglichst auszuweiten. Statt dessen beliebt es der deutschen Regierung, Weisheit, sich, angeblich zum Vorteil der deutschen Exportinteressen, auf Acquisitions- und abenteuerliche Unternehmungen in weiträumigen Gegenden zu legen, für enorme Summen Kolonien zu erwerben, deren Konsumfähigkeit gleich Null ist und die von den Steuern der deutschen Steuerzahler erhalten werden müssen, oder Kriegszüge, wie die jetzigen nach China, zu veranstalten, deren Resultat eher alles andere, als eine Vermehrung des deutschen Exports sein wird.

